

In diesem Kapitel üben und trainieren Sie folgende Kompetenzen:

► **Historische Methodenkompetenz (De- und Rekonstruktionskompetenz)**

Darstellungen der Vergangenheit kritisch hinterfragen

► **Historische Sachkompetenz**

verschiedene Perspektiven in historischen Quellen und Darstellungen identifizieren und hinterfragen (Perspektivität)

► **Historische Orientierungskompetenz**

Darstellungen der Vergangenheit hinsichtlich angebotener Orientierungsmuster für die Gegenwart und Zukunft befragen, diese hinterfragen und mit alternativen Angeboten konfrontieren

► **Politische Handlungskompetenz**

Differenzierte politische Diskussionen führen

Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg erhielten Protest- und Unabhängigkeitsbewegungen in den Kolonien ständigen Auftrieb. In den Ländern der Kolonialmächte erschien immer mehr Menschen der Besitz von Kolonien als unpassend, die UNO erklärte das Selbstbestimmungsrecht der Völker und ächtete Kolonialismus und Rassismus. In der Folge kam es in der zweiten Hälfte des 20. Jhs. zu einer großen Dekolonisierungswelle. Wie der Prozess der Dekolonisierung verlief, hatte mit der Bereitschaft der Mutterländer zu tun, die Kolonie in die Unabhängigkeit zu entlassen. Die USA auf den Philippinen, die Briten in Ceylon, an der Goldküste und zuletzt in Hongkong oder die Franzosen in Westafrika übergaben die Macht beispielsweise nach einem festgelegten Fahrplan in einheimische Hände. Diesen „geordneten“ Dekolonisationen standen turbulente gegenüber, bei denen die Kolonialherren sich notgedrungen zurückzogen oder zur Aufgabe gezwungen wurden. Guerilla-Aktivitäten in Malaya oder der Mau-Mau-Aufstand in Kenia beförderten beispielsweise die britische Bereitschaft, die Unabhängigkeit zu gewähren. Ein Festhalten um jeden Preis, wie es Frankreich in Vietnam oder Algerien versuchte, mündete in Krieg und Gewalt.

Aus der Charta 1514 der UNO zum Selbstbestimmungsrecht der Völker:

**Resolution der Generalversammlung**  
verabschiedet am 14. Dezember 1960

1514 (XV). Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit an koloniale Länder und Völker

Die Generalversammlung [...] *verkündet feierlich* die Notwendigkeit, dem Kolonialismus in all seinen Erscheinungsformen rasch und bedingungslos ein Ende zu machen, und *erklärt* zu diesem Zwecke Folgendes:

1. Die Unterwerfung von Völkern unter fremde Unterjochung, Herrschaft und Ausbeutung stellt eine Verweigerung grundlegender Menschenrechte dar, steht im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen und ist ein Hindernis für die Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit in der Welt.
2. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung; kraft dieses Rechts bestimmen sie frei ihren politischen Status und verfolgen frei ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.
3. Unzulängliche politische, wirtschaftliche, soziale oder bildungsmäßige Vorbereitung darf niemals ein Vorwand für die Verzögerung der Unabhängigkeit sein.
4. Alle bewaffneten Aktionen oder Unterdrückungsmaßnahmen, gleich welcher Art, gegen abhängige Völker sind einzustellen, um diesen die Möglichkeit zu bieten, ihr Recht auf volle Unabhängigkeit friedlich und frei auszuüben; die Integrität ihres nationalen Territoriums ist zu achten.
5. Als baldige Schritte sind in den Treuhandsgebieten und den Gebieten ohne Selbstregierung sowie in allen anderen Gebieten, welche noch nicht die Unabhängigkeit erlangt haben, zu unternehmen, um den Völkern dieser Gebiete alle Hoheitsbefugnisse zu übertragen, ohne irgendwelche Bedingungen oder Vorbehalte, im Einklang mit ihrem frei geäußerten Willen und Wunsch, ohne Unterschied der Rasse, des Glaubens oder der Hautfarbe, um sie in die Lage zu versetzen, volle Unabhängigkeit und Freiheit zu genießen.
6. Jeder Versuch, die nationale Einheit und die territoriale Integrität eines Landes ganz oder teilweise zu zerstören, ist mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen unvereinbar.
7. Alle Staaten haben die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und dieser Erklärung auf der Grundlage der Gleichheit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten und der Achtung vor den souveränen Rechten aller Völker und ihrer territorialen Integrität gewissenhaft und genau einzuhalten.

[www.un.org](http://www.un.org) (15.07.2020)

M2



„Das Erbe“, Karikatur zu den Folgen des Rückzugs Großbritanniens aus der Kolonie Palästina von Frits Behrendt in der niederländischen Tageszeitung *Het Parool*, ohne Datum

Mit dem Rückzug der westlichen Kolonialherren wurde die Situation in den neu entstandenen, autonomen Staaten oft nicht leichter, denn nun kamen etwa ethnische oder religiöse Konflikte an die Oberfläche, die zuvor nur unterschwellig vorhanden waren. Dies sorgte für innenpolitische Instabilität. Dazu kam die meist weiterhin bestehende wirtschaftliche Abhängigkeit vom ehemaligen Mutterland. Diese Asymmetrie zwischen den westlichen Industrienationen und den so genannten „Entwicklungsländern“ ist ein Problemfeld, das sich bis in die Gegenwart zieht.

M3



Eine Ärztin von „Ärzte ohne Grenzen“, einer in Kriegs- und Krisengebieten tätigen privaten Hilfsorganisation, untersucht ein Kind im Südsudan, Fotografie, 2016

### Brainstorming

Beurteilen Sie, ob die Forderungen der UN-Resolution zum Selbstbestimmungsrecht der Völker (M1) in der Gegenwart als umgesetzt angesehen werden können.

Diskutieren Sie anhand der beiden Bildquellen (M2 und M3) die Verantwortung der ehemaligen Kolonialmächte gegenüber den früheren Kolonien.

1776

Die USA erklären ihre Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht; Beginn der ersten Dekolonisierungswelle

1804

Die Revolutionäre in Haiti, mehrheitlich (ehemalige) Versklavte aus Afrika, proklamieren die Loslösung von Frankreich

1839 – 1931

Zweite Dekolonisierungswelle: Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika erlangen die Unabhängigkeit

1945 – 1975

Die dritte Welle der Dekolonisierung bringt den völligen Zusammenbruch des kolonialen Systems

1946 – 1954

Frankreich versucht im Indochinakrieg vergeblich seine Kolonie festzuhalten

1947

Indien, die wichtigste Kolonie Großbritanniens, wird – getrennt in Indien und Pakistan – unabhängig

1960

Resolution der UNO über das Selbstbestimmungsrecht der Völker

1960

Der Kongo, ehemals belgische Kolonie, erhält die Autonomie

1994

Nach den ersten freien Wahlen nach dem System der Apartheid in Südafrika wird Nelson Mandela Präsident

1997

Großbritannien gibt das auf 99 Jahre gepachtete Hongkong an China zurück

**Dekolonisierung:** Der Begriff „Dekolonisierung“ meint zunächst allgemein die Ablösung ehemaliger Kolonien von der Kolonialmacht. Diese Loslösung konnte von der Kolonialmacht freiwillig gewährt oder von den Kolonialiserten mit Aufständen erzwungen werden. Neben der politischen Abspaltung durch die Übergabe der Regierungsgewalt beinhaltete diese Ablösung meist auch die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Trennung von der Kolonialmacht. Im engeren Sinne bezieht sich der Begriff auf die dritte Welle der Dekolonisierung, also die gleichzeitige Auflösung mehrerer interkontinentaler Imperien in einem relativ kurzen Zeitraum von 30 Jahren zwischen 1945 und 1975. Koloniale Herrschaft verschwand während dieser Phase fast gänzlich von der Bildfläche. Dieser Prozess brachte damit auch eine grundlegende Änderung des globalen politischen und wirtschaftlichen Systems mit sich. Kritikerinnen und Kritiker meinen, dass die Dekolonisierung noch immer nicht abgeschlossen ist: Die Nachfolgestaaten der Kolonien würden sich noch immer in (vor allem wirtschaftlicher) Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten befinden.

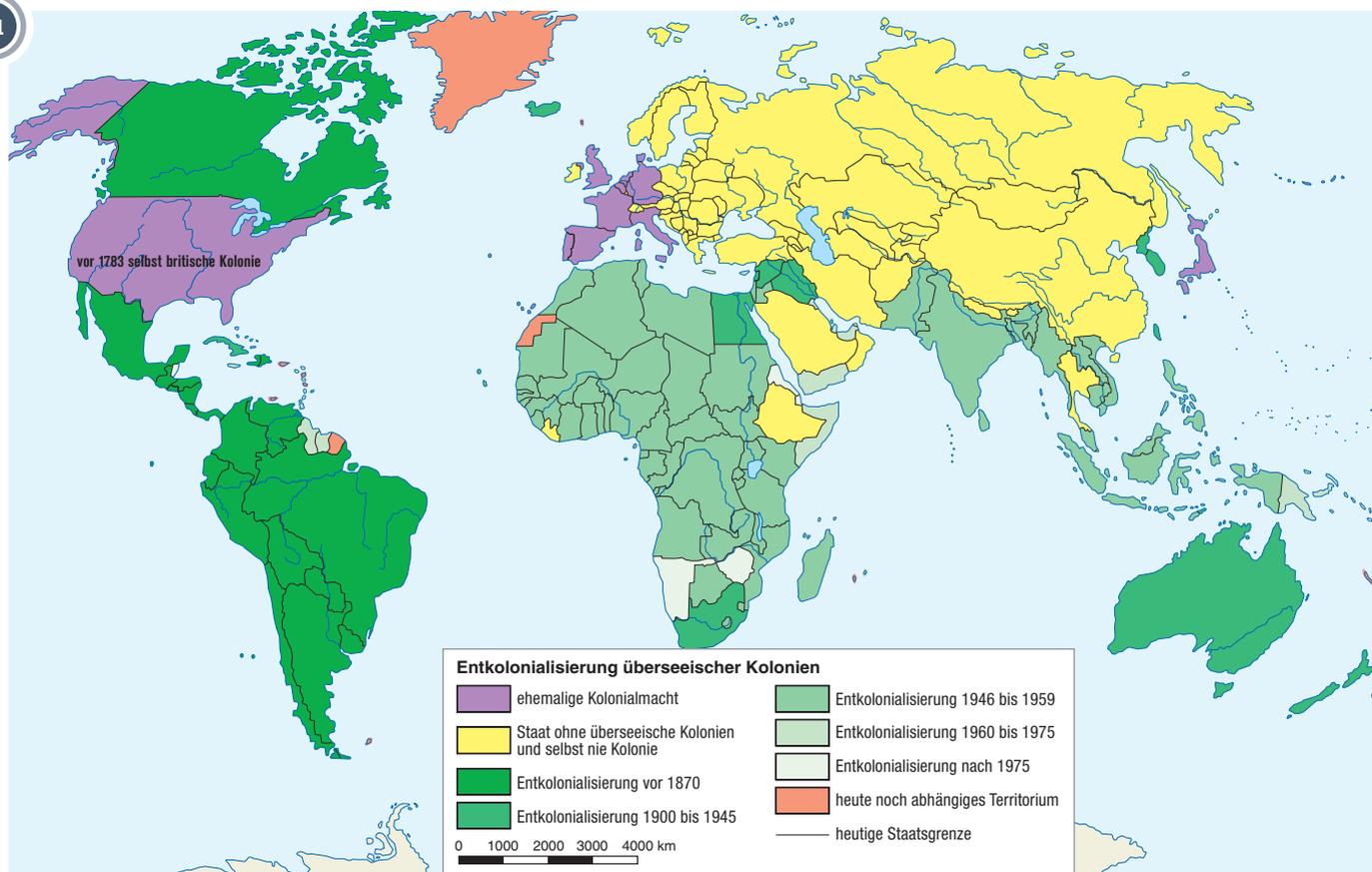
### 1 Die koloniale Welt im Umbruch

Seit der frühen Neuzeit hatten die europäischen Mächte, später auch die USA und Japan, ihren Einflussbereich auf der Welt erweitert und sowohl Länder als auch Menschen mit Gewalt in ihre Abhängigkeit gebracht. Fast alle Gebiete der Welt waren in der Phase von Kolonialismus und Imperialismus, die sich über fast 500 Jahre erstreckte, als Beherrscher oder Beherrschte in das koloniale System eingebunden gewesen. Widerstände gegen die koloniale Herrschaft hatte es immer gegeben, doch eine Loslösung vom „Mutterland“ – eine **Dekolonisierung** – schien aufgrund der Übermacht der Kolonialmächte lange Zeit unmöglich zu sein.

#### Die erste Welle der Dekolonisierung (1776 – 1826)

Die erste Phase der Dekolonisierung leiteten die USA ein: 1776 sagten sie sich vom britischen „Mutterland“ los und fochten dies in einem mehrere Jahre dauernden Unabhängigkeitskrieg durch. Federführend bei dieser Autonomiebewegung waren die aus Europa stammenden Siedlerinnen und Siedler. Auch in Südamerika war es die ursprünglich aus Europa eingewanderte Bevölkerungsschicht, die die Unabhängigkeit von der spanischen bzw. portugiesischen Kolonialmacht vorantrieb. Die einzige Ausnahme bildete das 1804 unabhängig gewordene Haiti, wo der Aufstand gegen das französische „Mutterland“ vor allem von aus Afrika stammenden Sklavinnen und Sklaven getragen wurde. Schon bei dieser ersten Dekolonisierungsphase zeigte sich, dass das Ende der Kolonialherrschaft nicht unbedingt zu umfassender Selbstständigkeit führen musste. Während sich die USA einen fixen Platz im Weltsystem eroberten und in der Phase des Imperialismus selbst

M1



Darstellung der Dekolonisierung überseeischer Kolonien

als Kolonialmacht aktiv wurden, befreite sich Südamerika lediglich von der direkten Kolonialherrschaft. Die Länder gerieten schnell in die wirtschaftliche Abhängigkeit Großbritanniens und später der USA.

### Die zweite Phase der Dekolonisierung (1839 – 1931)

Auch in dieser Phase waren die Bemühungen um die Unabhängigkeit vor allem dort erfolgreich, wo sie von der europastämmigen Bevölkerungsschicht getragen wurden. Nun erlangten jene britischen Siedlungskolonien, die nach der Loslösung der USA Teil des Empires geblieben waren, schrittweise und über einen längeren Zeitraum hinweg ihre Selbstständigkeit: Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika. Trotz der politischen Trennung blieben diese Länder wirtschaftlich aufgrund der Eingliederung als „**Dominion**“ in den 1931 gegründeten „British Commonwealth of Nations“ eng mit Großbritannien verbunden. In den übrigen Kolonien war der Widerstand der indigenen Bevölkerung gegen die Kolonialmacht weit verbreitet, jedoch meist nicht von Erfolg gekrönt. Beispiele dafür sind der Maji-Maji-Aufstand (1905 – 1907) gegen die deutsche Kolonialmacht in Ostafrika oder der Boxer-Aufstand (1899/1900) gegen den europäischen, amerikanischen und japanischen Zugriff in China. Teilweise wurden aufgrund dieser Proteste kleine Zugeständnisse gemacht, einen tiefgreifenden Wandel gab es aber nicht.

### Die dritte Phase der Dekolonisierung (1945 – 1975)

Ein völliger Umbruch des kolonialen Systems setzte erst nach dem Zweiten Weltkrieg ein: Innerhalb von 30 Jahren wurden fast alle noch bestehenden Kolonien unabhängig, federführend war nun die indigene Bevölkerung, die sich die Unabhängigkeit von den Kolonialherren erkämpfte. Diese dritte Phase der Dekolonisierung begann in Asien, erfasste dann Afrika und den Nahen Osten, die Karibik und Ozeanien, bis sie in den 1970er Jahren fast völlig abgeschlossen war. Die Gründe für das Einsetzen dieser dritten Dekolonisierungswelle waren vielfältig:

- ▶ Antikoloniale Protestbewegungen setzten die Kolonialmächte bereits nach dem Ersten Weltkrieg zusehends unter Druck. Vor allem das von US-Präsident Woodrow Wilson (1856 – 1924) und später von der UNO verkündete „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ fiel in den Kolonien auf fruchtbaren Boden.
- ▶ Reformen, die aufgrund dieser Protestbewegungen eingeleitet wurden, führten zur stärkeren Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung in die Politik und Administration der Kolonie und förderten damit die Politisierung der Menschen in den Kolonien.
- ▶ Auch in den Ländern der Kolonialmächte wurde die Kritik am kolonialen System stärker.
- ▶ Die Weltwirtschaftskrise von 1929, die aufgrund der weltweiten ökonomischen Verflechtungen auch in den Kolonien spürbar war, gab den antikolonialen Bewegungen Auftrieb.
- ▶ Der Zweite Weltkrieg war schließlich die entscheidende Initialzündung: Die Brutalität des japanischen Imperialismus heizte die Unabhängigkeitsbewegungen in Asien weiter an, die Teilnahme am Krieg gab den Kolonien zusätzliches Selbstbewusstsein gegenüber der Kolonialmacht. Zum Beispiel hatten 2,5 Mio. Inder als Soldaten in der britischen Armee gedient.

**Dominion:** Bezeichnung für eine unabhängige, sich selbst verwaltende ehemalige britische Kolonie, die die Königin bzw. den König weiterhin als ihr Oberhaupt anerkennt. Gemeinsam mit den Dominions bildete Großbritannien Anfang des 20. Jahrhunderts das „British Commonwealth of Nations“, das bis heute existiert.

i

Manche Historikerinnen und Historiker sprechen auch von einer vierten, rasant verlaufenden Dekolonisierungswelle, als zwischen 1985 und 1991 die UdSSR zusammenbrach. Die Sowjetunion hatte in der dritten Phase der Dekolonisation noch versucht, sich mit ideeller und materieller Unterstützung der antikolonialen Bewegungen Vorteile für die eigene weltpolitische Position im Kalten Krieg zu sichern. Nun musste sie selbst die Abspaltung ihrer „Satellitenstaaten“ hinnehmen.

A

- 1 Ermitteln Sie mithilfe der Landkarte (M1) jene Länder, die nie Teil des kolonialen Systems waren.
- 2 Fassen Sie die jeweiligen Charakteristika der drei Phasen der Dekolonisierung zusammen. Ordnen Sie jeder Phase mithilfe des Textes und der Karte (M1) konkrete Beispiele zu.
- 3 Nehmen Sie zur These einer vierten Dekolonisierungswelle kritisch Stellung.

# VII Die Welt im Umbruch: Aufbegehren gegen die koloniale Herrschaft

M2

## Die Träger des antikolonialen Protests:

Antikolonialer Protest erwuchs stets aus einer konkreten kolonialen Situation. Er erstreckte sich dabei auf ein weites Formenspektrum: von der kritischen intellektuellen Auseinandersetzung und Analyse über politischen Protest, Arbeitskampf und Boykott bis zu spontanen Unruhen, Sabotage- und Terrorakten und bewaffneten Aufständen. Auch seine Trägerschaft variierte. In den meisten Fällen spielten Vertreter neu entstandener Bildungsschichten (Juristen, Mediziner, Lehrer, Journalisten, Verwaltungsangestellte) eine prominente Rolle. Sie verfügten über gute Kenntnisse des kolonialen Staats, sahen sich aber in ihrem Fortkommen blockiert. Doch kam je nach Situation auch anderen sozialen Gruppen wie Veteranen, Wirtschaftseliten, religiösen Reformern, Frauenorganisationen sowie organisierten Arbeitern und Kleinbauern eine wichtige Bedeutung zu. [...] Antikoloniale Protest- und Nationalbewegungen waren alles andere als homogen.

*J. Jansen u. J. Osterhammel, Dekolonisation, 2013, S. 34f.*

## Unterschiedliche Abläufe des Dekolonisierungsprozesses

Am Beginn jedes Dekolonisierungsprozesses standen fast immer Proteste, die zunächst „nur“ Kritik an den Missständen der kolonialen Herrschaft und der Diskriminierung der einheimischen Bevölkerung übten sowie eine Verbesserung der kolonialen Herrschaft forderten. Meist wurde dieses Aufbegehren erst zu einem späteren Zeitpunkt zu einer nationalen Bewegung, die die völlige Unabhängigkeit von der Kolonialmacht verlangte. Die Ideen, wie das Land nach seiner Autonomie im Inneren gestaltet werden sollte, unterschieden sich oft beträchtlich: Moderne und traditionelle politische Vorstellungen, religiöse und ethnische Zugehörigkeiten konkurrierten miteinander. Oft eskalierten diese inneren Konflikte, nachdem gemeinsam die Unabhängigkeit errungen worden war.

M3

## Überblick über die dritte Phase der Dekolonisierung

(in Klammer die jeweiligen Kolonialmächte)

1945	Korea, Taiwan (Japan)	Madagaskar (Frankreich)
1946	Philippinen (USA), Jordanien (Großbritannien)	1961 Tansania, Trinidad, Sierra Leona (Großbritannien), Kamerun (Frankreich)
1947	Indien, Pakistan (Großbritannien)	1962 Algerien (Frankreich), Jamaika, Uganda (Großbritannien)
1948	Ceylon/Sri Lanka, Burma/Myanmar, Palästina (Großbritannien)	1963 Kenia, Singapur (Großbritannien)
1949	Indonesien (Niederlande)	1964 Malta, Malawi, Sambia/Nord-Rhodesien (Großbritannien)
1951	Libyen (Italien)	1970 Angola, Mosambik (Portugal)
1954	Vietnam (Frankreich)	1975 Surinam (Niederlande), Papua-Neuguinea (Australien)
1956	Tunesien, Marokko (Frankreich)	
1960	Nigeria, Zypern (Großbritannien), Kongo (Belgien), Elfenbeinküste, Togo,	

M4



Parade einer Fraueneinheit der „Liberation Tigers of Tamil Eelam“, einer paramilitärischen, also dem Militär ähnlichen Organisation, die sich für die Unabhängigkeit der Tamilen auf Sri Lanka einsetzte, Fotografie, 2002

M5



Portugiesische Soldaten während des Kolonialkrieges in Angola, Fotografie, um 1970

Der Prozess der Dekolonisierung verlief in den einzelnen Ländern unterschiedlich: Die Unabhängigkeit von einer Kolonialmacht konnte gewährt oder erkämpft werden.

Ein Beispiel für eine friedliche Übergabe der Macht ist das britische Ceylon, das heutige Sri Lanka. Nachdem am Beginn des 20. Jahrhunderts nationale Bewegungen aufgekommen waren, die von beiden Bevölkerungsgruppen, den einheimischen Singhalesen und den aus Indien stammenden Tamilen, unterstützt worden waren, genehmigte Großbritannien 1931 eine Regierung und ein allgemeines Wahlrecht für alle Inselbewohner ab 21 Jahren. Damit erhielt die Unabhängigkeitsbewegung Auftrieb, nach Verhandlungen wurde Ceylon schließlich 1948 in die Autonomie entlassen. Nach diesem geordneten Übergang brachen jedoch die Gegensätze zwischen Singhalesen und Tamilen auf, 1983 entbrannte ein mehr als 25 Jahre dauernder Bürgerkrieg.

Hielt das „Mutterland“ um jeden Preis an seiner Kolonie fest, so hatte dies Krieg und Gewalt zur Folge. Beispiele dafür sind die portugiesischen Kolonien in Afrika, Angola, Guinea-Bissau und Mosambik, wo ab etwa 1950 nationalistische Bewegungen aufkamen und in den 1960er Jahren gleichzeitig drei Guerillakriege gegen die Kolonialmacht ausbrachen. Die Konflikte endeten erst, als das Regime in Portugal 1974 gestürzt wurde und die neue portugiesische Republik den Weg für die Dekolonisierung freimachte.

## Probleme nach der Dekolonisierung

Viele ehemalige Kolonien begannen ihren Weg in die Unabhängigkeit mit „Erblasten“, die auf die koloniale Vergangenheit zurückzuführen waren: Die Kolonialmächte hatten vielfach die Grenzen des Landes festgelegt, ohne auf die ethnischen, kulturellen und religiösen Gegebenheiten Rücksicht zu nehmen. Innere Konflikte waren die Folge, die aufgrund der fehlenden politischen Strukturen, die sich während der Kolonialzeit nicht bilden bzw. verfestigen konnten, noch verstärkt wurden. Diese innenpolitische Instabilität zeigte sich oft in fehlenden demokratischen Strukturen. Autoritäre Regime, Militärdiktaturen oder häufige abrupte Wechsel der handelnden Personen sind zum Teil bis heute an der Tagesordnung.

Hinzu kam auch Druck von außen. Hatten die ehemaligen Kolonien sich zwar von direkter Fremdherrschaft befreien können, so blieben meist dennoch Abhängigkeiten bestehen. Politisch waren sie weiterhin in das internationale System eingebunden und auch ökonomisch konnten sie sich den mit der Globalisierung immer dichter werdenden Vernetzungen und Abhängigkeiten der Weltwirtschaft kaum entziehen.

## Dekolonisierung und Kalter Krieg

Der Kalte Krieg beeinflusste oftmals den Dekolonisationsprozess eines Landes. Die Unabhängigkeitsbewegungen sowie die jungen Staaten wurden von den USA und der UdSSR instrumentalisiert und als „Stellvertreter“ dieses Gegensatzes in den globalen Konflikt zwischen Ost und West hineingezogen. Die Sowjetunion unterstützte seit den 1950er Jahren antikoloniale Befreiungsbewegungen, um die Vorherrschaft der westlichen europäischen Mächte zu untergraben, und förderte kommunistische Aktivitäten in den Kolonien. Die USA versuchten das Übergreifen der kommunistischen Ideen in die ehemaligen Kolonien „einzudämmen“. So wurden einige Schauplätze der Dekolonisierung zu „heißen“ Konflikten des Kalten Krieges: Dies war beispielsweise der Fall bei der Suez-Krise (1956), dem Koreakrieg (1950 – 1953) und dem Vietnamkrieg (1955 – 1975).

## „Restbestände“ des kolonialen Systems

Der Prozess der Dekolonisierung ist auch heute noch nicht vollständig abgeschlossen. Nach wie vor finden sich „Restbestände“ des kolonialen Systems: Beispiele für letzte europäische oder amerikanische Besitzungen in Übersee sind etwa Französisch-Guyana, Amerikanisch-Samoa oder Grönland, das nach wie vor nicht völlig von Dänemark gelöst ist. Darüber hinaus gibt es gegenwärtig sogar Kolonialisierungsbestrebungen, wie an China in Tibet und Hongkong, an Israel im Westjordanland oder an Marokko in der West-Sahara zu sehen ist, und sogar erfolgreiche Einverleibungen von Gebieten, wie Russland bei der Annexion der ukrainischen Krim 2014 gezeigt hat.

M6

*Die Umgestaltung des internationalen Systems aufgrund der Dekolonisation:*

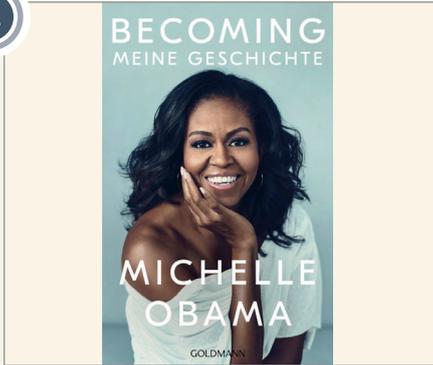
Die Dekolonisation war seit dem Ende des 18. Jahrhunderts eine zentrale, prägende historische Entwicklungslinie, die mit der Freisetzung von destruktiven wie auch konstruktiven Kräften das Weltstaatsystem formte, wie wir es heute kennen. Zum einen trug die Auflösung der Kolonialimperien wesentlich dazu bei, die über mehrere Jahrhunderte etablierte unangefochtene Vormachtstellung Europas zu beenden und die eurozentrisch ausgerichtete Weltordnung zu zerstören. Neue nichteuropäische Weltmächte wie die Vereinigten Staaten schlüpften in die dominierende Rolle und füllten das politische Vakuum. Zum anderen entstanden auf allen Kontinenten neue Nationalstaaten, die häufig ein politisches, gesellschaftliches und wirtschaftliches System übernahmen, das in Europa verwurzelt war. Trotz ihres [...] revolutionären Charakters und der damit verbundenen offensichtlichen Brüche bedeutete die Dekolonisation keineswegs, dass die eng verflochtenen Beziehungen zwischen der europäischen und nichteuropäischen Welt vollständig und abrupt abbrachen. Vielmehr wurde es im Zuge der Dekolonisation möglich, dieses Beziehungsgeflecht umzugestalten und neu zu definieren. Abhängigkeitsverhältnisse, die während der Kolonialherrschaft geschaffen worden waren, endeten mit dem Erreichen der „formellen“ staatlichen Unabhängigkeit nicht einfach. Stattdessen wurden bestehende politische sowie wirtschaftliche Asymmetrien im „informellen“ Rahmen häufig fortgesetzt und behinderten dadurch eigenständige Entwicklungsansätze in der ehemals „kolonisierten Welt“. [...] Die Dekolonisation war darüber hinaus keine Einbahnstraße; der europäische Kontinent drückte dem „Rest der Welt“ nicht einfach seinen Stempel auf, ohne selbst davon nachhaltig tangiert zu werden.

*F. Klose, Dekolonisation und Revolution, 2014; zit. nach: ieg-ego.eu*

A

- 4 Benennen Sie unterschiedliche Faktoren, die Einfluss auf den Ablauf des Dekolonisierungsprozesses hatten.
- 5 Diskutieren Sie die Bedeutung der kolonialen Vorgeschichte für die gegenwärtigen internationalen Beziehungen (M6).
- 6 Recherchieren Sie die Geschichte der Dekolonisierung einer von Ihnen gewählten ehemaligen Kolonie (siehe M3) und präsentieren Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse.

M1



Autobiografie von Michelle Obama (geb. 1964), Buchcover 2018

Eine Biografie (von altgriechisch *bios* „Leben“ und *grapho* „schreiben“) ist die Beschreibung der Lebensgeschichte einer Person. Diese kann für unterschiedliche Medien (z. B. Buch, Dokumentarfilm) verfasst werden. Eine Sonderform ist die Autobiografie, bei der die Lebensgeschichte von der/dem Betreffenden selbst beschrieben wird. Eine geschichtswissenschaftlich seriöse Biografie über eine historische Persönlichkeit muss bestimmte Qualitätskriterien erfüllen.

---

#### Prüfen Sie mithilfe einer Analyse, ob folgende Punkte gegeben sind:

---

- ▶ Die Autorin bzw. der Autor bemüht sich um größtmögliche Objektivität im Umgang mit historischen Fakten, Lücken in der Quellenlage werden klar gekennzeichnet.

---

- ▶ Die Autorin bzw. der Autor hält kritische Distanz zur beschriebenen Person.

---

- ▶ Die Autorin bzw. der Autor stellt die Person im Wechselverhältnis zu den historischen Umständen dar, versucht also auch andere Perspektiven, historische Prozesse und Strukturen in die Betrachtungen aufzunehmen.

---

- ▶ Die Rezeption der Person und (falls vorhanden) der Wandel in der Bewertung dieser Person werden reflektiert.

---

- ▶ Die Biografie enthält einen wissenschaftlichen Apparat (Zitate, Quellenangaben, Abbildungsverzeichnis).

---

Die Grenzen zur historischen Belletristik, die sich nicht an die historischen Fakten halten muss, sind fließend, was der Gattung der „Biografie“ den Ruf der „Unwissenschaftlichkeit“ eingebracht hat. Außerdem rief diese personenzentrierte Form der Geschichtsschreibung ab den 1960er Jahren aufgrund ihrer Perspektivität Kritik hervor: Geschichte würde so geschrieben, als bestände sie aus den Taten „großer Männer“, deren Handlungen, Absichten und Eigenschaften ausschlaggebend für historische Ereignisse und Prozesse gewesen seien. Gesellschaftliche Strukturen, „einfache“ Menschen und Frauen als politisch Handelnde würden auf diese Weise außer Acht gelassen. Außerdem reduziere und vereinfache man komplexe historische Prozesse, individualisiere und entpolitisiere sie damit und nehme bei der Darstellung der historischen Geschehnisse eine bestimmte Perspektive ein. Gefordert wurde eine reflektierte, multiperspektivische Beschreibung der Geschichte. Neue Forschungsansätze wie Sozialgeschichte, Genderngeschichte oder Mentalitätsgeschichte rückten nun in den Mittelpunkt bei der Beschäftigung mit Geschichte.

M3

#### Der deutsche Historiker Michael Sauer über einen modernen Zugang zur personenzentrierten Geschichtsschreibung:

Grundsätzlich einig ist sich die Geschichtswissenschaft darüber, dass es ein Wechselverhältnis zwischen Personen und Strukturen gibt: Personen stehen natürlich im Bedingungsrahmen ihrer Zeit, aber sie haben auch mit ihren Ideen und Fähigkeiten Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten. Die Verhältnisse selber können ihnen – etwa den absolutistischen Herrschern – von vornherein großen Einfluss gewähren; aber Personen können auch Strukturen, die sie als Beschränkung empfinden, sprengen und neu gestalten – wie Cäsar oder Napoleon.

M. Sauer, *Geschichte unterrichten*, 2012, S. 86

M2

#### Volker Ullrich zum gegenwärtigen „Boom“ der Biografie:

Über die Gründe für die anhaltende Attraktivität ließen sich gewiss viele interessante Spekulationen anstellen. Zwei Bemerkungen sollen hier genügen. Zum einen zeigt sich darin der Überdruß an einer Geschichtsschreibung, die über der scharfen Analyse von Strukturen und Prozessen die Menschen als Subjekte ihrer Geschichte ganz aus dem Blick verlor. Zum anderen hat das Verlangen nach biografischer Literatur wohl auch etwas mit den gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen vor und nach der Jahrhundertwende zu tun. [...] Das Bedürfnis nach Orientierung, nach Vorbildern und Leitfiguren wächst offenbar in dem Maße, wie das Vertrauen in die alten Institutionen, die über viele Jahrzehnte Stabilität verbürgten, brüchig geworden ist. Die neue Regsamkeit auf dem Felde der biografischen Literatur kommt diesem Bedürfnis entgegen.

Zit. nach: [www.zeit.de](http://www.zeit.de) (15.07.2020)

In der Gegenwart haben viele Historikerinnen und Historiker die Scheu vor der historischen Biografie verloren. In den letzten Jahren sind zahlreiche Werke dieses Genres erschienen.

Biografien und vor allem Autobiografien, die viel über das Selbstverständnis einer Person aussagen, können natürlich auch selbst Gegenstand der geschichtswissenschaftlichen Forschung werden.

### Die Köpfe des antikolonialen Widerstands

Die Vordenker und Anführer des antikolonialen Widerstands verbanden oft indigene Traditionen mit dem Gedankengut des Westens. Dazu zählten etwa neben der Idee des Nationalstaates politische Ideologien, mit denen die Männer des antikolonialen Widerstandes – erst in späterer Zeit hatten auch Frauen die Möglichkeit, sich in der Politik in führender Position zu engagieren – meist im Zuge ihrer Ausbildung in den Ländern der Kolonialherren in Kontakt gekommen waren. Mahatma Ghandi (1869–1948), Anführer der Unabhängigkeitsbewegung in Indien, verband Erfahrungen aus Großbritannien und Südafrika mit der indisch-hinduistischen Tradition, Achmed Sukarno (1901–1970), der Niederländisch-Indien in die politische Unabhängigkeit führte, war westlich gebildet und gleichzeitig islamisch geprägt.

Aimé Césaire (1913–2008) aus Martinique und Léopold Sédar Senghor (1906–2001) aus dem Senegal, beide ehemalige Studenten in Paris, proklamierten in ihren Schriften den Begriff der „Négritude“: Afrikaner und Afroamerikaner sollten sich ihrer eigenen kulturellen Werte und Traditionen besinnen und daraus Kraft und Selbstbewusstsein für den antikolonialen Kampf schöpfen.

Frantz Fanon (1925–1961) ebenfalls aus Martinique, führte dieses Konzept der Selbstbestimmung weiter und rechnete in seinen Schriften mit dem Kolonialismus ab.

Ho Chi Minh (1890–1969), unter dessen Führung Vietnam seine Unabhängigkeit von Frankreich erkämpfte und sich gegen die USA behauptete, versuchte marxistisch-leninistische Konzepte auf Asien umzulegen.

Widerstand konnte auch religiöse Wurzeln haben: Buddhistische Mönche in Vietnam verbrannten sich aus Protest gegen die US-amerikanische Intervention, in Lateinamerika setzte sich beispielsweise Oscar Romero (1917–1980), Erzbischof von San Salvador, für politische Reformen und soziale Gerechtigkeit ein. Er kam damit in Konflikt mit der Militärdiktatur des Landes, weswegen er während einer Messe erschossen wurde. 2018 wurde er heiliggesprochen.

A

- 1 Fassen Sie die Kritikpunkte an der personenzentrierten Geschichtsschreibung zusammen.
- 2 Überprüfen Sie, ob die Wikipedia-Einträge der genannten „Köpfe“ des antikolonialen Widerstands den Qualitätskriterien einer historischen Biografie entsprechen.
- 3 Gestalten Sie in Gruppen mithilfe mehrerer Internet-Seiten eine Kurzbiografie eines dieser Vordenker bzw. Anführer des kolonialen Widerstandes. Präsentieren Sie Ihre Ergebnisse in der Klasse.

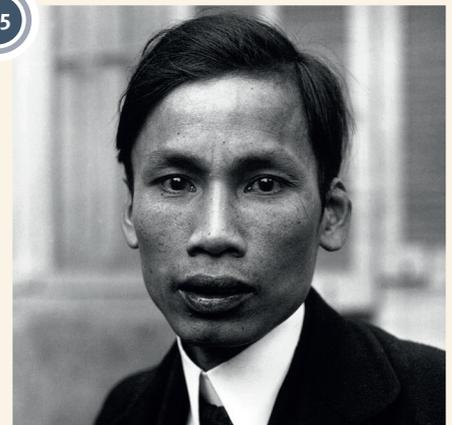
M4

Aus der „Rede über den Kolonialismus“ von Aimé Césaire:

Man redet mir von Fortschritten, von „Errungenschaften“, von geheilten Krankheiten, von gestiegenem Lebensstandard. Ich aber rede von um ihre Identität gebrachten Gesellschaften, von niedergetrampelten Kulturen, von ausgehöhlten Institutionen, von konfisziertem Land, von ausgelöschten Religionen, von vernichtetem künstlerischen Glanz, von veritelten großen Möglichkeiten. Man wirft mir Fakten, Statistiken, Straßen-, Kanal- und Eisenbahnkilometer an den Kopf. [...] Ich rede von Millionen Menschen, denen man ganz bewusst die Angst, den Minderwertigkeitskomplex, das Zittern, den Kniefall, die Verzweiflung, das Domestikentum eingebläut hat.

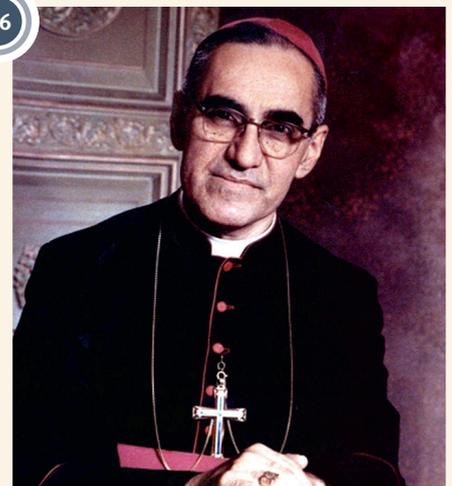
A. Césaire, *Rede über den Kolonialismus und andere Texte*, 2010, S. 88

M5



Ho Chi Minh, Fotografie, 1921

M6



Oscar Romero, Fotografie, 1978

# VII Die Welt im Umbruch: Aufbegehren gegen die koloniale Herrschaft

M1

Über die Unterschiedlichkeit der Wege in die Unabhängigkeit:

Jede koloniale Situation fand ihr Ende und ihren Übergang zu nachkolonialen Zuständen in einer je besonderen Weise. Die historische Analyse des Einzelfalls muss deshalb eine reichhaltige Mixtur von Faktoren berücksichtigen. Stets sind dabei sechs Dimensionen zu bedenken: (1) die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kolonie, (2) Träger, Ziele, Aktionsformen und Stärke der anti-kolonialen Befreiungsbewegung(en), (3) die Gewaltbereitschaft von Kolonialregimes und Siedlern, (4) kolonialwirtschaftliche Interessen und kolonialpolitische Entscheidungen in den Metropolen, (5) der Einfluß dritter Mächte (insbesondere der USA und der UdSSR), (6) weltwirtschaftliche Konstellationen.

J. Osterhammel, *Kolonialismus*, 2009, S. 119

## 2 Wege in die Unabhängigkeit

Wie der Prozess der Dekolonisierung verlief, hing sowohl von den inneren Gegebenheiten eines Landes als auch von äußeren Faktoren, welche auf die im Entstehen begriffenen Staaten einwirkten, ab. Die Wege in die Unabhängigkeit waren deshalb sehr vielgestaltig.

### Indien – das britische „Kronjuwel“ wird unabhängig

Innerhalb des weltumspannenden britischen Kolonialsystems nahm das bevölkerungs- und rohstoffreiche Indien eine Sonderstellung ein. Nicht umsonst bezeichnete man es als „Kronjuwel“, Queen Viktoria (1819–1901) wurde 1876 sogar zur „Kaiserin von Indien“ gekrönt, um die Kolonie noch enger an Großbritannien zu binden.

Die Kritik an kolonialen Ungerechtigkeiten und der Ruf nach mehr Mitbestimmung und schließlich Unabhängigkeit von der Kolonialmacht wurden auch in Indien immer lauter: 1885 gründete sich der „Indian National Congress“, der im Lauf der nächsten Jahrzehnte zum zentralen Sprachrohr der indischen, speziell der hinduistischen Unabhängigkeitsbewegung wurde. 1906 entstand das muslimisch dominierte Pendant, die „India Muslim Liga“. Mit dem Auftreten Mahatma Gandhis erhielt die Unabhängigkeitsbewegung schließlich ab 1914 ihre zentrale Führungsfigur. Doch trotz der großen nationalen und internationalen Resonanz konnten keine tiefgreifenden Reformen erreicht werden.

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam es 1947 zum Einlenken der britischen Kolonialmacht. Lord Louis Mountbatten (1900–1979) sollte in seiner Funktion als Vizekönig von Indien die Dekolonisierung organisieren, die Ereignisse begannen sich aber sehr rasch zu überschlagen, Konflikte zwischen den Bevölkerungsteilen brachen offen aus. Muslime, die sich vom indischen Nationalismus Gandhis nicht vertreten sahen, forderten die Loslösung von Indien und einen eigenen Staat. Letztendlich wurde die ehemalige Kolonie Indien in das hinduistisch dominierte Indien und das muslimisch geprägte Pakistan geteilt, beide Länder wurden 1947 unabhängig.

i

Die Teilung Indiens und Pakistans brachte der Gegenwart ein schwieriges Erbe: den Kaschmir-Konflikt, der als einer der gefährlichsten Krisenherde der Welt gilt, da sowohl Indien als auch Pakistan über Atomwaffen verfügen. Nicht alle Landesteile waren unter direkter Kontrolle der Briten gewesen, die Fürsten der restlichen unter britischem Einfluss stehenden Gebiete konnten entscheiden, welchem Land sie sich anschließen wollten. Im Fürstenstaat „Jammu und Kaschmir“ regierte ein Hindu-fürst über eine muslimische Mehrheit. Als er mit seiner Entscheidung zögerte und Pakistan militärisch intervenierte, bat er gegen Zusage eines zukünftigen Zusammenschlusses Indiens um Unterstützung. Der Konflikt führte zum Ersten Kaschmirkrieg (1947–1949), dessen Waffenstillstand die noch heute gültige Grenze in diesem Gebiet festlegte, drei weitere Konflikte (1965, 1971, 1999) folgten. Erst 2019 flammte der Konflikt nach einem Selbstmordanschlag einer islamistischen Terrorgruppe auf indische Polizisten neu auf.

M2



Darstellung der Teilungen in Folge der Unabhängigkeit der Kolonie Indien von Großbritannien 1947

Problematisch war jedoch, dass trotzdem viele Menschen im „falschen“ Land lebten. Es kam zu Gewaltausbrüchen und zu überstürzten, massenhaften Fluchtbewegungen von Hindus nach Indien und Muslimen nach Pakistan. Historikerinnen und Historiker schätzen, dass dabei mehr als eine Million Menschen ums Leben kam.

In Indien baute der erste Ministerpräsident Jawaharlal Nehru (1889 – 1964) nach den Turbulenzen der ersten Jahre einen starken, zentral organisierten und demokratischen Staat auf, Pakistan konnte seine ethnischen Unterschiede zwischen dem westlichen (Punjab) und dem östlichen Landesteil (Bengalen) nicht lösen, der östliche wurde 1971 schließlich als Bangladesch unabhängig.

### Frankreich versucht an Indochina festzuhalten

Ab den 1860er Jahren hatte Frankreich in mehreren Etappen Gebiete in Südostasien erobert und zur Kolonie „Indochina“, zu der die heutigen Gebiete von Vietnam, Laos und Kambodscha zählten, zusammengeschlossen. Die einheimische Bevölkerung erlebte die Fremdherrschaft als Zerstörung der traditionellen Kultur und Struktur des Landes, während der gesamten Kolonialzeit gab es immer wieder Aufstände.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Indochina von Japan besetzt, nach dessen Niederlage proklamierte Ho Chi Minh, der Führer der nationalen, kommunistisch orientierten Befreiungsbewegung „Vietminh“, die Unabhängigkeit der „Demokratischen Republik Vietnam“. Die 1941 gegründeten „Vietminh“ hatten – ebenso wie Widerstandsgruppierungen in Laos und Kambodscha – gegen die japanische Besatzung gekämpft, nun erhoffte man sich eine Beseitigung der französischen Kolonialherrschaft, die ihre Besitzansprüche erneut anmeldete. Die Regierung in Paris hatte sich für eine Rückeroberung Indochinas entschieden, in der Hoffnung so das nationale Selbstbewusstsein nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg aufzurichten, die geschwächte Wirtschaft anzukurbeln und wieder mehr außenpolitisches Gewicht zu bekommen.

1946 begann Frankreich von Süden aus die ehemaligen Kolonialgebiete zurückzuerobern, unterstützt wurde es dabei von den USA, die den Kommunismus eindämmen wollten. Als die französischen Soldaten 1954 bei der Schlacht von Dien Bien Puh von den Soldaten der Vietminh geschlagen wurden, war dies das Ende der kolonialen Bestrebungen. Laos, Kambodscha und Vietnam wurden unabhängig, Vietnam aber in einen kommunistischen Norden unter Ho Chi Minh und einen von den USA protegierten Süden unter Ngo Dinh Diem (1901 – 1963) geteilt. 1956 sollten in beiden Teilen Wahlen abgehalten werden, um die Wiedervereinigung einzuleiten. Auf Druck der USA, die nach einem möglichen Wahlsiegs Ho Chi Minhs einen kommunistischen „Dominoeffekt“ in den anderen asiatischen Ländern fürchteten, wurden im südlichen Teil die Wahlen wieder abgesagt. Diese Eskalation führte schließlich zum Vietnamkrieg (1965 – 1975), einem der wichtigsten Stellvertreterkonflikte des Kalten Krieges. Erst nach der Niederlage der USA wurde die Teilung 1975 aufgehoben. Damit erreichte Vietnam das Ende der Fremdherrschaft lange nach den anderen asiatischen Ländern.

A

- 1 Benennen Sie die Faktoren des Dekolonisierungsprozesses nach M1.
- 2 Vergleichen Sie die Kolonialpolitik Großbritanniens in Indien und Frankreichs in Indochina nach dem Zweiten Weltkrieg.

M3

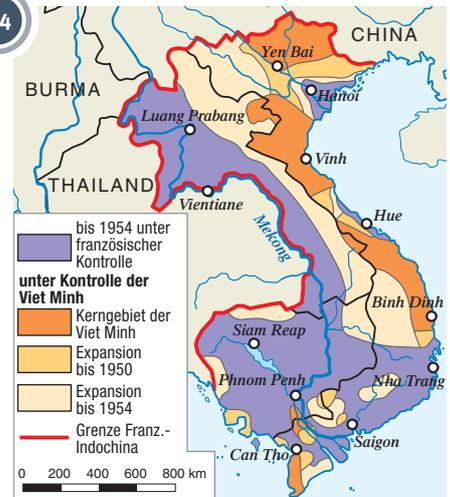


Jawaharlal Nehru und Mahatma Gandhi bei einem Treffen des „All India Congress“, Fotografie, 1946

i

In Süd- und Südostasien wurden zwischen 1946 (Philippinen) und 1949 (Indonesien) die meisten Kolonien unabhängig. Die Dekolonisierung wurde meist aufgrund des Zusammenbruchs des japanischen Kolonialreiches 1945 eingeleitet.

M4



Darstellung des Verlaufs des Indochinakrieges 1946 – 1954

M5



Soldaten der Vietminh bei Dien Bien Puh, Fotografie, 1954

# VII Die Welt im Umbruch: Aufbegehren gegen die koloniale Herrschaft

i

Zwischen 1957 und 1965 erreichten die meisten Kolonien südlich der Sahara die Unabhängigkeit, im „Umbruchsjahr“ 1960 waren es allein 18 Territorien. Diese Entwicklung war kurz davor noch nicht absehbar gewesen, hatten die Kolonialmächte nach der Unabhängigkeit ihrer Kolonien in Asien ihre Hoffnungen doch ganz auf Afrika gerichtet, Reformen zur Effektivierung eingeleitet, Investitionen getätigt und sich um europäische Einwanderer in die afrikanischen Territorien bemüht, um eine engere Bindung an das Mutterland zu erreichen.

Die Dekolonisierung im südlichen Afrika verlief in zwei Wellen: Eine erste setzte zwischen 1957 (Ghana) und 1965 (Gambia) ein und beendete einen Großteil der britischen, französischen, italienischen und belgischen Kolonialbesitzungen.

Eine zweite Welle begann mit dem Zusammenbruch der portugiesischen und spanischen Kolonien in den 1970er Jahren und erstreckte sich bis zum Ende der Apartheid in Südafrika 1994.

## Anhaltendes Chaos im Kongo

Der Kongo hatte unter der Fremdherrschaft besonders gelitten: 1885 war er als private Kolonie in den Besitz des belgischen Königs Leopold II. (1835 – 1909) gekommen, der die Menschen und die Bodenschätze des Landes skrupellos und mit besonderer Brutalität ausbeutete. Als die „Kongogräuel“ öffentlich bekannt wurden, musste er die Kolonie 1908 an den belgischen Staat abtreten. Der Alltag der Menschen im Kongo blieb aber weiterhin von Gewalt und Ausbeutung geprägt, Belgien führte seine Kolonie mit harter Hand. Auch als in anderen Teilen Afrikas Unabhängigkeitsbewegungen Auftrieb gewannen, schien die belgische Position stabil zu sein.

Als am Beginn des Jahres 1959 Unruhen in der Hauptstadt Léopoldville, dem heutigen Kinshasa, ausbrachen, setzte ein überraschend schneller Dekolonisierungsprozess ein. An der eilig einberufenen Konferenz zur Klärung der Übergabe nahm auch der zuvor inhaftierte Wortführer der Unabhängigkeitsbewegung Patrice Lumumba (1925 – 1961) teil, der nach den ersten Parlamentswahlen im Mai 1960 Ministerpräsident wurde. Ein Monat später wurde der Kongo schließlich in einem Festakt in die Unabhängigkeit entlassen.

M6

*Auszug aus der Rede des belgischen Königs Baudouin I. (1930 – 1993) der Zeremonie zur Unabhängigkeit des Kongo am 30. Juni 1960:*

Meine Herren, [d]ie Unabhängigkeit des Kongo stellt die Vollendung des von dem genialen König Leopold II. begonnenen Werkes dar. Er hat es mit Nachdruck in Angriff genommen und es wurde von Belgien entschlossen weitergeführt. [...] In diesem historischen Moment sind all unsere Gedanken bei den Pionieren der Emanzipation Afrikas und bei jenen, die den Kongo zu dem machten, was er heute ist. Sie verdienen gleichermaßen unsere Anerkennung und Ihre Dankbarkeit, denn sie sind diejenigen, die all ihr Streben und sogar ihre Leben einem großen Ideal widmeten und Ihnen die Freiheit brachten und Ihr moralisches und materielles Erbe bereicherten. Sie dürfen niemals vergessen werden, weder von Belgien, noch vom Kongo. Als Leopold II. sein großes Werk unternahm, das heute seine Krönung erfährt, da kam er nicht als Eroberer zu Ihnen, sondern als Zivilisator. [...] Von jetzt an werden Belgien und der Kongo Seite an Seite stehen, wie zwei souveräne Staaten, jedoch verbunden durch Freundschaft und die Entschlossenheit, einander beizustehen.

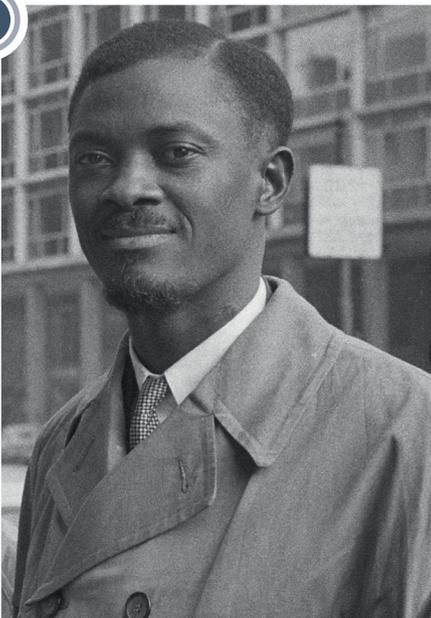
*U. Fenske (u.a.), Kolonialismus und Dekolonisation, 2015, S. 160f.*

M8

*Ausschnitt aus Patrice Lumumbas nicht geplanter, spontaner Gegenrede nach den Äußerungen des belgischen Königs:*

Kongolesen und Kongolesinnen, Kämpfer für die heute errungene Unabhängigkeit, [i]ch grüße Euch im Namen der kongolesischen Regierung. [...] Wenn wir heute auch die Unabhängigkeit des Kongo im Einvernehmen mit Belgien verkünden, einem befreundeten Land, mit dem wir von gleich zu gleich verhandeln, wird kein Kongolese, der dieses Namens würdig ist, jemals vergessen können, dass diese Unabhängigkeit im Kampf errungen wurde [...], in einem täglich geführten idealistischen und aufopferungsvollen Kampf, einem Kampf, in dem wir keine Entbehrung und kein Leiden gescheut und weder unsere Kräfte noch unser Blut geschont haben. Wir sind zutiefst stolz auf diesen Kampf, der ein Kampf von Tränen, Feuer und Blut war, [...] der unvermeidlich war, um die erniedrigende Sklaverei zu beenden, in die wir mit Gewalt gezwungen wurden. Das war unser Schicksal während der 80 Jahre Kolonialherrschaft und unsere Verletzungen sind noch zu frisch und schmerzhaft,

M7



Patrice Lumumba, Fotografie, 1960

als dass wir sie aus unserem Gedächtnis verbannen könnten. Wir haben zermürbende Arbeit erfahren müssen, für einen Lohn, der es und nicht ermöglichte, uns satt zu essen, uns angemessen zu kleiden, in anständigen Verhältnissen zu wohnen oder unsere Kinder als geliebte Wesen groß zu ziehen. Wir haben morgens, mittags und abends Spott, Beleidigungen und Schläge erleiden müssen, weil wir Neger waren. [...] Wir haben erfahren, dass das Gesetz für Weiße und Schwarze nie gleich war [...]. [...] Aber wir, die durch die Stimmen Eurer gewählten Vertreter das Recht erhalten haben, um unser geliebtes Land zu leiten, wir, die an unserem eigenen Körper und mit unserem eigenen Herzen die kolonialistische Unterdrückung erlitten haben, wir sagen es Euch mit lauter Stimme, all dies ist nun vorbei. [...]

U. Fenske (u.a.), *Kolonialismus und Dekolonisation*, 2015, S. 162f.

Mit der Unabhängigkeit zeigten sich jedoch schnell erste Probleme. Im Inneren brachen Konflikte um die Ausrichtung des Landes aus, darüber hinaus bemühten sich ausländische Mächte um Zugriff auf das an Rohstoffen (Uran, Gold, Diamanten, Kupfer, Zinn, Mangan, Kobalt) und Agrarressourcen (Kautschuk, Palmöl) reiche Land. Vor allem Belgien, das seinen politischen und wirtschaftlichen Machtverlust nicht hinnehmen wollte, und die USA, die ihre ökonomischen Interessen im Kongo gefährdet sahen, intervenierten gegen Lumumba, der schließlich ermordet wurde.

Nach einer chaotischen Phase setzte sich Armeechef Mobutu Sese Seko (1930 – 1997) 1965 an die Spitze des Kongo und baute eine 32 Jahre dauernde, korrupte Militärdiktatur auf, die vom Westen unterstützt wurde – schließlich stand Mobutu für ungehinderten Zugriff auf die Ressourcen des Kongo, den er in Zaire umbenannte, und für eine antikommunistische Linie.

Als 1996 Konflikte des benachbarten Ruanda ins Land schwappten, bedeutete dies nicht nur das Ende von Mobutus Herrschaft, sondern auch den Beginn einer bis heute andauernden Serie blutiger Auseinandersetzungen, die in einem Bürgerkrieg gipfelten, der aufgrund der Beteiligung anderer afrikanischer Staaten auch „Afrikanischer Weltkrieg“ (1998 – 2003) genannt wurde.

M11



Soldaten im Kongo, Fotografie, 2009

Vor allem im Osten des Kongo ist die Situation bis heute unübersichtlich und von Gewalt dominiert. Zahlreiche lokale „Warlords“ kämpfen gegeneinander und gegen die zentrale Regierung in Kinshasa um Bodenschätze, Einfluss und Macht. Im „**Demokratieindex**“ lag der Kongo im Jahr 2019 an vorletzter Stelle.

M9



Mobutu Sese Seko trifft US-Präsident George Bush (1924 – 2018) im Weißen Haus, Fotografie, 1989

M10

Aus einem Artikel von 2019 zur gegenwärtigen Situation im Kongo:

Die Demokratische Republik Kongo, 80-mal so groß wie die frühere Kolonialmacht Belgien, ist extrem reich an Bodenschätzen, fruchtbar wie der Garten Eden. Trotzdem regiert Armut. Denn es ist ein Land der Kriege, der Seuchen und Korruption, ausgeblutet und geschunden von habgierigen Eliten, Warlords und internationalen Konzernen. [...] Ihnen kommen die Milliarden zugute, die der Abbau von Kupfer, Coltan, Wolfram, Zinn und Gold aus Kongos Minen abwirft, nicht dem Volk. [...] Fast zwei Drittel der Förderung [von Kobalt] stammen aus südkongoleischer Erde, geschürft oft von Kinderhänden, wie Amnesty International anprangert. [...] Geschätzte 86 Millionen Einwohner hat das Riesenreich an Afrikas Äquator. Der Weltbank zufolge leben 66 Millionen von ihnen von weniger als zwei Dollars pro Tag, 13 Millionen [...] haben [...] jeden Tag zu wenig zu essen.

[www.diepresse.com](http://www.diepresse.com) (15.07.2020)

**Demokratieindex:** Index, der den Grad der Demokratie in 167 Ländern misst.

A

- 3 Vergleichen Sie die Reden von König Baudouin I. und Patrice Lumumba hinsichtlich der Beschreibung der Kolonialzeit sowie der Vorstellung der zukünftigen Beziehungen zwischen dem Kongo und Belgien.
- 4 Erläutern Sie die Gründe für die Interventionen Belgiens und der USA im Kongo.

# VII Die Welt im Umbruch: Aufbegehren gegen die koloniale Herrschaft

**Apartheid** (aus dem Afrikaans: Trennung, Gesondertheit): politisch-gesellschaftliches System der Trennung der einzelnen ethnischen Bevölkerungsgruppen in der Republik Südafrika im 20. Jahrhundert. Um sowohl die privaten als auch die beruflichen Lebensbereiche der Bevölkerungsgruppen voneinander abzugrenzen, wurden eigene Bereiche für die „schwarze“ und die „weiße“ Bevölkerung nicht nur in öffentlichen Verkehrsmitteln, sondern auch in Krankenhäusern, Parks und Banken eingerichtet. Kontakt zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurde verboten. Der farbigen Bevölkerungsgruppe wurde untersagt zu wählen oder selbst gewählt zu werden. Sie durfte keine politischen Parteien oder Organisationen gründen oder sich politisch betätigen.

M12



Proteste in Johannesburg gegen das System der Apartheid, Fotografie, 1952

## Südafrika – „innere Kolonialisierung“ nach der Unabhängigkeit

Im Jahr 1910 erreichte die „Südafrikanische Union“ die Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht. Für die schwarze Bevölkerungsmehrheit brachte dies aber nicht mehr Freiheiten, im Gegenteil, die weiße Bevölkerungsminderheit baute in den nächsten Jahren mit diskriminierenden Gesetzen die „Apartheid“, die Politik der Rassentrennung, systematisch aus. Die Mitglieder der schwarzen Bevölkerungsmehrheit wurden zwar als Arbeitskräfte benötigt, doch sprach man ihnen wichtige Grundrechte ab und versuchte, sie in den verschiedenen Lebensbereichen von der weißen Bevölkerung zu trennen. Manche Historikerinnen und Historiker sprechen aus diesem Grund von einer „sekundären Kolonialisierung“ im Inneren des Landes, die nach dem Zweiten Weltkrieg ihren Höhepunkt erreichte. Immer wieder kam es zu Aufständen, Streiks und Demonstrationen, die von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen wurden. Beispiele dafür sind das Massaker an schwarzen Demonstranten in Sharpeville mit 69 Toten im Jahr 1960 und der Schülerstreik von Sowjeto 1976, bei dem Schülerinnen und Schüler gegen die Einführung von Afrikaans als Unterrichtssprache demonstrierten, und im Zuge dessen eine Rebellion mit über 500 Toten ausbrach. International wuchs aufgrund solcher Ereignisse der Druck auf das südafrikanische Regime, im Inneren war seit den 1950er Jahren der „African National Congress“ (ANC) zu einer Massenbewegung gegen das System der Apartheid geworden.

In den 1980er Jahren führte dieser Druck schließlich zu einem Wandel: Es fanden Gespräche zwischen der „Nationalen Partei“ und dem ANC unter seiner charismatischen Führungsfigur Nelson Mandela (1918–2013), der für sein Engagement jahrelang inhaftiert worden war, statt. Die Apartheid wurde aufgegeben, 1994 ging die Macht nach ersten freien Wahlen in die Hände der schwarzen Bevölkerungsmehrheit über, Nelson Mandela wurde der erste farbige Präsident Südafrikas.

M13

*Nelson Mandela auf der Kundgebung in Kapstadt am 11. Februar 1990, dem Tag seiner Freilassung:*

Heute akzeptiert die Mehrheit der Südafrikaner, Schwarze und Weiße, daß die Apartheid keine Zukunft hat. Sie muß durch unser gemeinsames entschlossenes Handeln beendet werden, mit dem Ziel, Frieden und Sicherheit zu schaffen. Unser gemeinsamer Widerstandskampf, der Kampf des Volkes und seiner verschiedenen Organisationen, muß seinen Höhepunkt in der Errichtung der Demokratie finden. Die Zerstörungen, die die Apartheid in unserem Teil des Kontinents angerichtet hat, sind in Zahlen nicht zu fassen. Der Zusammenhalt von Millionen Familien in unserem Land wurde zerstört. Millionen Menschen sind obdach- und arbeitslos. Unsere Wirtschaft liegt am Boden, unser Volk ist in politischen Auseinandersetzungen zerstritten. [...] Die Bedingungen, die zum bewaffneten Kampf führten, existieren noch immer. Wir haben keine Wahl, als diesen Kampf fortzusetzen. Wir sind aber der Hoffnung, daß ein neues Klima sehr bald zu Verhandlungen und Vereinbarungen führen wird, so daß wir nicht länger den bewaffneten Kampf führen müssen. [...] Unser Marsch in die Demokratie ist unumkehrbar. Wir werden nicht erlauben, daß die Angst uns im Weg steht. Allgemeine und gleiche Wahlen in einem demokratischen und nicht-rassistischen Südafrika sind der einzige Weg zu Frieden und Verständigung zwischen den Rassen.

*www.ag-friedensforschung.de (15.07.2020)*

i

Im nördlichen Afrika und im Nahen Osten lässt sich die Dekolonisierung chronologisch schwer festlegen. Zum Teil wurden Länder wie der Irak (1932) zwar schon sehr früh unabhängig, blieben aber aufgrund wirtschaftlicher Interessen der ehemaligen Kolonialmächte (Suezkanal, Öl) in indirekter Abhängigkeit. Am ehesten markiert der Rückzug Frankreichs aus Algerien nach einem blutigen Befreiungskrieg 1962 das Ende der Dekolonisierung in dieser Region.

Die Auflösung der Apartheid erfolgte in einem friedlichen Übergang, Mandelas Ziel war die Schaffung einer „Regenbogennation“, in der alle Bevölkerungsgruppen gleichgestellt sein sollten. Doch auch heute sind die sozialen Unterschiede nach wie vor groß, Diskriminierung gehört noch immer zum Alltag.

### Hongkongs ungewisser Weg in die Zukunft

1997 lief der Pachtvertrag Großbritanniens über das Gebiet von Hongkong aus. Diesem hatte China 99 Jahre zuvor unter britischem Druck zustimmen müssen. Nach den Vereinbarungen sollte Hongkong nun eine chinesische Sonderverwaltungszone werden und nach dem Leitsatz „Ein Land, zwei Systeme“ weitgehend Autonomie innerhalb des sozialistischen Chinas genießen. Die Begeisterung der Bewohnerinnen und Bewohner Hongkongs über den Anschluss an China war gedämpft. Sie sahen den wachsenden Einfluss Chinas mit Argwohn und befürchteten eine Einschränkung ihrer Privilegien. Und tatsächlich begann die Regierung in Peking politisch immer mehr Einfluss auf Hongkong zu nehmen und die Stadt auch physisch mittels direkter Verkehrsverbindungen an sich zu binden. 2014 brachen das erste Mal landesweite Proteste gegen eine Beschränkung des Wahlrechts durch China los. Regenschirme, die als Schutz gegen Tränengas und Pfefferspray verwendet wurden, entwickelten sich zum Symbol der Protestbewegung. 2019 kam es zu einer erneuten Welle der Unzufriedenheit, die auch mit Gewalt verbunden war. Die Zukunft Hongkongs ist ungewiss: Laut der Vereinbarungen mit Großbritannien ist China nur bis 2047 verpflichtet, die Autonomie zu garantieren.

M15



Proteste in Hongkong gegen die schrittweise Eingliederung in das chinesische Staatssystem, Fotografie, 2019

A

- 5 Erklären Sie den Begriff der „sekundären Kolonialisierung“.
- 6 Fassen Sie die Grundaussagen von Nelson Mandelas Rede nach seiner Freilassung (M13) zusammen.
- 7 Diskutieren Sie anhand der in diesem Unterkapitel beschriebenen Beispiele die Vielgestaltigkeit des problematischen „kolonialen Erbes“, das über die Dekolonisierung hinaus bis in die Gegenwart nachwirkt.

M14

Interview mit Joshua Wong (geb. 1996), einem Aktivisten der Proteste in Hongkong 2019:

**Gestern fand der Generalstreik in Hongkong statt. Was soll dadurch bezweckt werden?**

[...] Die Menschen in Hongkong wollen ihre Regierung endlich selbst wählen dürfen, anstatt lediglich eine Wahl zwischen denjenigen zu treffen, die vorher durch Peking bestimmt worden sind. Wir wollen freie Wahlen. Unser Ruf nach Demokratie wird nicht enden, solange Xi Jinping, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas, weiterhin derartigen Einfluss auf unsere Regierung nehmen darf. [...]

**Auf Videos ist immer wieder zu sehen, dass die Polizei mit Tränengas gegen Demonstrierende vorgeht. Aber auch einige Demonstranten haben die Polizei mit Gegenständen beworfen. Damit begegnet man also doch irgendwie der Polizeigewalt, oder?**

Mittlerweile wurde eine gewisse Form der Gewalt von manchen Demonstranten angewendet, zumindest in den jüngsten Protesten. Aber lebensgefährliche Waffen wurden bisher allein von Seiten der Polizei benutzt. Ich meine, die Polizei hat unfassbar viel Tränengas abgefeuert – und das, obwohl wir friedlich waren. [...] Außerdem wurde bisher niemand der Pro-Peking-Gangs für die Prügelattacken gegen Demonstrierende strafrechtlich verfolgt, dagegen fast 500 der pro-demokratischen Demonstranten festgenommen. Daran sieht man die Doppelmoral der Polizei. Dann haben eben ein paar mutige Demonstranten die leeren Tränengaskapseln zurückgeworfen, die die Polizei vorher auf sie abgefeuert hat. Und das kann ich schon irgendwie verstehen.

Zit. nach: [www.jetzt.de](http://www.jetzt.de) (15.07.2020)

i

Eine letzte Phase der Dekolonisierung setzte in den 1960er und 1970er Jahren auf den Inselwelten des Pazifischen und Indischen Ozeans und in der Karibik ein, wo einige der ältesten Kolonialgebiete lagen.

i

Die Bezeichnung „Dritte Welt“ stammt aus der Zeit des Ost-West-Konflikts, als unter „Erster Welt“ die westlichen Industriestaaten, unter „Zweiter Welt“ die kommunistischen Staaten des Ostblocks und unter „Dritter Welt“ alle restlichen Staaten zusammengefasst wurden. Die Begriffe werden heute als problematisch eingestuft, da sie eine Abstufung ausdrücken. Auch der oftmals benützte Terminus „Entwicklungsland“, der aus dem offiziellen Sprachgebrauch internationaler Organisationen wie der UNO und der Weltbank stammt, ist umstritten, weil er einen scheinbar notwendigen Entwicklungsprozess und damit Rückständigkeit suggeriert. Immer öfter werden deshalb neutrale Bezeichnungen wie „globaler Süden“ oder „Länder des Südens“ verwendet, obwohl auch diese Begriffe geografisch nicht zutreffend sind, da beispielsweise die in der südlichen Hemisphäre befindlichen Länder Australien und Neuseeland den reichen Industrienationen zuzurechnen sind.

i

Der „Index der menschlichen Entwicklung“ (HDI = Human Development Index) wird jährlich von der UNO herausgegeben und ist ein Indikator für den Wohlstand von Staaten. Bei der Berechnung werden die Faktoren Lebenserwartung, Bildung und Einkommen berücksichtigt.

### 3 Das Fortwirken des kolonialen Systems

Während die Kolonialmächte den Zerfall ihrer Imperien im Zuge der Dekolonisierung meist sehr schnell verkrafteten, hatten die ehemaligen Kolonien fast immer mit Problemen aufgrund der „kolonialen Erblasten“ zu kämpfen: Im Inneren zeigten sich strukturelle Defizite, nach der Erlangung der Unabhängigkeit brachen sehr oft Konflikte zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf, da bei der Grenzziehung der Kolonien weder auf ethnische noch auf religiöse oder kulturelle Gegebenheiten Rücksicht genommen worden war. Politische Instabilität war und ist aus diesem Grund ein innenpolitisches Problem vieler ehemaliger Kolonien.

Nach außen hatten es die jungen Staaten schwer, sich wirtschaftspolitisch am Weltmarkt zu behaupten. So blieben viele der ehemaligen Kolonien ökonomisch und politisch vom Westen abhängig. Die formale Kontrolle wurde oft durch informelle Abhängigkeiten ersetzt, die alten Hierarchien und Asymmetrien blieben bestehen.

M1

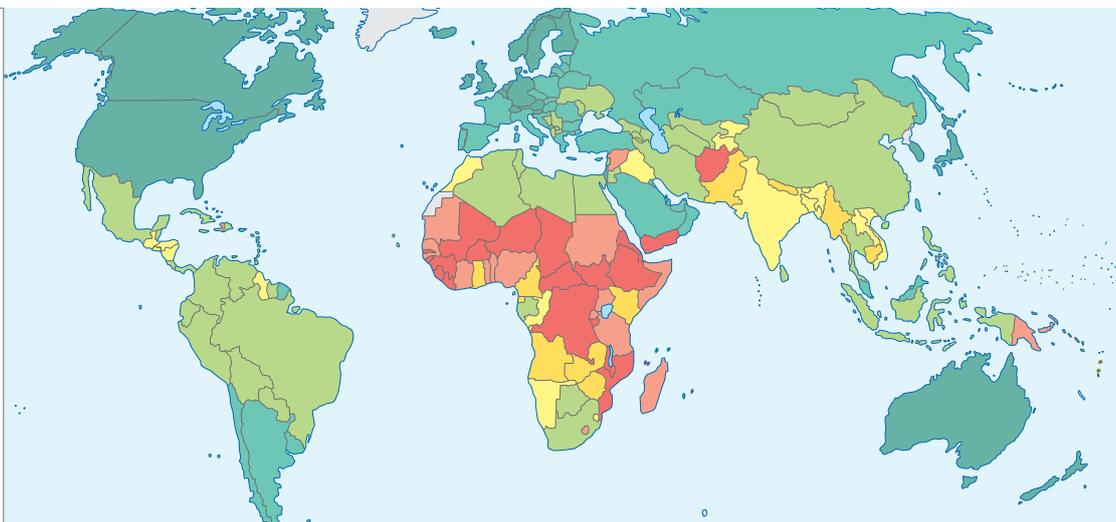
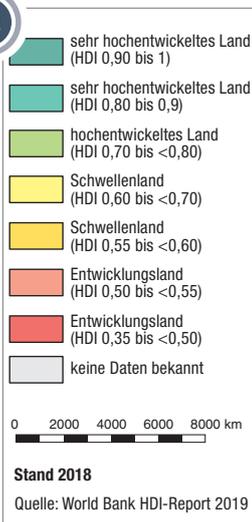
*Zur Abhängigkeit der Länder des Südens von den Industrienationen:*

„Formal empire“ verschwindet [mit der dritten Welle der Dekolonisation] in dieser Periode der Expansionsgeschichte, die nun als solche kaum noch zu bezeichnen ist, von der politischen Landkarte. Doch auch wenn die Kolonien zu Staaten wurden, die über Grenzposten, Hymnen und Flaggen verfügen, so ist doch unverkennbar, dass sie vielfach politisch schwach und ökonomisch weiterhin von den Metropolen der Ersten Welt abhängig sind. Dort liegen die Zentren der Macht, dort residieren die Vorstände und Aufsichtsräte, die die multinationalen Konzerne steuern, und dort werden die politischen Entscheidungen getroffen, die globale Wirksamkeit entfalten. Selbst in den internationalen Organisationen geben die Vertreter der nördlichen Länder den Ton an.

*R. Wendt, Vom Kolonialismus zur Globalisierung, 2016, S. 321f.*

Häufig zählen die ehemaligen Kolonien zu den sogenannten „Entwicklungsländern“. Ihr Hauptproblem ist die Armut. Lückenhafte Infrastruktur, eine hohe Analphabeten- und Arbeitslosenrate, Mängel in der Ausbildung, starkes Bevölkerungswachstum, Unterernährung und Hunger,

M2



Index der menschlichen Entwicklung (HDI) 2018

hohe Kindersterblichkeit und geringe Lebenserwartung sowie mangelnde Gesundheitsfürsorge bilden ein Ursachenbündel für den geringen Lebensstandard, unter dem der Großteil der Bevölkerung leidet. Die „Entwicklungsländer“ kämpfen um die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation als Voraussetzung für politische Selbstständigkeit. Für den Widerstand gegen die wachsende Kluft zwischen den Industrienationen und den „Entwicklungsländern“ etablierte sich in den 1960er Jahren der Begriff des „Nord-Süd-Konfliktes“, der bis heute andauert. Nicht immer sind die Probleme der „Entwicklungsländer“ der kolonialen Vorgeschichte anzulasten: Das nie kolonisierte Nepal gehört heute zu den ärmsten, die ehemals japanische Kolonie Südkorea zu den reichsten Ländern der Welt.

M4

### Entwicklungsunterschiede im „globalen Süden“ und „globalen Norden“:

Im Vergleich zu früheren Zeiten jedoch ist die Welt in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sehr viel komplexer geworden. Die Einteilung in Erste, Zweite und Dritte wurde nicht erst mit dem Ende der Sowjetunion obsolet. Ökonomisch haben eine Reihe von Ländern in der südlichen Hemisphäre aufgeholt, einige der „kleinen Tiger“ Süd- und Ostasiens sind Industriestaaten geworden, andere stehen an der Schwelle zur Ersten Welt, und zwar nicht nur in Asien, sondern auch in Mittel- und Südamerika. Die Ölstaaten mit ihren besonderen Strukturen bilden eine eigene Gruppe in der Welt der internationalen Politik. Die Entwicklungsunterschiede im so genannten Süden sind gewaltig [...]. Dazu kommt, dass innerhalb einzelner Länder hochmoderne Enklaven entstehen, die mit ähnlichen „Inseln“ in aller Welt kommunizieren. Und in den einstigen Industrieländern des Nordens gibt es Regionen, die mit gewaltigen Umstrukturierungsproblemen konfrontiert sind und in ihrer Entwicklung stagnieren. Ökonomisch betrachtet findet sich also heute die Dritte Welt im Norden wie im Süden des Globus, und die Erste Welt hat in der südlichen Hemisphäre Fuß gefasst.

R. Wendt, *Vom Kolonialismus zur Globalisierung*, 2016, S. 324f.

### Globalisierung als neue Form des Kolonialismus?

Die **Globalisierung**, die in den 1990er Jahren einsetzte, brachte eine noch stärkere wirtschaftliche, politische, demografische und kulturelle Vernetzung der Welt. Die Träger und meist auch die Gewinner dieser Globalisierungsprozesse sind vorwiegend – aber nicht ausschließlich – die Länder des Nordens. Die alten politischen und ökonomischen Rollenverhältnisse auf der Welt haben sich nach der Meinung mancher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler damit nicht grundlegend verändert. Sie sehen die Globalisierung aus diesem Grund als eine neue Form des Kolonialismus.

A

- 1 Erläutern Sie die Problematik der Begriffe „Dritte Welt“, „Entwicklungsland“ und „Länder des Südens“ bzw. „globaler Süden“.
- 2 Beschreiben Sie anhand von M2 die Verteilung des Wohlstandes auf der Welt.
- 3 Fassen Sie die Probleme, mit denen die „Länder des globalen Südens“ konfrontiert sind, zusammen.

M3

### Über den Nord-Süd-Konflikt:

Bei dieser Bezeichnung, die von Politikwissenschaftlern erfunden wurde, geht es nicht um Macht, Abschreckung und Interessensphären, sondern um eine Auflehnung armer Länder, vor allem in den tropischen und subtropischen Regionen des Planeten, gegen unfaire Verhältnisse der Abhängigkeit von den Wohlhabenden des Nordens. Der Nord-Süd-Konflikt wurde weniger mit Waffen als mit Worten ausgetragen, vor allem auf dem Forum der Vereinten Nationen in New York. Er war ein Kampf um Gehör in der Weltöffentlichkeit. Sein Ziel war nicht – wie im Ost-West-Konflikt – die militärische und ökonomische Schwächung des Gegners sowie seine ideologische Diskreditierung, sondern die Anerkennung neuer Prinzipien internationaler Gerechtigkeit. Da es um Veränderungen von Balancen in der Weltwirtschaft ging, war die Kritik der Länder der „Dritten Welt“ – eine Bezeichnung, die mit der Dekolonisationswelle der 1960er Jahre populär wurde – weniger gegen die „Zweite Welt“, also den Sowjetblock, gerichtet als gegen den US-dominierten Westen („Erste Welt“), der die Konditionen des internationalen Handels bestimmte.

J. Jansen u. J. Osterhammel, *Dekolonisation*, 2013, S. 98ff.

M5



Proteste von Globalisierungsgegnern der Gruppe „Attac“ in Österreich, Fotografie, 2015

**Globalisierung:** Vermehrung, Verdichtung, Beschleunigung ökonomischer, politischer und kultureller Interaktionen, die zu einer immer engeren Verbindung und Verflechtung von Menschen, Organisationen und Ländern über die Kontinente hinweg führt.

i

Statt des früher gebräuchlichen Begriffs „Entwicklungshilfe“ wird heute meist der Terminus „Entwicklungszusammenarbeit“ verwendet, um die Partnerschaftlichkeit und Gleichberechtigung der Geber- und Empfängerländer zu betonen. Er bezeichnet alle privaten und öffentlichen Maßnahmen der Geberländer zur Unterstützung und Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Empfängerländer. „Humanitäre Hilfe“ bzw. „Katastrophenhilfe“ meint meist die kurzfristige und unmittelbare Unterstützung von Regionen, die von Krisen – wie etwa im Zuge von Naturkatastrophen oder kriegerischen Auseinandersetzungen – betroffen sind.

M1

*„Entwicklungshilfe“ als eine neue Form der Zivilisierungsmission?*

Auch nach Abschluss der Dritten Dekolonisation setzten sich eine Reihe von Prozessen fort, die die Interaktionsgeschichte zwischen Nord und Süd seit langem entscheidend mitformten [...]. Auch wenn das Bild sehr viel facettenreicher geworden ist, wird die Globalisierung des ausgehenden 20. und frühen 21. Jahrhunderts weiterhin von Abhängigkeiten und Hierarchien geprägt, die sich im 18. und 19. Jahrhundert herausbildeten. Im Gewand von Modernisierungstheorie und Entwicklungshilfe sind auch Grundprinzipien der Zivilisierungsmission immer noch aktuell. Denen, die sie vertreten und praktizieren, geht es nach wie vor darum, die Länder des Südens allmählich auf das Niveau des Nordens zu heben, wobei dessen politische, gesellschaftliche und kulturelle Strukturen als Maßstab dienen. Wirtschafts- und Militärhilfe, günstige Kredite oder Unterstützung im Bildungswesen sind an Auflagen gebunden oder sollen dazu dienen, bestehende Beziehungen und Abhängigkeiten politischer, wirtschaftlicher oder kultureller Natur zu erhalten oder zu vertiefen.

*R. Wendt, Vom Kolonialismus zur Globalisierung, 2016, S. 323*

## 4 Entwicklungszusammenarbeit

Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ungleichheiten zwischen den Ländern des „globalen Südens“ und des „globalen Nordens“ zu beseitigen, ist das Ziel der „Entwicklungszusammenarbeit“.

### Staatliche Entwicklungspolitik

In bilateraler Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ein Geberland Projekte in einem Empfängerland. Die Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungspolitik liegen beispielsweise in Afrika, Bhutan, im Südkaukasus und in Südosteuropa, darüber hinaus wird humanitäre Hilfe auch bei akuten Krisen weltweit angeboten.

Bei der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit fließen Gelder von Geberländern an internationale Organisationen, die diese verwalten und im Rahmen unterschiedlicher Programme an die „Entwicklungsländer“ weitergeben. Beispiele dafür sind die Hilfsprogramme der EU, die OECD (Organisation for Economic Co-operation and Development) sowie die UNO mit ihren zahlreichen Organisationen wie der UNICEF (Kinderhilfswerk) oder der UNIDO (Organisation für industrielle Entwicklung). Eine zentrale Rolle spielen daneben die „Weltbank“, die mit Krediten und Bürgschaften Entwicklungsprojekte finanziert, der „Internationale Währungsfond“ (IWF), der die währungspolitische Zusammenarbeit fördert und Staaten bei der Bewältigung von Schuldenkrisen unterstützt, sowie die „World Trade Organization“ (WTO), welche die weltweiten Handels- und Wirtschaftsbeziehungen regeln soll.

Kritische Stimmen meinen jedoch, dass die Strukturen und Entscheidungsabläufe innerhalb dieser Organisationen dazu beitragen, die Dominanz des Nordens über den Süden zu bewahren.

### Nicht-staatliche Initiativen

Eine bedeutende Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit haben Nichtregierungsorganisationen (NGOs) übernommen, die Projekte in den unterschiedlichsten Bereichen tragen. Schwerpunkte sind etwa Menschenrechte (z. B. Amnesty International), humanitäre Hilfe (z. B. Ärzte ohne Grenzen) oder Ökologie (z. B. Greenpeace). Daneben organisieren auch kirchliche Organisationen wie die Caritas weltweite Hilfsprojekte. Nicht zuletzt kann auch jede und jeder Einzelne, etwa durch ihre bzw. seine Spenden und Konsumgewohnheiten, zur Beseitigung der Ungleichheiten beitragen.

### Ein Beispiel: Textilproduktion in Bangladesch

Um die Produktionskosten niedrig zu halten, haben viele Modeunternehmen ihre Produktion in asiatische Billiglohnländer verlagert. Die neuen Zentren für das Herstellen und Färben von Stoffen und das Nähen von Textilien sind beispielsweise Indien, China, Vietnam, Bangladesch und Taiwan. Immer wieder wird Kritik an den schlechten Arbeits- und Produktionsbedingungen der Arbeiterinnen – die überwiegende Mehrheit der in der Textilindustrie Beschäftigten sind Frauen – in diesen Ländern laut: Niedrige Löhne, die nicht zur Existenzsicherung reichen, Beengtheit und Gefahren am Arbeitsplatz – im Jahr 2013 sind beispielsweise 3 000 Menschen bei dem Einsturz eines Fabriksgebäudes in Bangladesch gestorben – überlange Arbeitszeiten und fehlende Gewerkschaften sind üblich. Auch Kinderarbeit ist in der Branche immer wieder ein Problem.

M2

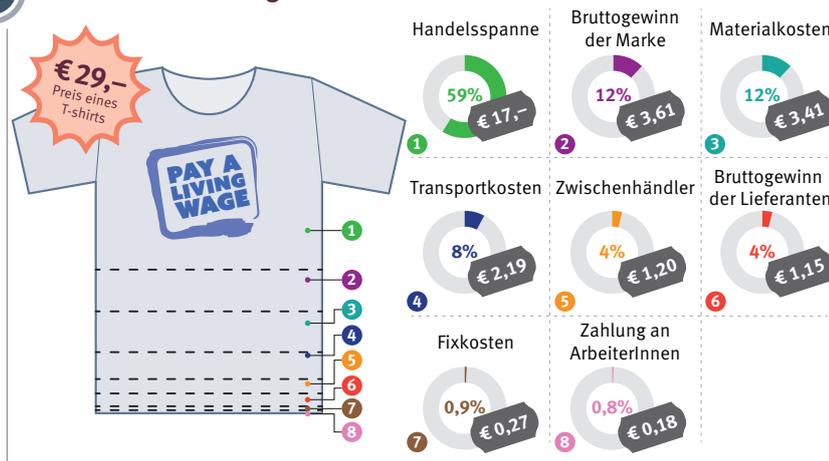


Arbeiterinnen und Arbeiter in einer Textilfabrik Bangladesch, Fotografie, 2011

Zahlreiche Kampagnen wie „Clean Clothes“ oder „Fair Wear Foundation“ versuchen in den Ländern des Nordens Bewusstsein für die Probleme bei der Textilproduktion zu schaffen, setzen sich für fair produzierte Kleidung ein und fordern neue gesetzliche Rahmenbedingungen in den Billiglohnländern.

M4

Preisauflüsselung eines T-shirts



Aufschlüsselung des Preises für ein aus Bangladesch stammendes T-Shirt, Fairware Foundation

M3

Aus einem Artikel über Textilfabriken in Bangladesch aus 2014:

Das Land zählt mehr als 5000 Textilfabriken. Innerhalb weniger Jahre ist das Armenhaus der Region damit zum zweitgrößten Exporteur von Kleidung aufgestiegen – größer ist nur noch Chinas Textilbranche. Nicht nur Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen aber erklären, die bis zum vergangenen Jahr gezahlten 3 000 Taka (29 Euro) Mindestlohn im Monat reichten auch in einem Land, in dem die Hälfte der Menschen mit weniger als einem Dollar täglich leben müssen, nicht zum Überleben. Vor allem dann, wenn die lokalen Lohnfertiger in Indien oder Bangladesch immer wieder über Monate gar keinen Lohn auszahlen, oder die Mädchen um einen Teil der zugesagten Prämie am Ende des Arbeitsvertrages prellen. Zumal die Inflation von 8 Prozent immer mehr des kargen Lohnes frisst. Die Sozialstandards werden auf breiter Fläche unterschritten. „Viele Arbeiter sind gezwungen, 14 bis 16 Stunden an sieben Tagen die Woche zu arbeiten. Einige beenden ihre Schicht um 3 Uhr morgens und fangen um 7.30 wieder an. Darüber hinaus arbeiten sie unter unsicheren, eingegengten und gefährlichen Bedingungen, die oft zu Feuern in den Fabriken führen. Sexuelle Belästigung und Diskriminierung sind weit verbreitet und viele Arbeiterinnen berichten, dass ihnen das Recht auf Mutterschaftszeit versagt werde“, kritisiert die britische Menschenrechtsorganisation War on Want. In Bangladesch wurden Gewerkschaftsführer ermordet, in Kambodscha lässt die Regierung unter Zustimmung der Manager auf Demonstranten schießen, in Indien ermittelt die Polizei gegen Journalisten, die sich dem Thema nähern.

www.faz.net (15.07.2020)

A

- 1 Stellen Sie anhand der Etiketten Ihrer Kleidungsstücke die typischen Produktionsländer heutiger Kleidung fest und sammeln Sie die Ergebnisse an der Tafel.
- 2 Skizzieren Sie anhand der Quellen (M2 und M3) die Arbeitsbedingungen von Näherinnen und Nähern in Bangladesch.
- 3 Erklären Sie mithilfe der Grafik (M4) die Zusammensetzung des Preises eines T-Shirts.
- 4 Recherchieren Sie im Internet die Bedeutung und das Konzept von „Fair Trade“.
- 5 Diskutieren Sie die politischen Handlungsmöglichkeiten sowie die Bereitschaft von Konsumentinnen und Konsumenten, Verantwortung für ihre Kaufentscheidung zu nehmen und den Preis für faire Produkte zu bezahlen.
- 6 Bewerten Sie die in der Quelle (M1) geäußerte Kritik an der bestehenden Praxis der Entwicklungszusammenarbeit.

# VII Die Welt im Umbruch: Aufbegehren gegen die koloniale Herrschaft

K

## ► Historische Methodenkompetenz (De- und Rekonstruktionskompetenz)

Darstellungen der Vergangenheit kritisch hinterfragen

## ► Historische Orientierungskompetenz

Darstellungen der Vergangenheit hinsichtlich angebotener Orientierungsmuster für die Gegenwart und Zukunft befragen

## ► Politische Handlungskompetenz

Differenzierte politische Diskussionen führen

M1

*Auswahl gesetzlicher Feiertage der Republik Südafrika:*

- 21.3.** Tag der Menschenrechte (Jahrestag des Massakers von Sharpeville)
- 27.4.** Freiheitstag (Jahrestag der ersten freien Wahlen 1994)
- 16.6.** Tag der Jugend (Jahrestag des Beginns der Schülerproteste in Soweto 1976)
- 9.8.** Tag der Frauen (Jahrestag der Frauendemonstration gegen die Passgesetze 1956)
- 24.9.** Tag des Erbes
- 16.12.** Versöhnungstag (Jahrestag der Schlacht am Blood River zwischen Buren und Zulu 1838)

*Zit. nach: [www.gov.za](http://www.gov.za) (15.07.2020)*

Fast alle Nationen haben eine koloniale bzw. imperialistische Vergangenheit, die Auswirkungen auf ihr heutiges Selbstverständnis hat. Auf der Seite der ehemaligen Kolonialmächte fehlt heute in den meisten Fällen nach wie vor eine konstruktive und ehrliche Aufarbeitung der eigenen kolonialen Vergangenheit, der Umgang mit der eigenen Schuld wird nicht nur aus Angst vor unbequemen Fakten sondern auch vor möglichen Reparationszahlungen verdrängt. So haben die Verbrechen der kolonialen Zeit nur selten den Weg ins kollektive Bewusstsein der Bevölkerung gefunden.

Aber auch in den Ex-Kolonien gestaltet sich der Umgang mit dem kolonialen Erbe schwierig. Die jungen Nationen ringen darum, ihre eigene Identität und authentische Namen, Bezugspunkte und Symbole unabhängig von der Kolonialmacht zu finden. Dies ist oft nicht einfach, da die willkürlich gezogenen Grenzen der Kolonien die ethnischen, kulturellen und religiösen Realitäten nicht berücksichtigt haben und Gemeinsamkeiten schwierig zu finden sind. Gemeinschaftsstiftend sind aus diesem Grund oft die Kämpfe für die Unabhängigkeit, deren Eckdaten sich meist auch im Feiertagskalender der Länder wiederfinden. Darüber hinaus sind die ehemaligen Kolonien auch gefordert, die Leiden und Diskriminierungen während der Kolonialzeit in die eigene Geschichte zu integrieren.

In Südafrika schlug man einen außergewöhnlichen Weg ein, um die Wunden der Vergangenheit zu schließen und die Verbrechen und Verletzungen der Menschenrechte, die während der Apartheid geschehen waren, aufzuarbeiten: 1996 wurde die „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ eingerichtet, deren Vorsitz der Erzbischof und

i

In Großbritannien gibt es viele Skulpturen und Bauten, die an die Macht und Stärke des ehemaligen britischen „Empires“ erinnern. Denkmäler, die der Opfer des Kolonialismus und Imperialismus gedenken, finden sich im öffentlichen Raum jedoch kaum. 2007 gab es eine erfolglose Petition, die sich für ein Denkmal für die Opfer des transatlantischen Sklavenhandels im Londoner Hyde Park einsetzte. Die Regierung weigerte sich allerdings bis jetzt, die nötigen finanziellen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

M2



Der ehemalige Außenminister Südafrikas während der Apartheid, Pik Botha (1932 – 2018), bereitet sich auf eine Aussage in der Wahrheits- und Versöhnungskommission vor, Fotografie, 1996

Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu (geb. 1931) übernahm. Ein zuvor von der Regierung verabschiedetes Gesetz zur „Förderung der Nationalen Einheit und Versöhnung“ sah vor, alle vor dem 12. Dezember 1996 begangenen Verbrechen straffrei zu lassen, sofern die Taten öffentlich zugegeben und bereut wurden. Ziel der Kommission war es, Täter und Opfer in einen „Dialog“ zu bringen und damit eine Grundlage für die Versöhnung der zerstrittenen Bevölkerungsgruppen zu schaffen.

M4

*Die südafrikanische Psychologin Pumla Gobodo-Madikizela 2006 über die Grundidee der Kommission:*

Gerichte ermutigen Menschen, ihre Schuld zu bestreiten. Die Wahrheitskommission lädt sie ein, die Wahrheit zu sagen. Vor Gericht werden Schuldige bestraft, in der Wahrheitskommission werden Reuige belohnt.

*www.spiegel.de (15.07.2020)*

Die Kommission tagte vier Jahre lang und hatte mehr als 25 000 Amnestieanträge und Verletzungen von Menschenrechten zu beraten. Angehörige von Polizei und Militär gestanden vor der Kommission schwerwiegende Verbrechen, Folter und Hinrichtungen, Opfer schilderten ihre Erlebnisse. Die Anhörungen waren oft von hoher Emotionalität geprägt. Der Erfolg allerdings blieb zweifelhaft. Ohne die Zusicherung von Straffreiheit wären nur wenige Täter bereit gewesen, über ihre Verbrechen zu berichten. Das Amnestie-Prinzip wurde von vielen Opfern weder verstanden noch akzeptiert.

M5

*Ausschnitt aus einer Anhörung von Sidney Yabo vor der Wahrheits- und Versöhnungskommission am 12. August 1996 (aus dem Englischen):*

*Anwalt Denzil Potgieter: So, auf Sie wurde geschossen und Sie wurden ins Krankenhaus gebracht und später wurden Sie ins Tygerberg Krankenhaus in Kapstadt verlegt?*

*Sidney Yabo: Ja.*

*Potgieter: Wurden Sie deswegen operiert?*

*Yabo: Ja.*

*Potgieter: An welchem Teil des Körpers?*

*Yabo: An meinen Augen.*

*Potgieter: An beiden Augen?*

*Yabo: Ja.*

*Potgieter: Sie haben also beide Augen entfernt?*

*Yabo: Ja.*

*Potgieter: Wurde Ihnen ins Gesicht geschossen?*

*Yabo: Ja. [...]*

*Potgieter: Und Sie haben gesagt, dass Sie, als Ihr Krankenhausaufenthalt beendet war, verhaftet wurden?*

*Yabo: Ja.*

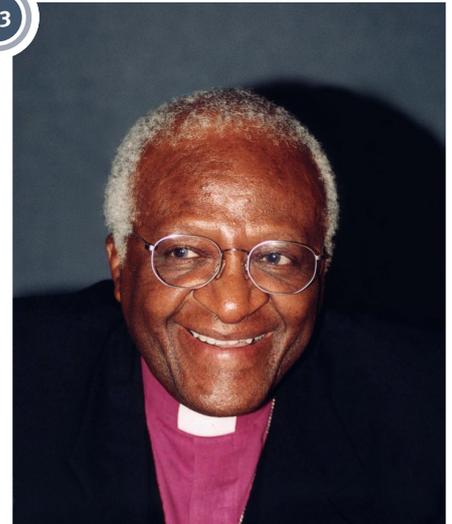
*Potgieter: Wieswegen?*

*Yabo: Wegen öffentlicher Gewalt.*

*www.justice.gov.za (15.07.2020)*

Die Wahrheits- und Versöhnungskommission hat den tiefen Graben zwischen weißer und schwarzer bzw. vormals bevorteilter und benachteiligter Bevölkerung nicht zuschütten und kaum Brücken bauen können. Noch immer prägen Konflikte zwischen den Bevölkerungsgruppen den Alltag in Südafrika.

M3



Erzbischof Desmond Tutu, Vorsitzender der Wahrheits- und Versöhnungskommission, Fotografie, 1999

A

- 1 Erläutern Sie unter Berücksichtigung des Autorentextes und M1 die Schwierigkeiten bei der Nationenbildung in den Ländern der ehemaligen Kolonien.
- 2 Bewerten Sie anhand des Textes den Umgang der ehemaligen Kolonialmächte mit ihrer kolonialen Vergangenheit. Entwickeln Sie Ideen für einen konstruktiven und verantwortungsbewussten Umgang der Kolonialmächte mit der eigenen Vergangenheit.
- 3 Beschreiben Sie die Grundidee, die hinter der Wahrheits- und Versöhnungskommission steckt.
- 4 Diskutieren Sie unter Einbeziehung des Anhörungsprotokolls (M5), ob eine solche Kommission die Geschehnisse während der Apartheid aufarbeiten und so „Wunden der Vergangenheit“ schließen kann.



i

**Politik ist ...**

menschliches Handeln, das zum Ziel hat, verbindliche Regelungen in und zwischen Gruppen von Menschen herzustellen. Jede Gesellschaft braucht Spielregeln (Gesetze). Eine wichtige Aufgabe von Politik ist es, diese Gesetze zu beschließen und dafür zu sorgen, dass sie eingehalten werden.

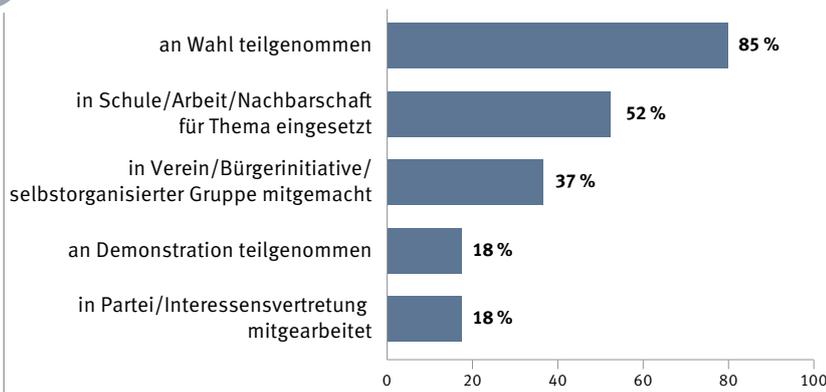
*Politiklexikon für junge Leute*

**Demokratie ...**

stammt von den griechischen Wörtern demos und kratein ab, die auf Deutsch Volk und herrschen bedeuten. Als demokratische Länder werden jene Staaten bezeichnet, die einerseits Grundrechte sowie Menschenrechte schützen und vertreten und die andererseits dafür sorgen, dass alle in einem Staat lebenden Menschen die gleichen Rechte und Pflichten, aber auch die gleichen Möglichkeiten haben, dass also Chancengleichheit herrscht.

*Politiklexikon für junge Leute*

M2

**Frage: Haben Sie in den letzten fünf Jahren ...**

Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation

**Brainstorming**

Machen Sie auf einem Blatt Papier Notizen zu folgenden (oder ähnlichen) Fragen:

- ▶ Was assoziiere ich mit Demokratie?
- ▶ Was bedeutet politisches Handeln für mich?
- ▶ Einigen Sie sich mit Ihrer Sitznachbarin bzw. Ihrem Sitznachbarn auf die drei wichtigsten Aspekte. Bewerten Sie die Ergebnisse in der Kleingruppe.

Recherchieren Sie im Internet nach dem „Demokratiemonitor“ und formulieren Sie in Anlehnung an M2 drei Fragen, die sich auf junge Menschen beziehen. Stellen Sie die Fragen in Ihrer Klasse und vergleichen Sie die Ergebnisse.

Diskutieren Sie anhand von M1 und M2 sowie Ihrer persönlichen Erfahrungen die Möglichkeiten politischer Partizipation.

**1919**

Einführung des Proporz- und Frauenwahlrechts

**1920**

Bundesverfassungsgesetz

**1929**

Verfassungsreform: Stärkung des Bundespräsidenten

**1933**

Ausschaltung des Parlaments

**27. April 1945**

Unabhängigkeitserklärung; Wiederherstellung der Republik Österreich

**1955**

Staatsvertrag und Neutralitätsgesetz

**1958**

Beitritt Österreichs zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)

**1968**

Herabsetzung des aktiven bzw. passiven Wahlalters auf 19 bzw. 25 Jahre

**1975**

Parteiengesetz

**1976**

Volksgruppengesetz als einheitliche Rechtsgrundlage für Minderheiten

**1977**

Schaffung der Volksanwaltschaft

**1994**

Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union

**1995**

Volksabstimmung über den EU-Beitritt

**2007**

Senkung des aktiven Wahlalters auf 16, des passiven auf 18 Jahre

**2016**

Aufhebung der Stichwahl zur Wahl des Bundespräsidenten durch den Verfassungsgerichtshof

**2020**

Vorübergehende Einschränkung von Grundrechten durch Covid-Sondergesetze

M1

Der Politologe und Rechtswissenschaftler Manfred Welan zur praktischen Umsetzung der Verfassung:

Realverfassung nennt man die wirklichen Machtverhältnisse und -träger, vor allem politische Parteien, Verbände wie Wirtschaftskammer, Österreichischer Gewerkschaftsbund, Industriellenvereinigung, Massenmedien wie ORF und „Kronzeitung“. Die Koalition von SPÖ und ÖVP und die Kooperation der Großverbände (Sozialpartnerschaft) waren und sind Realverfassung.

Verfassungswirklichkeit wird oft als Gegenbegriff zum Verfassungsrecht verwendet. Manche meinen damit die Realverfassung. Meistens steht dahinter aber ein überzogenes Verfassungsverständnis, das vom Verfassungsrecht eine vollkommene Bindung von Politik nach Art eines politischen Grundbuches oder Eisenbahnfahrplanes verlangt. Verfassungsrecht ist aber als Spielregel relativ offen. Es enthält nur Rahmen und Schranken der Politik, nicht ihr Abbild. Politik und politische Akteure können diese Regeln unterschiedlich ausfüllen und damit die Verfassung unterschiedlich verwirklichen. Die Verfassungsverwirklichung bietet ein unterschiedliches Bild bei unterschiedlichen Regierungsformen. Bei einer **Alleinregierung** oder **Minderheitsregierung** entwickelt sie sich anders als bei einer kleinen oder großen Koalition. Daher ist es immer wichtig, die realen Gegebenheiten [im] Kontext mit dem Text der Verfassung zusammen zu betrachten. Grenze ist die Verletzung der Spielregeln, der Widerspruch zur Verfassung, die Verfassungswidrigkeit.

Zit. nach: *austria-forum.org*  
(15.07.2020)

**Alleinregierung:** ist nur bei der absoluten Mandatsmehrheit einer Partei möglich.

**Minderheitsregierung:** Die Regierungspartei verfügt über keine Mehrheit im Parlament und muss sich für jedes Gesetzesvorhaben die Unterstützung anderer Parteien suchen. Das gab es in Österreich nur 1970/1971.

## 1 „Auf die Bundesverfassung ist Verlass“

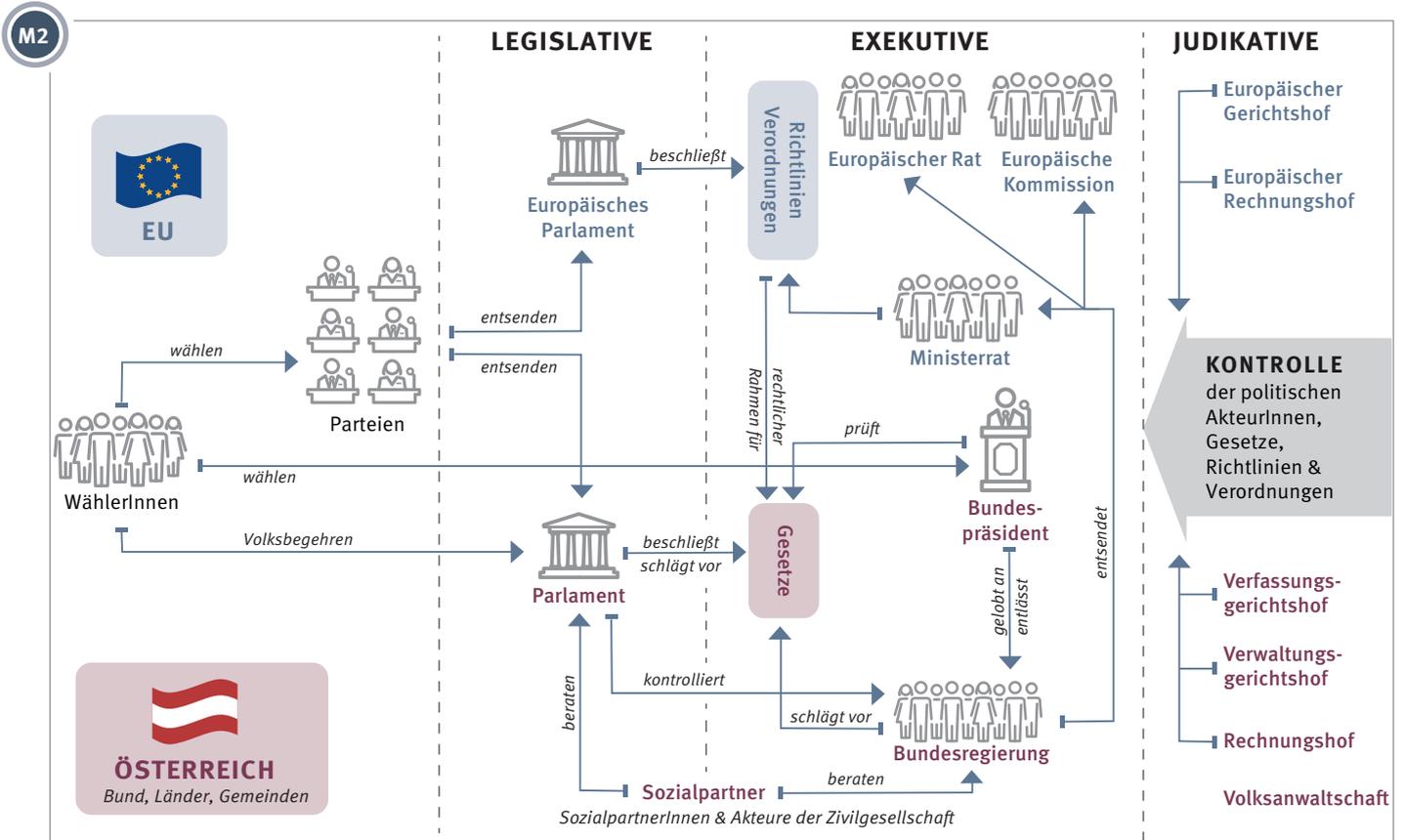
Diesen Satz twitterte Bundespräsident Alexander van der Bellen (geb. 1944) zwei Tage, nachdem der Nationalrat erstmals in der Geschichte der Republik einer Bundesregierung das Misstrauen ausgesprochen hatte.

Das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) aus dem Jahr 1920 wurde 1929 novelliert, im Zuge dessen wurde auch die Position des Bundespräsidenten gestärkt.

Architekt der Verfassung ist Hans Kelsen, einer der führenden Rechtstheoretiker seiner Zeit. Das B-VG wurde 1945 wieder in Kraft gesetzt und seither immer wieder überarbeitet. Eine Änderung wesentlicher Teile der Verfassung muss im Nationalrat mit Zweidrittelmehrheit beschlossen und im Fall einer Gesamtänderung anschließend in einer Volksabstimmung bestätigt werden. Das war beim Beitritt zur Europäischen Union 1994 der Fall.

### Was sind die Grundprinzipien der Bundesverfassung?

- ▶ **Demokratisch:** Österreich ist eine Demokratie, ihr Recht geht vom Volk aus. Die von den Wahlberechtigten gewählten Abgeordneten bestimmen nach dem Mehrheitsprinzip, welche Politik gemacht wird. Sie können auch wieder abgewählt werden (repräsentative Demokratie).
- ▶ **Republikanisch:** Dieses Prinzip war eine klare Absage an die Monarchie. Das Staatsoberhaupt (Bundespräsidentin/Bundespräsident) wird für sechs Jahre gewählt (Mindestalter 35 Jahre). Eine Wiederkandidatur ist möglich. Das Staatsoberhaupt vertritt den Staat nach innen und außen und spielt eine wichtige Rolle bei der Regierungsbildung.
- ▶ **Bundesstaatlich:** 2100 Gemeinden. Dort treffen gewählte Landtage und Gemeinderäte politische Entscheidungen. Die Aufteilung der Kompetenzen ist gesetzlich geregelt, aber nicht unumstritten. Die Landtage schicken Abgeordnete in den Bundesrat. Die eigentliche Vertretung der Länderinteressen erfolgt durch die informelle Landeshauptleuterkonferenz.
- ▶ **Rechtsstaatlich:** Die gesamte Vollziehung erfolgt aufgrund von Gesetzen, die von allen Staatsorganen eingehalten werden müssen. Die Kontrolle liegt bei unabhängigen Gerichten, insbesondere dem Verwaltungs- und Verfassungsgerichtshof. Die drei Gewalten (Gesetzgebung, Verwaltung und Gerichtsbarkeit) müssen getrennt sein.
- ▶ **Liberal:** Das liberale Prinzip sichert der/dem Einzelnen Freiheit vom Staate durch Schutz und Einhaltung der Grund- und Menschenrechte, z. B. Vereins- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz. Diese Rechte sind im *Staatsgrundgesetz über die Allgemeinen Rechte der Staatsbürger* (1867) und der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) enthalten.
- ▶ **Weitere Prinzipien:** Neutralität, umfassende Landesverteidigung, umfassender Umweltschutz u. a. m. sind wichtige politische Ziele und Teil der Verfassung, gehören aber nicht zu deren Grundprinzipien.



Vereinfachte schematische Darstellung des politischen Systems in Österreich und der Entstehung von Gesetzen

### Nationalrat im Krisenmodus – große Vollmachten für die Regierung

M3

Aus der Parlamentskorrespondenz Nr. 263 von 15. März 2020:

In einer Sondersitzung hat der Nationalrat [am 15. März 2020] ein Gesetzespaket beschlossen, mit dem die von der Regierung vorgesehenen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus eine gesetzliche Grundlage erhalten. [...] Damit soll die Finanzierung von Maßnahmen im Umgang mit der rasanten Ausbreitung des Coronavirus in Österreich sichergestellt werden. Das Gesetzespaket passierte den Nationalrat einstimmig, wobei ihm mittels Abänderungsantrag noch Berichtspflichten gegenüber dem Parlament sowie die Möglichkeit der Anwendung von Zwangsmittel durch Sicherheitsbehörden hinzugefügt wurden.

[www.parlament.gv.at](http://www.parlament.gv.at) (15.07.2020)

M4

Das Nachrichtenmagazin vienna online im April 2020 über Kritik an Covid-19-Gesetzen:

Ein Wiener Anwalt hat beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) eine Klage gegen das Covid-19-Maßnahmegesetz eingebracht. Im Namen einiger Klienten, die wegen der Ausgangsbeschränkungen Verstöße gegen Grundrechte erten, beantragt er eine Aufhebung des Gesetzes. Ihm gehe es vor allem darum, dass der Verfassungsgerichtshof die Maßnahmen überprüft. [...] Das Vorgehen der Regierung sei eines Rechts- und Verfassungsstaates nicht würdig, hieß es [...] in einer Aussendung des Anwalts. „Das ganze Vorgehen richtet sich an Untertanen und zeigt ausgeprägtes Obrigkeitsdenken“, kritisierte er.

[www.vienna.at](http://www.vienna.at) (15.07.2020)

A

1 Art. 1 B-VG lautet: „Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.“ Erläutern Sie mithilfe des Schaubilds M2, wie dieser Grundsatz in die Praxis umgesetzt wird.

2 Ordnen Sie die einzelnen Instanzen des politischen Systems (M2) den fünf Prinzipien der Bundesverfassung zu.

3 Erklären Sie anhand von M1 den Unterschied zwischen dem Verfassungsideal und der Verfassungswirklichkeit.

4 Erörtern Sie ausgehend von M3 und M4, ob weitgehende Vollmachten für die Regierung (z. B. zu Schul- und Geschäftsschließungen, Ausgangsbeschränkungen u. ä.) in Krisensituationen gerechtfertigt sind.

## 2 Wählen – meine Stimme zählt

Das Wahlrecht ist an die Staatsbürgerschaft und an ein Mindestalter (in Österreich liegt es bei 16 Jahren) geknüpft. Einzig EU-Ausländerinnen und -Ausländer dürfen sich an Kommunalwahlen beteiligen (Gemeinderatswahlen, Bezirksratswahlen in Wien).

### Kriterien von demokratischen Wahlen

- ▶ Das Wahlrecht muss allgemein, gleich, frei und unmittelbar sein. Es muss persönlich ausgeübt werden (in der Wahlzelle oder per Briefwahl).
- ▶ Es muss mehrere klar unterscheidbare wahlwerbende Parteien geben. Diese müssen auch Zugang zu Medien haben, um ihre Programme bewerben zu können.

### Was/Wer wird in Österreich gewählt?

- ▶ Bundespräsidentin/Bundespräsident alle sechs Jahre (Persönlichkeitswahl; einmalige Wiederwahl; Mindestalter 35 Jahre)
- ▶ EU-Parlament alle fünf Jahre (Parteien)
- ▶ Nationalrat alle fünf Jahre (Parteien, Listen)
- ▶ Landtage alle fünf, in Oberösterreich alle sechs Jahre (Parteien)
- ▶ Bezirksvertretung in Wien alle fünf Jahre (Parteien, Listen)
- ▶ Gemeinderäte mit Ausnahme von Oberösterreich alle fünf Jahre (Parteien, Listen)
- ▶ Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in allen Bundesländern außer Wien, Niederösterreich und Steiermark (Persönlichkeitswahl)

### Was ist eine Vorzugsstimme?

Parteien stellen Listen von Kandidatinnen und Kandidaten auf. Zusätzlich zur Stimme für eine Partei kann man einer Person auf der Parteiliste eine Vorzugsstimme geben. Bekommt diese genügend Vorzugsstimmen, wird sie/er vorgereicht und kann so z. B. auch von einem hinteren Listenplatz den Einzug in den Nationalrat oder das EU-Parlament schaffen.

M1

Ankündigung einer Diskussionsrunde auf Ö1 am 19. Juli 2019 über das an die Staatsbürgerschaft gebundene Wahlrecht:

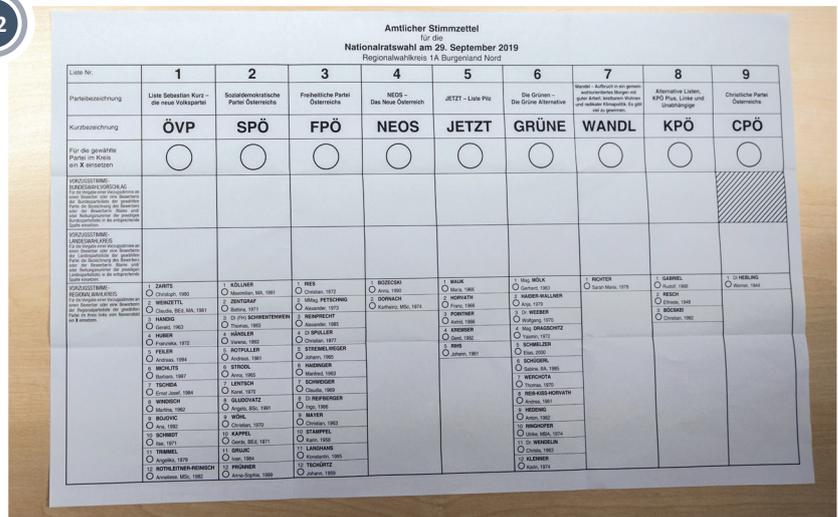
Mehr als 1,2 Millionen Menschen, die über 16 Jahre alt sind, bleiben von der kommenden Nationalratswahl ausgeschlossen, so die Statistik Austria. Das sind rund 15 % der möglichen Wähler und in Wien sogar beinahe ein Drittel. Ob das für die Teilhabe der Menschen am öffentlichen Leben, für die Identifikation mit dem Staatwesen und mit nationalen Zielen, ja für die Demokratie insgesamt förderlich ist, bezweifeln Beobachter – insbesondere auch im Vergleich zu anderen Ländern. Schon einmal ist der Versuch der Öffnung des Wahlrechts beim Verfassungsgerichtshof gescheitert, denn das Recht der demokratischen Republik gehe vom Volk aus und der Begriff des Volkes sei an die Staatsbürgerschaft geknüpft. Um die Anzahl der Staatsbürgerschaften zu erhöhen und damit auch mehr demokratische Teilhabe zu ermöglichen, könnte das Staatsbürgerschaftsrecht reformiert werden: Etwa durch die Einführung des Geburtsortprinzips, das in Deutschland seit 2000 gilt, durch die Ermöglichung von Doppelstaatsbürgerschaften oder die Beseitigung der bestehenden ökonomischen Hürden.

oe1.orf.at (15.07.2020)

A

1 Diskutieren Sie anhand von M1, welche Auswirkungen es für die Betroffenen und die Gesellschaft hat, wenn 15 % der in Österreich wohnenden Menschen kein Wahlrecht haben. Erheben Sie, ob auch Schülerinnen und Schüler Ihrer Klasse betroffen sind. Was bedeutet es für diese jungen Menschen, vom demokratischen Prozess in Österreich ausgeschlossen zu sein?

M2



Amtlicher Stimmzettel für die Nationalratswahl am 29. September 2019, Fotografie, 2019

### Verhältniswahlrecht oder Mehrheitswahlrecht?

In Österreich gilt das Verhältniswahlrecht. Mandate für den Nationalrat werden nach dem prozentualen Stimmenanteil für eine Partei vergeben. Kein Mandat gibt es, wenn eine Partei weniger als 4 % der Stimmen erhält (4 %-Hürde) oder kein Grundmandat in einem der Wahlkreise erreicht. Ein solches Wahlrecht bildet die Vielfalt der Meinungen und Interessen in einer Gesellschaft ab und gibt auch kleinen und neuen Parteien eine Chance, Abgeordnete in den Nationalrat entsenden zu können.

Der Nachteil eines solchen Systems ist die Zersplitterung der Mandate auf viele Parteien, sodass es schwierig sein kann, eine Regierung zu bilden, die dann auch eine Mehrheit für ihre Vorhaben im Parlament findet. In den Niederlanden etwa verteilen sich die 150 Sitze auf 13 Parteien, wovon die drei größten nur jeweils 19 oder 20 Mandate auf sich vereinigen.

Das (absolute) Mehrheitswahlrecht gilt in Österreich nur bei der Präsidentschaftswahl oder der Direktwahl von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Als gewählt gilt, wer über 50 % der Stimmen erhält. Ist dies nicht der Fall, gibt es eine Stichwahl zwischen den stimmenstärksten Kandidatinnen und Kandidaten.

### Formen der direkten Demokratie

Neben der indirekten Mitwirkung an der politischen Entscheidungsfindung durch die Wahl von Abgeordneten sieht die Verfassung auch Instrumente der direkten Demokratie vor, nämlich:

- ▶ **Volksbefragungen:** Diese sind eine Möglichkeit, die Meinung oder Haltung der Wahlberechtigten zu einer bestimmten Frage einzuholen. Es wird eine Frage vorgelegt, die mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten ist oder eine Frage mit zwei Alternativvorschlägen. Die Initiative kann vom Parlament oder der Bundesregierung ausgehen. Das Ergebnis ist rechtlich nicht bindend, wird aber von der Politik respektiert. Die Volksbefragung zur Wehrpflicht 2013 endete mit einem klaren Votum für deren Beibehaltung (59,7 %).
- ▶ **Volksabstimmungen:** Bei einer Volksabstimmung wird mit „Ja“ oder „Nein“ über einen Beschluss des Nationalrates abgestimmt. Das Ergebnis ist rechtlich bindend. Bisher wurde dieses Instrument in Österreich zwei Mal angewandt. 1978 entschied sich eine knappe Mehrheit (50,5 % bei einer Wahlbeteiligung von 61 %) gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf. 1994 stimmten 66,6 % der Gesamtänderung der Bundesverfassung als Folge des EU-Beitritts zu.
- ▶ **Volksbegehren:** Bei Volksbegehren geht die Initiative von der Zivilgesellschaft aus. Zunächst müssen für ein konkretes Anliegen mindestens 8 000 Unterstützungserklärungen gesammelt werden. Wenn das Volksbegehren von mindestens 100 000 Wahlberechtigten unterstützt wird, muss es im Nationalrat behandelt werden. Das Ergebnis verpflichtet den Gesetzgeber aber nicht, auch entsprechende Gesetze zu verabschieden, wie ein Blick auf die Liste der bisherigen Volksbegehren zeigt. Auch das Volksbegehren für ein Rauchverbot in der Gastronomie wurde trotz fast 900 000 Unterschriften erst nach dem Ende der ÖVP-FPÖ-Koalition umgesetzt. Die *Freiheitliche Partei* (FPÖ) tritt immer wieder für eine Ausweitung der direkten Demokratie und verpflichtende Volksabstimmungen nach erfolgreichen Volksbegehren ein.

i

#### Mehrheitswahlrecht

In Ländern mit Mehrheitswahlrecht wird das Wahlgebiet in so viele Wahlkreise unterteilt, wie es Abgeordnete zu wählen gibt (Eiںpersonwahlkreise). Die Wählerin oder der Wähler vergeben ihre Stimme für die Kandidatin oder den Kandidaten ihrer Wahl. Wer eine relative Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt, gilt als gewählt. Die Stimmen für die anderen Kandidatinnen und Kandidaten sowie deren Partei zählen nicht („The winner takes it all.“) Ein solches Wahlrecht führt in der Regel zu klaren Mehrheiten im Parlament. Es begünstigt aber auch Regionalparteien (z. B. in Großbritannien die Scottish National Party). Beispiele für eine relative Mehrheitswahl sind das Vereinigte Königreich und die USA.

Der Präsident bzw. die Präsidentin der USA wird indirekt gewählt. In den 50 Bundesstaaten werden die Wahlpersonen per Mehrheitswahl ermittelt. Das heißt, bekommt eine Kandidatin/ein Kandidat in einem Bundesstaat z. B. 51 % der Stimmen, gehen alle Wahlpersonen an sie oder ihn. Aufgrund dieses Systems wurde Hillary Clinton 2016 nicht Präsidentin, obwohl für sie um 3 Mio. Stimmen mehr als für ihren Mitbewerber Donald Trump abgegeben wurden.

A

- 2 Erörtern Sie die Vor- und Nachteile von Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht.
- 3 Fassen Sie die Ergebnisse Ihrer Diskussion und mögliche Schlussfolgerungen bzw. Forderungen in einem E-Mail an den Präsidenten des Nationalrats zusammen.

### 3 Welche Rolle spielt das Parlament?

i

Während der Renovierung des Parlamentsgebäudes am Ring finden die Sitzungen von National- und Bundesrat in der Hofburg statt.

i

#### Wie repräsentativ/divers ist der Nationalrat?

(Stand Oktober 2019/Juli 2017)

**Frauenanteil:** 39,34 % (mit 16,67 % hat die FPÖ den geringsten Frauenanteil)

**Altersstruktur:** Nur 11 von 183 Abgeordneten sind zwischen 20 und 29 Jahren (6 %). 62,8 % sind zwischen 40 und 59 Jahren alt.

**Migrationshintergrund** haben 9 von 183 Abgeordneten (4,9 %).

**Berufsstruktur:** 4,8 % sind unselbstständige Arbeiterinnen oder Arbeiter und Angestellte. 6 % kommen aus der Landwirtschaft; 18,6 % aus dem Bereich Dienstleistungen, 14,2 % hatten oder haben einen freien Beruf (z.B. Rechtsanwältin oder Rechtsanwalt), 18 % waren im öffentlichen Dienst (z.B. Ministerien, Polizei) tätig, 11,5 % hatten/haben eine Funktion in der Gewerkschaft, Wirtschaftskammer, Sozialversicherung, 14,2 % hatten eine politische Funktion (z.B. Bürgermeister, Parteiamt). Der Rest verteilt sich auf Sonstige.

**Bildungsniveau:** 49,18 % schlossen ein Studium ab, weitere 26,2 % eine höhere Schule.

*Die jeweils aktualisierten Angaben sind auf der Website des Parlaments unter „Dokumentation und Statistik – Personenbezogene Statistiken“ verfügbar. Die Zahlen für die Berufsstruktur beziehen sich auf 2017.*

M1



Sitzung des Nationalrats am 12. Juni 2019, Fotografie, 2019

Eigentlich sollte das Parlament der zentrale Ort jeder Demokratie sein, nämlich jener, an dem die Interessen der Wählerinnen und Wähler gebündelt sein sollen. Junge, Alte, Frauen, Männer, Menschen möglichst vieler Berufsgruppen und Bildungsniveaus sollten dort für eine ausgewogene Vertretung der Anliegen der Menschen in diesem Land sorgen.

#### Aufgaben des Parlaments

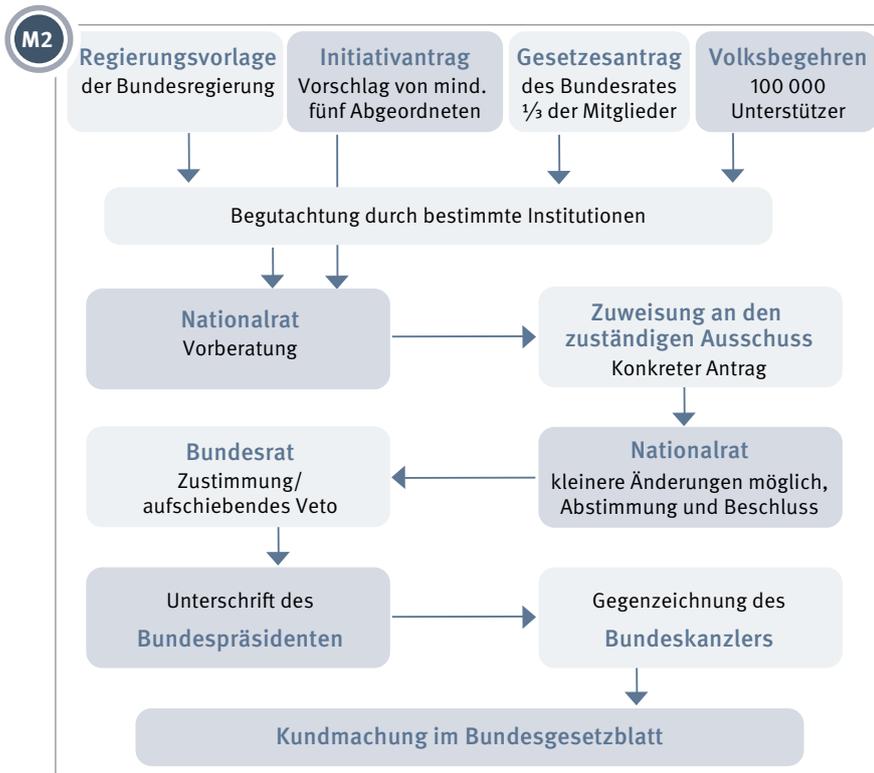
- ▶ Der Nationalrat beschließt die Gesetze. Dabei ist auch die Mitwirkung des Bundesrates vorgesehen. Dieser ist die zweite Kammer des Parlaments und wird von den Landtagen (Länderparlamente) beschickt. Der wichtigste Gesetzesbeschluss betrifft das Budget. Dieses entscheidet über die Ausgaben und Einnahmen (z. B. Steuern) des Staates.
- ▶ Nach einer Wahl bestätigt das Parlament die Regierung. Es kann einer Ministerin oder einem Minister oder der gesamten Regierung auch das Misstrauen aussprechen. Bekommt so ein Antrag eine Mehrheit, muss die Regierung zurücktreten. Ende Mai 2019 trat dieser Fall in Österreich ein.
- ▶ Das Parlament – allen voran die Opposition (Nicht-Regierungsparteien) – hat eine wichtige Kontrollfunktion. Die Abgeordneten können Anfragen an Regierungsmitglieder stellen; eine Minderheit kann Untersuchungsausschüsse einsetzen. Wichtige Grundlage für die Kontrolltätigkeit schafft der Rechnungshof.
- ▶ Der Bundesrat ist die Länderkammer des Parlaments. Gemeinsam mit dem Nationalrat bildet er die Bundesversammlung, die die Angelobung des Bundespräsidenten vornimmt.

#### Können Abgeordnete frei entscheiden?

Der österreichische Nationalrat hat 183 Abgeordnete, die sich je nach Wahlergebnis auf die Parteien verteilen. Die Abgeordneten einer Partei oder Fraktion bilden Klubs (mindestens fünf Mitglieder). Die Klubs koordinieren die Arbeit der Abgeordneten in den Ausschüssen (für bestimmte Bereiche zuständig, z.B. Soziales, Bildung), sorgen für deren Information und geben das Abstimmungsverhalten vor. Die Klubleitung erwartet, dass alle Abgeordneten sich an den Klubzwang halten und so abstimmen wie vereinbart. Obwohl das dem **freien Mandat** widerspricht, halten sich Abgeordnete in der Regel daran.

**Freies Mandat:** Grundprinzip der repräsentativen Demokratie, das bedeutet, dass die Abgeordneten bei ihrer Tätigkeit an keinen Auftrag gebunden sind. Die parlamentarische Immunität dient der unbehinderten Ausübung des freien Mandats.

### Der lange Weg zu einem Bundesgesetz



Entstehung eines Bundesgesetzes

### Parlamentsdebatten – nur eine Inszenierung?

Kritik am Parlamentarismus ist nicht neu. In der Zwischenkriegszeit wurden Parlamente zuerst als „Quatschbuden“ verunglimpft und dann ausgeschaltet. Aktuelle Parlamentskritik hinterfragt, ob und wie Gewaltenteilung zwischen Regierung und Parlament in der politischen Alltagspraxis funktioniert.

**M3**

*Der ehemalige Wissenschaftsminister Karl-Heinz Töchterle schreibt im August 2015 in der Tiroler Tageszeitung:*

Das Parlament hat Gesetze zu beschließen. Diese werden im Regelfall in den Ministerien ausgearbeitet, mit dem Koalitionspartner abgestimmt und dann dem Parlament zur Beschlussfassung vorgelegt. Dieses debattiert sie zuerst in den Fachausschüssen und dann im Plenum und beschließt sie sodann fast immer so, wie sie vorgelegt wurden. Dann hat sie noch der Bundesrat abzunicken und der Bundespräsident zu unterschreiben [...].

Trotz des Anspruchs der Gewaltenteilung bilden in der politischen Praxis Regierung und Parlamentsmehrheit eine entscheidende politische Einheit. Damit wird der Gegensatz von Exekutive und Legislative weniger bedeutend als die Konfliktachse Regierung/Parlamentsmehrheit versus parlamentarische Minderheit (Opposition). [...]

[Das] wird problematisch, weil das Parlament damit seine Funktion, gesetzgebende Kraft zu sein, zur Gänze an die Regierung abgibt, der eigentlich die ausführende, also exekutive Rolle zukäme, und nur noch als deren Erfüllungsgehilfe wirkt. [...] Es wird aber auch gefährlich, weil eine derartige ganz auf Darstellung, Inszenierung und Ritual reduzierte Rolle das Parlament natürlich radikal entwertet.

*www.tt.com/politik/innenpolitik (15.07.2020)*

**i**

Der Großteil der Gesetzesanträge wird von der Regierung in den Nationalrat eingebracht. Diese **Regierungsvorlagen** werden von den Juristinnen und Juristen des jeweiligen Ministeriums ausgearbeitet. Häufig werden Gesetze von Parteien oder Verbänden angeregt, Abgeordnete verfügen aber nicht über die Ressourcen zur Ausarbeitung von Gesetzesanträgen. Eine **Begutachtung** ist bei den meisten Gesetzen nicht zwingend vorgesehen (z. B. Initiativanträge), obwohl Gesetzesvorlagen in der Regel zur Begutachtung vorgelegt werden (Vorschläge können, müssen aber nicht eingearbeitet werden, was bei strittigen Themen der Fall sein kann).

Im **Plenum des Nationalrats** finden nur allgemeine Debatten statt, die eigentliche Beratung über einen Antrag passiert in den **Ausschüssen**.

Wenn der **Bundesrat** einen Antrag ablehnt, geht dieser zurück in den Nationalrat, der einen Beharrungsbeschluss fasst.

Die **Kundmachung** des Gesetzes erfolgt heute elektronisch im Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS).

**A**

**1** Erklären Sie, warum der Nationalrat die österreichische Gesellschaft in ihrer Diversität nicht widerspiegelt. Diskutieren Sie, welche Gruppen dort besser vertreten sein sollten.

**2** Schauen Sie im Internet einen Bericht über eine Nationalrats-sitzung an (TVthek, YouTube). Beobachten Sie Sitzordnung, „Rituale“ und Verhalten einzelner Abgeordneter. Verfassen Sie zu Ihren Beobachtungen einen kurzen Kommentar.

**3** Bewerten Sie anhand von M2 und M3, ob der Anspruch der Gewaltenteilung zwischen Legislative (Parlament) und Exekutive (Regierung) in der Praxis überhaupt umgesetzt werden kann.

### 4 Die Bundesregierung

i

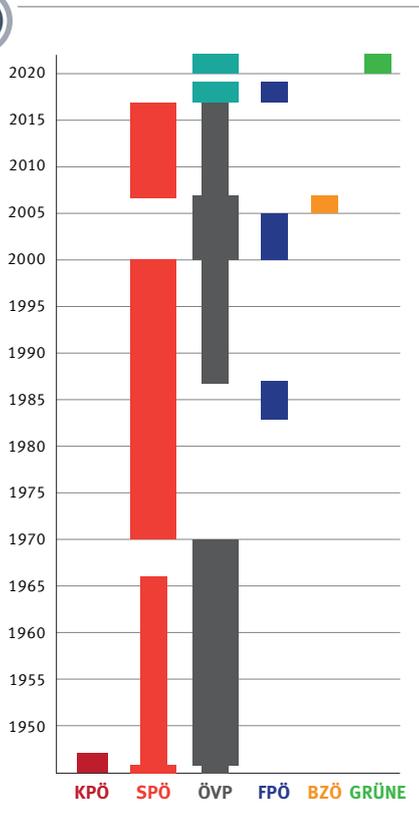
Nach monatelangen Verhandlungen kehrte Sebastian Kurz (ÖVP) wieder als Bundeskanzler an die Spitze einer Regierung zurück, dieses Mal nicht in der Konstellation mit der FPÖ, sondern mit den Grünen. Diese Koalition wurde durch die Nationalratswahlen vom 29. September 2019 möglich. Im Gegensatz zu den Vorgängerregierungen präsentiert sich die türkis-grüne Regierung jünger und weiblicher.

M1



Österreichs erste Bundesregierung unter Beteiligung der Grünen bei ihrer Angelobung in der Präsidentschaftskanzlei, Fotografie, 7. Jänner 2020

M2



Regierungskonstellationen in Österreich seit 1945; breiter dargestellt wird der Balken immer bei der den Kanzler stellenden Partei

**Koalition:** wird von zwei oder mehreren Parteien gebildet. In der Regel stellt die stärkere Partei die Bundeskanzlerin/den Bundeskanzler. Bilden die beiden größten Parteien eine Koalition, bezeichnet man diese als „große Koalition“. Bilden alle im Parlament vertretenen Parteien die Regierung, spricht man von einer „Konzentrationsregierung“. Eine solche Regierungsform wird in der Regel in Notzeiten gebildet.

Die Bundesregierung ist das oberste Organ der Exekutive; sie ist für die Leitung und Verwaltung des Staates zuständig. Sie erstellt das Budget und legt damit Einnahmen und Ausgaben des Staates fest. Außerdem bringt die Bundesregierung Gesetzesanträge in den Nationalrat ein. Beschlüsse der Bundesregierung (z. B. Regierungsvorlagen) müssen einstimmig im wöchentlichen Ministerrat gefasst werden. Die Ziele und Schwerpunkte einer Regierung werden im Regierungsprogramm festgelegt.

An der Spitze der Bundesregierung steht die Bundeskanzlerin/der Bundeskanzler. Die Stellvertreterin/Der Stellvertreter ist die Vizekanzlerin oder der Vizekanzler. Die Bundeskanzlerin/Der Bundeskanzler schlägt im Zuge der Regierungsbildung Ministerinnen und Minister vor. Sie/Er kann diesen aber keine Weisungen erteilen. Bundesministerinnen und Bundesminister leiten ihr Ministerium (z. B. Bildung, Inneres, Soziales, Verteidigung, Finanzen etc.) eigenständig.

#### Wie erfolgt die Regierungsbildung?

Nach den Wahlen beauftragt die Bundespräsidentin/der Bundespräsident in der Regel die Vorsitzende/den Vorsitzenden der mandatsstärksten Partei mit der Regierungsbildung (Realverfassung). Wie die Ernennung der Übergangsregierung im Jahr 2019 gezeigt hat, kann die Präsidentin/der Präsident aber auch eine Person ihrer/seiner Wahl mit dieser Aufgabe betrauen. Da aufgrund des Verhältnismäßigkeitsprinzips absolute Mehrheiten (92 Mandate) kaum erzielt werden, wird in Regierungsverhandlungen in der Regel eine **Koalition** mit einer anderen Partei gebildet. Haben sich zwei (oder auch drei) Parteien geeinigt, dann wird eine Liste von Ministerinnen und Ministern erstellt. Die Angelobung der neuen Regierung erfolgt dann durch die Bundespräsidentin oder den Bundespräsidenten. Sie/Er kann eine Kandidatin oder einen Kandidaten für ein Ministeramt ablehnen.

## Der Bundespräsident/Die Bundespräsidentin

M3



Empfang von Auslandsösterreicherinnen und -österreichern durch Bundespräsident Alexander van der Bellen und Doris Schmidauer, Fotografie, 2. März 2017

Die Bundespräsidentin/Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Republik Österreich. Ihre/Seine Kompetenzen sind durch die Verfassung genau geregelt. Sie/Er wird direkt von den Bürgerinnen und Bürger gewählt und hat daher die Mehrheit der Wahlberechtigten hinter sich. Das stärkte bei der Verfassungsreform von 1929 ihre/seine Stellung. Denn ursprünglich wurde die Präsidentin/der Präsident von der Bundesversammlung (Nationalrat und Bundesrat) gewählt.

### Welche Kompetenzen hat das Staatsoberhaupt?

- ▶ Beauftragung einer Person mit der Regierungsbildung: In aller Regel ist dies die/der Vorsitzende der mandatsstärksten Partei. Es kann aber auch eine Person ihres oder seines Vertrauens sein (z. B. im Fall einer Regierungskrise bei Bildung einer Übergangsregierung).
- ▶ Einberufung und Auflösung des Nationalrats – allerdings nur auf Vorschlag der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers
- ▶ Ernennung und Entlassung von Ministerinnen und Ministern – nur auf Vorschlag der Bundeskanzlerin/des Bundeskanzlers
- ▶ Ernennung der Höchststrichterinnen und Höchststrichter auf Vorschlag der Regierung.
- ▶ Beurkundung der Gesetze: nach Feststellung, ob diese verfassungsgemäß zustande kamen
- ▶ Vertretung des Staates nach außen: Staatsbesuche, Abschluss von Staatsverträgen
- ▶ Oberbefehl über das Bundesheer (formal), Begnadigungsrecht

### Wer kann Bundespräsidentin/Bundespräsident werden?

Voraussetzung ist ein Mindestalter von 35 Jahren. Meist werden Wahlvorschläge von Parteien eingebracht, die die Kandidatin/den Kandidaten dann auch im Wahlkampf unterstützen. Die Bundespräsidentenschaftswahl ist eine Mehrheitswahl. Bei mehreren Bewerbern um das Amt ist eine Stichwahl wahrscheinlich (zuletzt 2016). Die Amtsperiode beträgt sechs Jahre, eine einmalige Wiederwahl ist möglich.

i

### Bundespräsidenten der Zweiten Republik

- Alexander van der Bellen (seit 2017)
- Heinz Fischer (2004 – 2016)
- Thomas Klestil (1992 – 2004)
- Kurt Waldheim (1986 – 1992)
- Rudolf Kirchschläger (1974 – 1986)
- Franz Jonas (1965 – 1974)
- Adolf Schärf (1957 – 1965)
- Theodor Körner (1951 – 1957)
- Karl Renner (1945 – 1950)

M4

*Der Journalist Herbert Lackner über die Hintergründe der Verfassungsänderung von 1929:*

Die Sozialdemokraten wollten 1918 gar keinen Präsidenten – er erinnerte sie zu stark an den Kaiser. Zwar ließen sie sich zwei Jahre später dazu überreden, einen schwachen Bundespräsidenten in die neue Bundesverfassung zu schreiben, eine Volkswahl lehnten sie aber strikt ab: Diese würde nur den „Cäsarenwahn“ des Gewählten fördern.

Der Bundespräsident war in der 1920er-Verfassung eine lahme Ente [...]. 1929 machten die Heimwehren in ihrem Kampf gegen die parlamentarische Demokratie Druck auf die christlich-soziale Regierung, den Präsidenten zum „starken Mann“ hochzurüsten. Eine Verfassungsnovelle sollte das ihnen verhasste Parlament schwächen, in dem die Sozialdemokraten seit 1927 die stärkste Partei waren. Für eine Verfassungsänderung waren aber auch ihre Stimmen erforderlich, man drohte ihnen mit der finanziellen Aushungierung des Roten Wien. Der sozialdemokratische Chefverhandler, Wiens Landtagspräsident Robert Danneberg (er wurde 1942 in Auschwitz ermordet), konnte die Änderung der Verfassung nicht verhindern, reklamierte aber als letztes Sicherheitsnetz die Volkswahl hinein.

*www.profil.at (15.07.2020)*

A

- 1 Ermitteln Sie anhand von M2 die Regierungskonstellationen in Österreich seit 1945.
- 2 Geschlechterparität in einer Regierung: Positionieren Sie sich dazu entlang einer Linie von „sehr wichtig“ bis „unwichtig“. Erläutern Sie anschließend Ihren „Standpunkt“.
- 3 Erörtern Sie Vor- und Nachteile von Koalitionsregierungen.

i

### Jugendliche und ihre Rechte

Jugendliche haben Rechte (z. B. Wahlrecht mit 16, Ausgehzeiten), sie unterliegen bestimmten Schutzbestimmungen (Jugendschutzgesetz). Sie haben aber auch Pflichten (z. B. Schulpflicht) und abhängig von ihrem Alter sind sie auch „deliktfähig“ (strafmündig).

Ab 14 Jahren sind junge Menschen strafrechtlich verantwortlich und auch schadenersatzpflichtig. Das Gericht überprüft allerdings, ob sie zum Tatzeitpunkt reif genug waren, ihr Unrecht einzusehen.

Jugendspezifische Delikte sind Ladendiebstahl, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Verstöße gegen das Suchtmittelgesetz, Cyber-Mobbing oder Verstöße gegen das Verbotsgesetz.

Bei manchen Delikten gibt es auch die Möglichkeit einer Diversion (Wiedergutmachung, Sozialstunden).

M2

*Bericht der Kleinen Zeitung über Forderungen nach Senkung der Strafmündigkeit, 14. Juli 2019:*

Für 95 Prozent der jugendlichen Straftäter sei Kriminalität ein episodenhaftes Phänomen, das kaum Fortsetzung findet, sagt [Alfred] Kohlberger [Geschäftsführer des Vereins NEUSTART für Bewährungshilfe und Resozialisierung]. Diese in ein Gefängnis zu sperren, würde die Situation nur verschlimmern. „Das Wegsperrern von Kindern trägt zu deren dissozialen Entwicklung bei und kann nicht im Interesse der Gesellschaft sein“, so Kohlberger. Es ließe sich auch keine langfristig steigende Kriminalität bei zehn bis 14-Jährigen ausmachen, wenn man die Kriminalstatistik der Polizei betrachtet. [...] Es lässt sich also nicht sagen, dass Jugendliche heute krimineller seien als vor wenigen Jahren, so Kohlberger. Weiters betont er, dass der Anteil an schweren Delikten bei dieser Altersgruppe bei nur vier Prozent liege. Den überwiegenden Großteil würden Delikte wie Sachbeschädigung oder Ladendiebstahl ausmachen.

[www.kleinezeitung.at](http://www.kleinezeitung.at) (15.07.2020)

## 5 Judikative und Rechtsstaat

Das Verhältnis zwischen Recht und Politik ist komplex und bisweilen Gegenstand von politischen Auseinandersetzungen. Recht (z. B. in Form der Verfassung) bildet den Rahmen für die Politik. Andererseits ist Recht aber auch das Ergebnis von Politik, die in Form von Gesetzen Recht setzt.

### Der Stufenbau der Rechtsordnung

Unser aller Leben ist von einer Vielzahl von Regeln in Form von Verordnungen, Bescheiden und Gesetzen geregelt, z. B. die Bestimmungen zur Zentralmatura, die Straßenverkehrsordnung, die Öffnungszeiten von Geschäften oder das Jugendschutzgesetz. Manches wird vom Bund, anderes von den Bundesländern festgelegt. Wie wird verhindert, dass es bei tausenden von Gesetzen und Verordnungen nicht zu Widersprüchen und Überschneidungen kommt? Die Rechtsordnung ist hierarchisch aufgebaut, das heißt, ein Gesetz auf einer niedrigeren Ebene darf einer darüber liegenden Norm nicht widersprechen.

M1



Stufenbau der österreichischen Rechtsordnung

### Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof

Der **Verfassungsgerichtshof** (VfGH) überprüft, ob Bundes- und Landesgesetze mit den Prinzipien der Verfassung übereinstimmen. Sollte dies nicht der Fall sein, hebt der Verfassungsgerichtshof das Gesetz auf. Landtage oder Nationalrat müssen das Gesetz entsprechend ändern und neu beschließen.

Der Verfassungsgerichtshof ist aber auch zuständig für Wahlanfechtungen wie bei der Stichwahl zur Bundespräsidentenwahl 2016. Diese wurde wegen Verstößen gegen das Wahlgesetz aufgehoben und musste daher wiederholt werden.

Der Verfassungsgerichtshof besteht aus 14 Richterinnen und Richtern. Sie werden von Nationalrat, Bundesrat und Bundesregierung nominiert und von der Bundespräsidentin/dem Bundespräsidenten bestätigt. Sie scheidet mit 70 Jahren aus ihrem Amt aus; eine Absetzung kann nur durch den Verfassungsgerichtshof selbst erfolgen, was dessen Unabhängigkeit stärken soll.

Der **Verwaltungsgerichtshof** garantiert den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Rechtssicherheit im Umgang mit der Verwaltung. Er stellt das gesetzmäßige Handeln der Verwaltungsbehörden sicher.

i

Eine viel beachtete Entscheidung des VfGH war die Aufhebung der unterschiedlichen Regelungen für verschieden- und gleichgeschlechtliche Paare im Dezember 2017.

M3



Der Oberste Gerichtshof unter seinem Präsidenten Holzinger spricht sich in einem Entscheid für die Einführung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare ab 2019 aus. ÖVP und FPÖ sind naturgemäß nicht erfreut. Karikatur von Oliver Schopf in *Der Standard*

## Strafrecht und Zivilrecht

Straf- und Zivilrecht gelten unabhängig von der Staatsbürgerschaft für alle in Österreich lebenden Menschen. Im Strafgesetzbuch sind strafrechtliche Tatbestände (Diebstahl, Körperverletzung, Mord ...) und die dafür drohenden Strafen enthalten. Diese werden von Gerichten verhängt. Bei Jugendstraftaten (14 bis 18 Jahre) wird das Strafmaß in der Regel auf die Hälfte herabgesetzt. Bei Übertretungen des Verwaltungsstrafrechts (z. B. Straßenverkehrsordnung) sind nicht Gerichte, sondern Bezirkshauptmannschaften oder die Landespolizeidirektionen zuständig.

Das Zivilrecht regelt die Rechtsverhältnisse der Menschen untereinander oder auch mit juristischen Personen (z. B. einer GmbH). Dabei geht es um Eigentum und Besitz, Verträge, Schadenersatz, Erbrecht und Familienrecht (Scheidung, Obsorge). Während im Strafverfahren der Staat als Kläger auftritt, müssen Betroffene im Zivilprozess selbst Klage einbringen.

A

- 1 Analysieren Sie die Karikatur M3 nach dem nebenstehenden Schema.
- 2 Lesen Sie im Internet die Begründung des VfGH zum obigen Fall (Suchbegriffe: VfGH gleichgeschlechtliche Ehe) und ermitteln Sie die wesentlichen Argumente für diese Entscheidung. Diskutieren Sie dieses Urteil in der Kleingruppe.
- 3 Informieren Sie sich im Internet über die Rechte und Pflichten von 16- bis 18-Jährigen.
- 4 Anfang 2019 wurde die Senkung der Strafmündigkeit auf 12 Jahre vorgeschlagen. Nehmen Sie anhand von M1 dazu Stellung.

i

## Karikaturen

Karikaturen (von ital. *caricare* = übertreiben) sind Zeichnungen, die humorvoll und meist kritisch auf aktuelle Probleme und Ereignisse eingehen. Dabei geht es nicht um Ausgewogenheit, sondern um Überzeichnung und pointierte Aussagen. Aus diesem Grund werden Karikaturen immer wieder auch zur Zielscheibe von Angriffen (z. B. Mohammed-Karikaturen, Antisemitismus-Vorwürfe). Um solchen zu entgehen, stellte die New York Times Karikaturen in ihrer internationalen Ausgabe 2019 ein. Zeitungskarikaturen sind heute auch zum Durchklicken im Internet verfügbar.

Um eine Karikatur verstehen und bewerten zu können, sind mehrere Schritte erforderlich:

**1. Orientierung:** Thema, Quelle, Erscheinungsjahr, Information über die Karikaturistin/den Karikaturisten

### 2. Beschreibung

- ▶ Situation/Problem
- ▶ abgebildete Personen und ihre Mimik, Körperhaltung
- ▶ Texte/Bildunterschriften
- ▶ auffällige zeichnerische Gestaltungsmittel (Bildaufbau, Perspektive, Farbe, Symbole)
- ▶ inhaltliche Gesamtaussage

### 3. Historischer Kontext und inhaltliche Analyse

- ▶ politische/gesellschaftliche Hintergründe der Karikatur
- ▶ aktueller tagespolitischer Bezug
- ▶ Ziele der Karikaturistin/des Karikaturisten (wofür/wogegen)
- ▶ verwendete Symbole

### 4. Urteilsbildung

- ▶ Ist die Aussage der Karikatur klar und eindeutig erkennbar?
- ▶ Passen Text und Zeichnung zusammen?
- ▶ Ist sie boshaft, humorvoll, spöttisch?
- ▶ Finden Sie die Karikatur überzeugend?

Analyseschema nach: [www.uni-konstanz.de](http://www.uni-konstanz.de) (15.07.2020), adaptiert

M1

	Arbeiterkammer Österreich:	3,5 Mio.
	Landwirtschaftskammer Österreich:	200 000
	Österreichischer Gewerkschaftsbund:	1,2 Mio.
	Wirtschaftskammer Österreich:	480 000

Mitgliederzahlen der Sozialpartnerorganisationen (Stand: Juli 2015)

**Kollektivvertrag:** Vertrag, in dem die Mindestlöhne festgehalten sind; gilt jeweils für eine ganze Branche (z.B. Handel)

M2

*Reinhard Christl, Chefredakteur des Industriemagazins, im Juli 1995:*

Schnelligkeit war nie die Stärke des sozialpartnerschaftlichen Systems. Wer immer den Kompromiss sucht, der braucht länger für Entscheidungen als jemand, der ohne Rücksicht auf andere eine Strategie durchzieht. Heute [...] kommt es aber viel mehr darauf an, schnelle Entscheidungen zu treffen, als in der Nachkriegszeit, als es galt, aus dem Chaos eine neue, langfristig tragfähige Wirtschaftsordnung aufzubauen. Die [...] Schwächen der Sozialpartnerschaft werden deshalb immer mehr zum Problem für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit. Wenn die Sozialpartnerschaft nach nunmehr einem halben Jahrhundert sich nicht an die geänderten Umweltbedingungen anpasst, wird sie bald nicht mehr als segensreiche Errungenschaft des Wiederaufbaus gesehen werden, sondern als Hemmschuh für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

*R. Christl, Kammer nix machen. In: Der Standard, 10. Juli 1995*

## Die Sozialpartnerschaft

Unter Sozialpartnerschaft versteht man die Zusammenarbeit der großen wirtschaftlichen Interessensverbände (Arbeiterkammer – AK, Österreichischer Gewerkschaftsbund – ÖGB, Landwirtschaftskammer – LK und Wirtschaftskammer Österreich – WKO) untereinander und mit der Regierung. Es geht dabei nicht nur um die Aushandlung von **Kollektivverträgen**, sondern um alle Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese Zusammenarbeit ist freiwillig, und die Organisationen bemühen sich, Probleme gemeinsam zu lösen. Die hohen Mitgliederzahlen der Kammern sind der verpflichtenden Mitgliedschaft geschuldet. Die Organisationen beraten und vertreten ihre Mitglieder auch in rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen.

## Sozialpartnerschaft und Verbändestaat

Nur wenig später als die Parteien begründeten bzw. reaktivierten Vertreterinnen und Vertreter von Arbeiterschaft, Landwirtschaft und Unternehmen Organisationen zur Wahrung ihrer Interessen, nämlich den Österreichischen Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer sowie die Handels- und Landwirtschaftskammer. Im ÖGB und in Arbeiterkammern dominierte bei Wahlen die SPÖ, in den Handels- und Landwirtschaftskammern die ÖVP. Zwischen 1947 und 1951 wurden von dem Netzwerk der Sozialpartner fünf Lohn- und Preisabkommen ausgehandelt, die dazu beitrugen, den sozialen Frieden in der ersten Wiederaufbauphase zu sichern. Durch die Bildung der *Pari-tätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen* wurde die Zusammenarbeit institutionalisiert. Dort wurden in einer Unterkommission sogar internationale Fragen behandelt. Zusätzlich waren die Sozialpartner personell eng mit ihren jeweiligen Parteien und über diese mit Regierung und Parlament verflochten, weshalb auch der Begriff „Verbändestaat“ geprägt wurde. In der Zeit der Alleinregierungen von ÖVP (1966 – 1970) und SPÖ (1971 – 1983) ermöglichte die Sozialpartnerschaft die Einbeziehung der jeweils nichtregierenden Partei in wichtige Entscheidungen. Und die Sozialpartnerschaft bescherte Österreich sozialen Frieden ohne lang andauernde Arbeitskämpfe und Streiks.

M3

*Der Wirtschaftshistoriker Felix Butschek zur Sozialpartnerschaft:*

Damit sind wir aber bei jenem zentralen Punkt, mit dem viele Autoren, auch ausländische, das überdurchschnittliche Wachstum der österreichischen Wirtschaft erklären, nämlich bei der Sozialpartnerschaft und der dadurch gegebenen außerordentlichen sozialen Stabilität. Der Umstand, dass durch diese Institution Österreich alle anderswo oft sehr heftigen sozialen Auseinandersetzungen erspart blieben, brachte eine erhebliche Reduktion der Unsicherheit wirtschaftlicher Entscheidungen, eine Stabilisierung der Unternehmererwartungen und eine Ausweitung der wirtschaftspolitischen Möglichkeiten. Gerade die jüngsten Entwicklungen in der ökonomischen Theorie weisen darauf hin, dass man diese Einflüsse nicht hoch genug einschätzen kann!

*Zit. nach: www.demokratiezentrum.org, S. 14*

**Vom schwindenden Einfluss zur Krisenfeuerwehr**

Ab den Achtzigerjahren schwand der Einfluss der Sozialpartnerschaft. Die Kritik an der wenig transparenten Entscheidungsfindung wuchs. Mit dem EU-Beitritt wurden Entscheidungen vermehrt in Richtung Brüssel verlagert, wo die Sozialpartner kaum mehr Einfluss ausüben konnten. Die ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierungen (2000 – 2006) sowie die Koalition von Türkis-Blau (2017 – 2019) versuchten insbesondere den Einfluss von Arbeiterkammern und ÖGB zurückzudrängen, um Änderungen bei Pensions- und Arbeitszeit umzusetzen (2003 und 2018). Große vom *Österreichischen Gewerkschaftsbund* (ÖGB) mobilisierte Demonstrationen waren die Folge, die die Regierung zu Gesprächen veranlasste. In den letzten Jahren gab es vermehrt Kritik an der Pflichtmitgliedschaft. Außerdem wurde der Einfluss der Arbeitnehmerorganisationen in der neu geschaffenen *Gesundheitskasse* (2019) beschnitten.

Bei der Bewältigung der Eurokrise 2007 und 2008 waren die Sozialpartner wieder gefragt. Noch viel mehr galt das in der Corona-Krise (2020), als die Sozialpartner gemeinsam mit der Regierung weitreichende Maßnahmen zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Krise (Kurzarbeit zum Schutz möglichst vieler Arbeitsplätze, Zahlungen vor allem für kleine und mittlere Unternehmen usw.) auf den Weg brachten – um den Preis einer hohen Verschuldung des Staates in den kommenden Jahren.



Cover des Nachrichtenmagazins Profil, 18/2018

M6

Gerald John am 24. März 2020 in einem Kommentar in „Der Standard“ zur wichtigen Rolle der Sozialpartner bei der Krisenbewältigung:

Es war ein Finanzminister, der die einst so mächtige Nebenregierung ins Jenseits beförderte. „Die Sozialpartnerschaft ist tot“, urteilte Hans Jörg Schelling vor nicht einmal drei Jahren. „Sie weiß es nur noch nicht.“ Demnach muss sich in den letzten Tagen in den Schaltzentralen der Republik ein Zombieball abgespielt haben. Nicht nur die Regierungsspitzen brüteten über den Notfallplänen zur Corona-Krise, auch die Totgesagten saßen am Tisch. Ein entscheidender Baustein zur wirtschaftlichen Stabilisierung geht auf die Initiative der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zurück: Die eingeführte Kurzarbeit erspart nicht nur zehntausenden Werkträgern erst einmal das Leid der Arbeitslosigkeit, sondern ermöglicht es Betrieben auch, nach etwaiger Entspannung der Lage mit der gleichen eingearbeiteten Belegschaft wieder durchzustarten.

[www.derstandard.at](http://www.derstandard.at) (15.07.2020)

A

- 5 Beschreiben Sie das Profil-Cover. Erläutern Sie anhand der übrigen Materialien, ob die gewählte Bildsprache übertrieben ist.
- 6 Analysieren Sie M2, M3, M5 und M6 auf Werturteile der Autoren zur Sozialpartnerschaft. Suchen Sie für Ihre Einschätzung Belege in den jeweiligen Texten.
- 7 Diskutieren Sie in einer Pro- und Contra-Debatte die Vor- und Nachteile der Sozialpartnerschaft. Erstellen Sie dazu anhand des Fließtextes und der Materialien eine Liste von Argumenten für und gegen die Sozialpartnerschaft.

M5

Der Politologe Emmerich Tálos am 17. September 2019 in einem Interview mit *kontrast.at* (SPÖ):

Schüssel ist 2000 angetreten und hat ein Regieren im neuen Stil angekündigt. [...] Der bestand darin, dass ein wesentliches Merkmal der zweiten Republik in Frage gestellt wurde: Nämlich die Verhandlungsdemokratie. Die zweite Republik ist gekennzeichnet durch Konsens und Kooperation auf der Ebene der Parteien und Verhandlungen auf der Ebene der großen Interessensverbände: Also der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertreter. Kurz hat diese Entwicklung noch mehr zugespitzt: Der Einfluss der Oppositionsparteien ist ausgeschaltet worden und auch die Beteiligung der Sozialpartner gab es nicht mehr. Davon betroffen sind die Arbeitnehmervertreter und nicht die Unternehmer. Die haben ein Naheverhältnis zur ÖVP. Die Wirtschaftskammer spricht selbst davon, dass das ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm die Handschrift der Wirtschaftskammer trägt. Die Unternehmer können ihre Interessen ungehemmter mit der Regierung durchsetzen – Gewerkschaft und Arbeiterkammer haben sie nicht mehr notwendig. Die Sozialpartnerschaft ist unter Kurz-Strache am Ende – die hat die Regierung ausgeschaltet.

[kontrast.at](http://kontrast.at) (15.07.2020)

M1



Wahlkabinen, Fotografie, 2017

### 6 Politische Systeme im Vergleich

Die moderne Demokratie in ihren verschiedenen Ausprägungen setzte sich in den letzten 200 Jahren in mehreren Wellen durch – in manchen Ländern unterbrochen durch den Faschismus, den Kommunismus oder Militärputsche. Von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis nach dem Ersten Weltkrieg wurde in zahlreichen Ländern das Wahlrecht auf immer mehr Gruppen ausgedehnt. Im Zuge der Dekolonialisierung wurden demokratische Systeme auch in vielen neuen Staaten des globalen Südens eingeführt. Das Ende von Militärdiktaturen (z. B. Spanien, Chile) und die postkommunistische Transformation nach 1989 weiteten den Kreis demokratischer Staaten aus. Nach Angaben des *Democracy Index* für 2017 leben heute fast die Hälfte aller Menschen in einer Art Demokratie, allerdings nicht einmal 5 % in einer vollständigen Demokratie.

i

#### Warum Demokratie nicht gleich Demokratie ist?

Je nach Umfang der Möglichkeiten der Partizipation und Stellung von Parlament und Staatsoberhaupt unterscheidet die Politikwissenschaft mehrere Typen von Demokratien. In der Praxis kommen häufig Mischformen vor.

##### Repräsentative Demokratie:

Freie Wahl von Vertreterinnen und Vertretern (politische Eliten; Schutz von Freiheitsrechten)

##### Partizipative Demokratie:

Vielfältige Beteiligungs- und Mitsprachemöglichkeiten an politischen Prozessen (z. B. in Form von Volksentscheiden)

##### Soziale Demokratie:

Soziale Gerechtigkeit und Absicherung gelten als Voraussetzung für faire und freie Partizipation.

##### Parlamentarische Demokratie:

Das vom Volk gewählte Parlament entscheidet über die Regierung und die Politik (z. B. in Österreich und Deutschland).

##### Präsidentielle Demokratie:

Die Ämter der Regierungschefin/des Regierungschefs und des Staatsoberhauptes liegen in einer Hand. Die Präsidentin/Der Präsident hat möglicherweise keine Mehrheit im Parlament (z. B. in den USA).

##### Illiberale Demokratie:

Es gibt bis heute keine allgemein anerkannte Definition dieses Begriffs. In der politischen Auseinandersetzung und der Politikwissenschaft wird er benutzt, um Regime wie in Polen, Ungarn oder der Türkei zu klassifizieren.

M2

#### Spektrum von politischen Herrschaftssystemen

Demokratie		Autokratie		
Demokratie		autoritäres Regime		totalitäres Regime
vollständige Demokratie	fehlerhafte Demokratie	schwach autoritäres Regime	stark autoritäres Regime	totalitäres Regime
repräsentative Demokratie	illiberale Demokratie	kontrollierte Mehrparteiensysteme	Militärregime	faschistisch (mit Totalitätsanspruch)
partizipative Demokratie	eingeschränkte Demokratie (z. B. das Wahlrecht betreffend)	Einparteiensystem	absolute Monarchie	kommunistisch (mit Totalitätsanspruch)
parlamentarische/präsidentielle Demokratie			ideologisch fundierte Einparteiensysteme	theokratisch [= religiös legitimiert] (mit Totalitätsanspruch)

M3

Aus dem Grundsatzterlass für Politische Bildung aus 2015:

Politische Bildung [...] befähigt dazu, gesellschaftliche Strukturen, Machtverhältnisse und mögliche Weiterentwicklungspotentiale zu erkennen und die dahinter stehenden Interessen und Wertvorstellungen zu prüfen sowie im Hinblick auf eigene Auffassungen zu bewerten und allenfalls zu verändern [...].

Grundsatzterlass Politische Bildung 2015

A

- 1 Ordnen Sie in der Kleingruppe mithilfe des Internets folgende Länder einer der links genannten Kategorien zu: USA, Russland, Türkei, China, Nordkorea, Saudi-Arabien, Iran, Nigeria, Indien, Brasilien. Begründen Sie Ihre Zuordnung.
- 2 Diskutieren Sie in der Klasse, ob Wissen Demokratie schaffen kann. Beziehen Sie sich dabei auch auf den Erlass M3. Erläutern Sie, wie weit dieser Anspruch in Ihrem Unterricht eingelöst wird.

# Politische Urteilskompetenz: Werturteile prüfen

M1

## Nicht nur Corona, sondern auch der Verlust der Demokratie kann tödlich sein

– Österreichs ehemaliger EU-Kommissar Franz Fischler am 3. April 2020 in einem Gastkommentar in Die Presse:

Es ist bemerkenswert, wie bereitwillig Menschen auf ihre demokratischen und ihre Freiheitsrechte verzichten, wenn sie Angst haben. Eine globale Pandemie ist ein guter Grund für Verunsicherung und Angst. Dennoch dürfen wir nicht die Augen vor Beschränkungen der Demokratie verschließen.

Das ungarische Parlament hat kürzlich aufgrund der Coronakrise weitreichende Kompetenzen für Regierungschef Viktor Orbán beschlossen und sich damit selbst die Möglichkeit der demokratischen Kontrolle genommen. Orbán regiert nun auf unbestimmte Zeit per Dekret. Gleichzeitig wurden hohe Gefängnisstrafen auf die Verbreitung von „Fake News“ – wie auch immer die ungarische Regierung diese definiert – und auf das Verlassen der Quarantäne eingeführt. Ebenfalls im Namen der Pandemiebekämpfung baut Russland seinen Überwachungsapparat aus. Kameras mit Gesichtserkennungsfunktion werden genutzt, angeblich nur, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen.

Wenn man sie allerdings später für die Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger einsetzen will, so wie das in China schon seit einiger Zeit der Fall ist, so hätte man sie zu Corona-Zeiten praktischerweise schon einmal getestet. In Serbien baut Präsident Aleksandar Vučić seine ohnehin sehr umfangreiche Macht aus, schränkt BürgerInnenrechte weiter ein und auch das alles im Namen des Kampfes gegen Corona.

### Auch bei uns wird über Big Data diskutiert

Hierzulande wird aktuell mit den demokratischen Rechten und Institutionen zwar sorgsam umgegangen, aber auch bei uns wird darüber diskutiert, wie die Nutzung von Big Data in der aktuellen Situation mit dem Recht auf Datenschutz vereinbar ist.

Die Reaktion vieler Menschen auf all diese Entwicklungen: „Haben wir denn jetzt keine anderen Probleme?“ Verständlicherweise wünscht man sich in Österreich, in Ungarn, in jedem Land der Welt, dass das Krisenmanagement schnell und effektiv erfolgt, damit möglichst wenige Menschen infiziert werden und niemand mehr daran sterben muss. Das ist ein Wunsch, den wir alle teilen.

Fakt ist aber auch, dass wir zwischen unseren demokratischen Rechten und dem Überleben keinen Tauschhandel zulassen dürfen, auch wenn mancher politische Führer suggeriert, dass wir das müssten. Auch der Verlust der Demokratie hat in der Geschichte schon Millionen Tote gefordert.

### Demokratie ist kein Luxusgut

Demokratie in Europa und anderswo ist kein Luxusgut, das wir uns leisten, wenn wir gerade keine Schwierigkeiten haben. Demokratie, europäische Einigkeit und Solidarität sowie Dialog sind Grundvoraussetzungen, um die bestehenden Herausforderungen gemeinsam zu meistern. [...] Als Europäerinnen und Europäer dürfen wir uns von niemandem einreden lassen, dass Demokratie das Hindernis bei der Problembewältigung ist. Vielmehr ist sie in den Händen von verantwortungsvollen und wahrlich dem Volk dienenden politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern unsere größte Stärke.

*www.diepresse.com (15.07.2020)*

i

Franz Fischler (ÖVP) war von 1995 bis 2004 EU-Kommissar für Landwirtschaft und Fischerei. Seit 2012 ist er Präsident des Europäischen Forums Alpbach.

## Vorliegende Urteile hinsichtlich ihres Entstehungskontextes und auf ihre Kompatibilität mit Grund- und Freiheitsrechten (insbesondere Menschenrechte) prüfen

In politischen Reden, Zeitungskommentaren, historischen Erzählungen, Interviews, Blogbeiträgen etc. sind häufig politische (Wert-)Urteile enthalten. Eine Möglichkeit, solche Urteile zu überprüfen besteht darin, sie in ihren Entstehungskontext zu stellen, den Standpunkt der Autorin oder des Autors zu recherchieren und zu überprüfen, inwieweit solche Urteile mit den Grund- und Freiheitsrechten kompatibel sind.

## Wie können Sie politische Urteile in einem Text auffinden und analysieren?

Als Beispiel können Sie M1 zur Analyse anhand folgender Fragen heranziehen:

- ▶ Heben Sie im Text hervor, welche politischen Urteile im Text enthalten sind.
- ▶ Arbeiten Sie heraus, welche Argumente angeführt werden. Ermitteln Sie, wie dieses Urteil begründet wird (hier zum Beispiel, warum eine Demokratie nicht illiberal sein kann).
- ▶ Analysieren Sie, ob die Argumentation logisch und nachvollziehbar ist.
- ▶ Zeigen Sie, welche der angeführten Aspekte den Grund- und Freiheitsrechten widersprechen.
- ▶ Überlegen Sie die mögliche Wirkung der Aussagen und Urteile.

K

## ► Historische Sachkompetenz

Fachliche Begriffe/Konzepte des Historischen auf Fallbeispiele kritisch anwenden und adaptieren

## ► Politische Sachkompetenz

Fachliche Begriffe/Konzepte des Politischen auf Fallbeispiele kritisch anwenden und adaptieren

## ► Politische Urteilskompetenz

Vorliegende Urteile hinsichtlich ihres Entstehungskontextes und auf ihre Kompatibilität mit Grund- und Freiheitsrechten (insbesondere Menschenrechte) prüfen

## ► Politische Handlungskompetenz

Sich verantwortungsbewusst an politischen Prozessen beteiligen

i

Till van Rahden ist Inhaber des *Canada Research Chair in German and European Studies* an der Universität de Montréal. Im Sommersemester 2018 war er Gastprofessor am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck.

A

- 1 Arbeiten Sie aus dem Interview drei Thesen zur gegenwärtigen Lage der liberalen Demokratie heraus.
- 2 Untersuchen Sie, wo Till van Radhen besondere Gefährdungspotentiale sieht.
- 3 Van Rahden weist der Schule eine wesentliche Rolle zu. Bewerten Sie im Rückblick auf die letzten Jahre, ob Politische Bildung diesen Ansprüchen gerecht werden kann. Entwickeln Sie einen oder zwei Vorschläge, wie Sie Politische Bildung und Demokratieerziehung an den Schulen verbessern würden.

M1

## **Autoritäre Strukturen, Populismus, die Rechtsstaatlichkeit in Gefahr**

– aus einem Interview mit dem Historiker und Demokratieforscher Till van Rahden in der *Tiroler Tageszeitung* am 10. Juli 2018:

### **Die schnelle Lösung ist die autoritäre**

*Als der Kalte Krieg beendet war und die Blockbildung in Europa Geschichte, waren wir überzeugt, dass sich die liberale Demokratie endgültig durchgesetzt hat. Wie kann es sein, dass das wieder in Frage gestellt werden muss?*

Till van Rahden: Das hat damit zu tun, dass wir in dem Moment, in dem wir glaubten, sie sei die selbstverständliche Herrschaftsform der Moderne, sie zu pflegen vergaßen. Die Überzeugung schlug in Hybris [Hochmut], in Arroganz um, die uns blind dafür machte, zu erkennen, wann die Demokratie in Gefahr ist.

### *Wann zeichnete sich diese Gefahr ab?*

Van Rahden: Als sich die Menschen immer mehr aus dem politischen Leben zurückzogen, die Wahlbeteiligung sank, die Krise der großen Volksparteien begann. Es erstarkten ausdrücklich antidemokratische und autoritäre Parteien. Das ist das Oberflächenphänomen, das wir als Populismus bezeichnen.

### *Welche Pflege benötigt die Demokratie, um sie zu erhalten?*

Van Rahden: Schulen, die Kinder und Jugendliche einladen, sich als Bürger des Gemeinwesens begreifen zu lernen. Öffentliche Räume, die es möglich und erträglich machen, miteinander zu streiten. Wo wir streiten können, ohne uns um die Folgen zu sorgen. Wir sorgen uns zu viel, welche politischen Positionen bestimmte Bewegungen und Parteien vertreten und denken zu wenig darüber nach, in welchen Räumen sie das tun, wie diese beschaffen sind und wie sie es tun. Wir müssen uns das Bewusstsein bewahren, dass die Position des Gegners legitim sein kann. Die sozialen Medien mit ihren Blasen, in denen sich nur Gleichgesinnte austauschen, tragen nicht dazu bei.

### *Wie schafft man Räume, wo diese Begegnungen und der Diskurs möglich sind?*

Van Rahden: Es geht darum, die Kultur des Diskutierens wiederzubeleben. Das allerdings setzt Regeln voraus. Wir sollten zurückhaltend sein, Zensuren zu verteilen oder bestimmte Moralvorstellungen einzufordern. Stattdessen sollten wir so früh wie möglich eine Haltung stärken, die ich als elementare demokratische Tugend verstehe: Die Fähigkeit, das Gespräch mit Fremden oder gar seinen Gegnern zu suchen, das Vermögen, Konflikte, Aversionen oder Feindschaften mithilfe von Regeln einzuhegen, die Kunst, politische Leidenschaften und moralische Unvergleichbarkeiten anzuerkennen und auszuhalten. Wir sollten jene ermuntern, sich zu Wort zu melden, von denen wir wissen, dass es ihnen schwer fällt. Es sollte jede Stimme die Chance haben, gehört zu werden. Und es sollten möglichst viele Stimmen gehört werden.

Das ist wichtig. Wir dürfen nicht den Fehler machen, in Demokratievorstellungen des 19. Jahrhunderts zurückzufallen, als viele glaubten, dass Beteiligung eine bestimmte Bildung und Etikette voraussetzt.

www.clubofrome-carnuntum.at (15.07.2020)

M2



Dichtung und Wahrheit, Karikatur zur Nationalratswahl 2019, Pammesberger, Message Control, 2019, S.122

A

- 4 Beschreiben Sie die Karikatur möglichst genau (Bildaufbau, Gestaltungsmittel, dargestellte Personen, Thema der Karikatur, Beschriftung).
- 5 Erklären Sie die politischen Hintergründe und die möglichen Aussagen des Karikaturisten.
- 6 Bewerten Sie die Wirkung der Karikatur (witzig, boshaft etc.).
- 7 Diskutieren Sie ausgehend von der Karikatur mögliche Wahlmotive und Wählertypen.

i

Michael Pammesberger begann 1991 bei den *Oberösterreichischen Nachrichten* als politischer Karikaturist zu zeichnen, 1997 wechselte er zum *Kurier*, wo er seine gezeichneten Statements zur Innen- und Außenpolitik abgibt. Im Jahr 2007 wurde er vom Branchenblatt *Der Österreichische Journalist* zum „Karikaturisten des Jahres 2007“ gewählt.

In diesem Kapitel üben und trainieren Sie folgende Kompetenzen:

► **Historische Methodenkompetenz**

Erstellen verschiedener Darstellungen der Vergangenheit in verschiedenen medialen Formen (z. B. Sachtext, Plakat, Video) zur gleichen Materialgrundlage (Quellen und Darstellungen) erproben; Perspektivität, Intention und Bewertungen in Darstellungen der Vergangenheit feststellen sowie deren Entstehungskontext berücksichtigen

► **Politische Sachkompetenz**

Fachliche Begriffe/Konzepte des Politischen auf Fallbeispiele kritisch anwenden und adaptieren

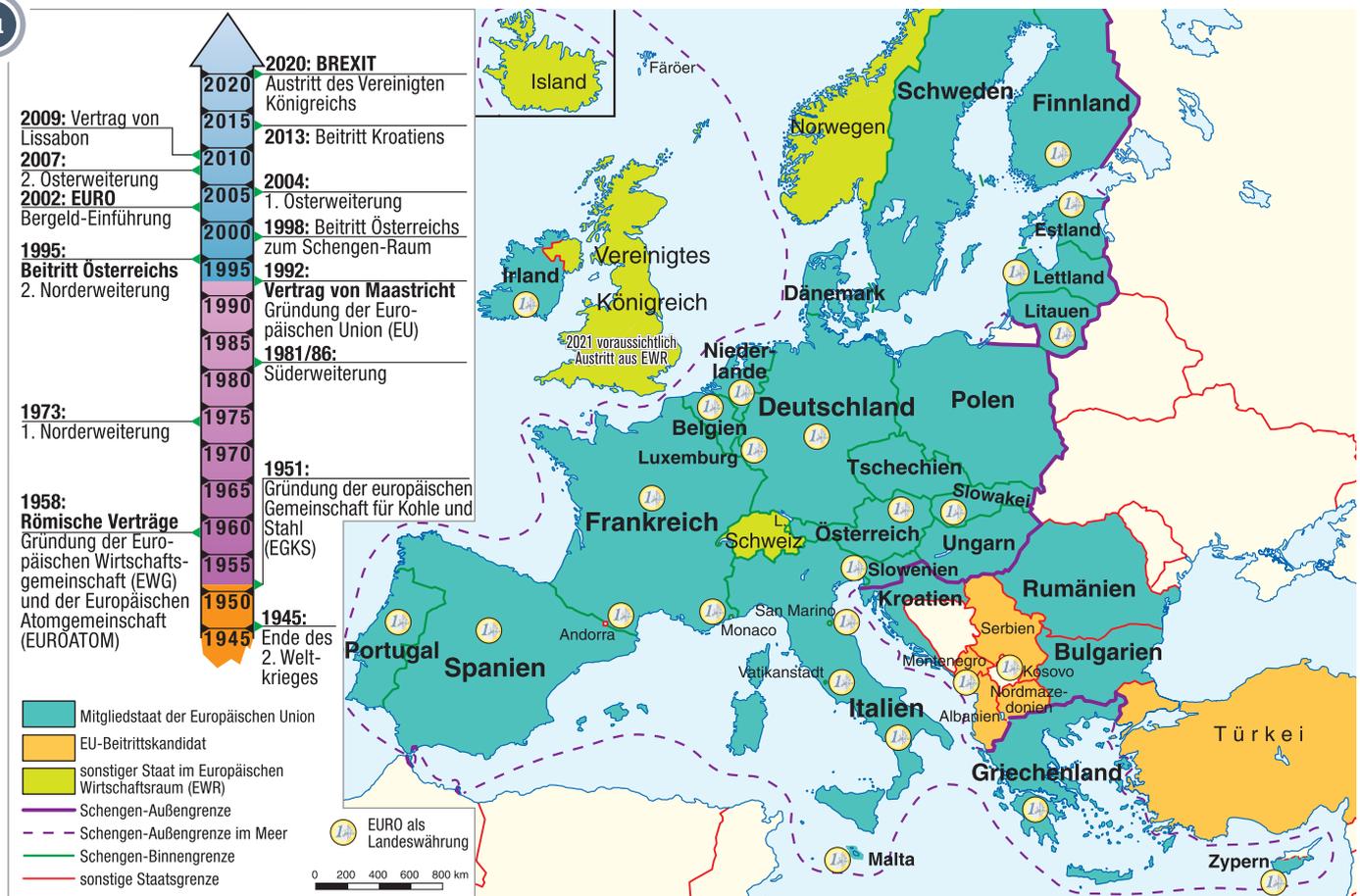
► **Politikbezogene Methodenkompetenz**

Selbstständig Informationen zu politischen Themen gewinnen, um damit ein eigenes mediales Produkt der politischen Artikulation zu erstellen

► **Politische Handlungskompetenz**

Sich an politischen Prozessen verantwortungsbewusst beteiligen

Nach der Erfahrung von zwei Weltkriegen galt die europäische Integration lange Zeit als ein Erfolgsmodell. Was als Wirtschafts- und Friedensprojekt begann, wurde geografisch und politisch ausgeweitet und gewann durch das Ende des Kalten Krieges an neuer Dynamik. Die Währungsunion und die Einführung des Euro sowie das Schengener Abkommen, das weitgehende Reisefreiheit innerhalb der EU gewährleistet, schrieben die Erfolgsstory fort. Die Europäische Union wurde immer mehr zum „Projekt Europa“. Die EU ist nach wie vor einer der drei großen Player in der globalen Wirtschaft. Die Wirtschaftskrise von 2008, die Schuldenkrise der südlichen Länder und schließlich die Migrationskrise von 2015 erschütterten allerdings das Vertrauen vieler EU-Bürgerinnen und -Bürger in die politische Führung der EU. Wahlerfolge von EU-kritischen – meist rechtspopulistischen – Parteien und schließlich der „Brexit“, der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, sind die Folge.



Die EU auf einen Blick, Infografik

## Wer gehört zu Europa – wo endet Europa?

M2



Junge Menschen profitieren von der EU, Fotografie, 2018

M3

*Vicco von Bülow, deutscher Zeichner, Schriftsteller und Comedian, besser bekannt als Lorient (1923 – 2011), über die EU:*

Europa ist eine wunderbare Idee, nur sind die Völker längst nicht so weit. Sie werden eifersüchtig in die Töpfe der Nachbarn sehen und sich übervorteilt fühlen. Aus einem Europa befreundeter Staaten wird eine zänkische, mißgünstige Großfamilie werden.

M4

*Ansprache von Papst Franziskus anlässlich der Karlspreis-Verleihung am 6. Mai 2016:*

Die Wurzeln unserer Völker, die Wurzeln Europas festigten sich im Laufe seiner Geschichte. Dabei lernte es, die verschiedensten Kulturen, ohne sichtliche Verbindung untereinander, in immer neuen Synthesen zu integrieren. Die europäische Identität ist und war immer eine dynamische und multikulturelle Identität. Die Politik weiß, dass sie vor dieser grundlegenden und nicht verschiebbaren Arbeit der Integration steht. Wir wissen: „Das Ganze ist mehr als der Teil, und es ist auch mehr als ihre einfache Summe.“

### Brainstorming

Ermitteln Sie anhand der Infografik (M1) die Entwicklung der Europäischen Union. Recherchieren Sie im Internet den aktuellen Status der Beitrittskandidaten.

Vergleichen Sie die weltweit größten Wirtschaftsräume (M1).

Recherchieren Sie im Internet, welche Staaten Mitglieder der OSZE, des Europarats und der UEFA sind. Diskutieren Sie mögliche Kriterien für die Zugehörigkeit zur Europäischen Union.

Diskutieren Sie anhand der Zitate (M3 – M5) „europäische“ Werte und Grenzen der Integration Europas.

1950

Präsentation einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

1957/1958

Römische Verträge

1967

Zollunion; Gründung der EG

1973

Beitritt des Vereinigten Königreichs, Dänemarks und Irlands

1979

Erste Direktwahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments

1981

Beitritt Griechenlands

1986

Beitritt Spaniens und Portugals

1987

Einheitliche Europäische Akte zur Vollendung des Binnenmarkts

1992

Gemeinsamer Binnenmarkt mit den vier Freiheiten

1993

Vertrag von Maastricht: Gründung der EU

1995

EU-Beitritt von Österreich, Schweden und Finnland

1998

Europäische Zentralbank

1999/2002

Einführung des Euro als Buchgeld, Währung

2004

Polen, Ungarn, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Lettland, Litauen, Estland, Malta und Zypern treten bei

2007

Beitritt Bulgariens und Rumäniens

2009

Vertrag von Lissabon: Neue Struktur der EU

2010

Finanzhilfen für Griechenland

2016/2017

Brexit-Referendum und Austrittsverfahren der UK

2019

Präsentation des European Green Deal

2020

Austritt der UK aus der EU; umfangreiche Hilfspakete zur Bewältigung der Corona-Krise

M1

Aus der Erklärung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950:

Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Frankreich [...] hat immer als wesentliches Ziel gehabt, dem Frieden zu dienen. Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt. Europa läßt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung: Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen. Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. [...]

[Zu diesem Zweck] schlägt die französische Regierung vor, [...] die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Hohen Behörde zu unterstellen [...]. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern – die erste Etappe der europäischen Föderation – und die Bestimmung jener Gebiete ändern, die lange Zeit der Herstellung von Waffen gewidmet waren, deren sicherste Opfer sie gewesen sind.

Zit. nach: europa.eu/european-union (15.07.2020)

### 1 Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union?

Die EU in ihrer heutigen Form entstand durch die etappenweise Erweiterung von ursprünglich sechs Mitgliedern der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1950/1951) auf 28 Mitgliedsländer (27 nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs 2020). Was als Wirtschaftspakt begann, hatte von Anfang an eine starke (friedens-)politische Dimension. 2012 erhielt die EU dafür sogar den Friedensnobelpreis. Parallel dazu schufen mehrere Vertragswerke die Voraussetzung für die Vertiefung der Beziehungen durch übernationale Institutionen, die vier Freiheiten und die Bankenunion. Im Vertrag von Maastricht wurden die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Einführung des Euro bis 1999 (als Bargeld 2002) festgelegt. Aus der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde die Europäische Union (EU). 1995 trat das Schengener Abkommen in Kraft – die Voraussetzung für den freien Personenverkehr innerhalb des Schengen-Raumes. Im Zuge der Flüchtlingskrise von 2015/2016 wurden allerdings teilweise wieder Grenzkontrollen eingeführt, z. B. zwischen Deutschland und Österreich.

Während sich der Binnenmarkt als Erfolgsmodell erwies und Europas Rolle als wichtiger Player auf dem Weltmarkt festigte, ist das Ausmaß der politischen Integration bis heute umstritten. Durch den Vertrag von Lissabon erhielt das Europäische Parlament mehr Rechte. Das Instrument der Europäischen Bürgerinitiative wurde geschaffen, um die EU bürgernäher zu machen. Trotzdem ist die Entscheidungsfindung innerhalb der EU weiterhin mühsam und schwierig.

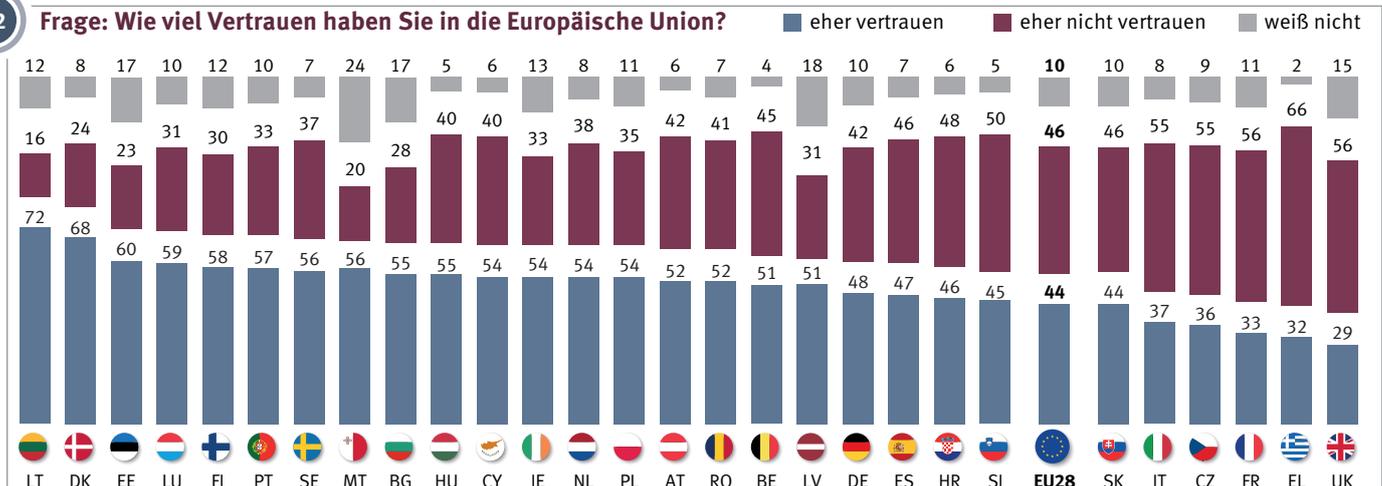
i

#### Die vier Freiheiten der EU (einheitliche Europäische Akte 1986/1992)

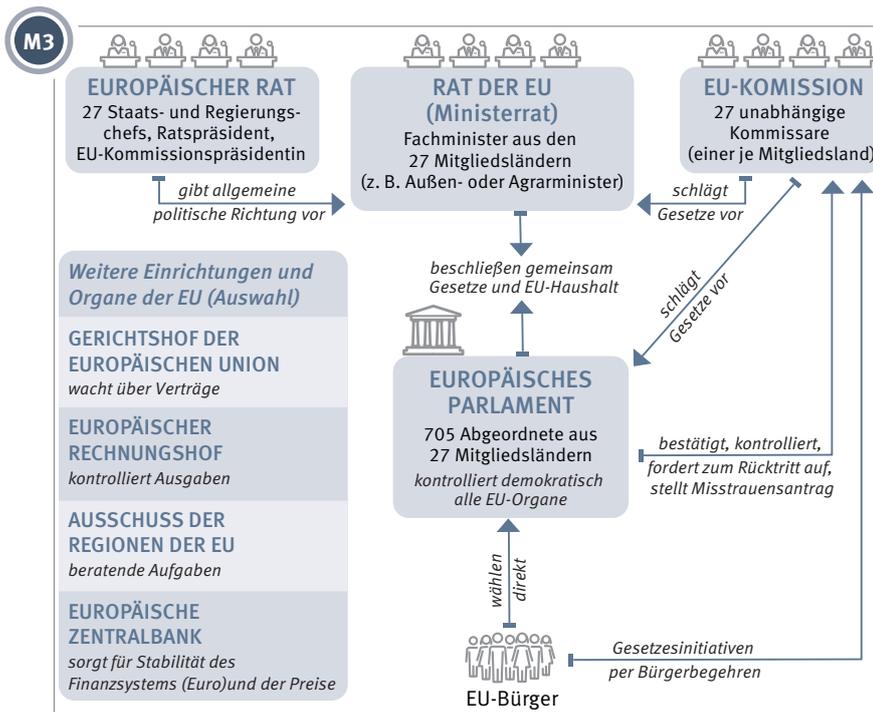
- ▶ **Freier Personenverkehr:** Alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können sich frei innerhalb der EU bewegen.
- ▶ **Freier Warenverkehr:** Für Waren gibt es innerhalb der EU keine Grenzkontrollen, keine Zölle oder andere Handelsbeschränkungen.
- ▶ **Freier Dienstleistungsverkehr:** Die EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können in jedem EU-Land ihre Dienstleistungen anbieten.
- ▶ **Freier Kapitalverkehr:** Alle EU-Bürgerinnen und EU-Bürger können frei entscheiden, in welchem Land der EU sie ihr Geld anlegen.

M2

#### Frage: Wie viel Vertrauen haben Sie in die Europäische Union?



## Von der Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union?



Institutionen der Europäischen Union nach dem Vertrag von Lissabon (2009), Infografik, Stand 2020

### Die EU – ein komplexes Gebilde

Die Institutionen der EU sind das Ergebnis einer historischen Entwicklung. Sie zeigen, dass die EU weder ein Bundesstaat noch ein einfacher Staatenbund ist. Nationale und supranationale Ebenen greifen ineinander. Die EU-Bürgerinnen und -Bürger sind über die nationalen Parlamente und ihre Regierungen sowie das EU-Parlament miteinander verbunden. Dieses wählt auf Vorschlag des Europäischen Rates (Staats- und Regierungschefinnen und -chefs) die Präsidentin bzw. den Präsidenten der Europäischen Kommission.

**A**

- Erstellen Sie mithilfe der Infografik auf der Seite 238 (M1) und der zahlreichen Internetangebote einen „Steckbrief“ der EU. Mögliche Schlagworte: Größe, Einwohnerzahl, Amtssprachen, Stellung der EU auf dem Weltmarkt, wichtigste Handelspartner, Symbole etc.
- Erläutern Sie anhand der Infografik (M3) das Zusammenspiel der EU-Institutionen und deren jeweilige Befugnisse sowie die Rolle der Bürgerinnen und Bürger.
- Ermitteln Sie in Gruppen mithilfe des Online-Lexikons „Pocket Europa“ Sitz, Zusammensetzung und Aufgaben der EU-Einrichtungen auf der linken Seite der Infografik. Präsentieren Sie Ihren Bereich in der Klasse.
- Bewerten Sie anhand der Rede Schumanns (M1) die Rolle wirtschaftlicher Zusammenarbeit bei Sicherung des Friedens.
- Recherchieren Sie zum Eurobarometer:
  - Ermitteln Sie in der Einleitung zum Eurobarometer die Informationen zur Datenerhebung.
  - Vergleichen Sie die Vertrauenswerte der Bevölkerung einzelner EU-Länder zu den Institutionen der EU.
  - Formulieren Sie Hypothesen zu den Unterschieden.

**i**

Der Vertrag von Lissabon wurde 2007 unterzeichnet und trat 2009 in Kraft. Die EU-Politik wurde teilweise neu geordnet; nationale und supranationale Zuständigkeiten wurden klarer abgegrenzt, u. a. durch das **Subsidiaritätsprinzip**.

**M4**

Definition von „Staatenbund“ aus dem Online-Lexikon „Pocket Europa“:

Staatenverbund – Vom [deutschen] Bundesverfassungsgericht [1993] geprägte Bezeichnung für die EU, die ausdrücken soll, dass die gemeinsam handelnden Mitgliedstaaten der EU völkerrechtlich (noch) keinen Staat (auch keinen Bundesstaat) bilden, aber aufgrund der weitreichenden Übertragung von Souveränitätsrechten an die Gemeinschaft bereits über einen Staatenbund hinausgehen.

[www.bpb.de](http://www.bpb.de) (15.07.2020)

**Eurobarometer:** regelmäßig von der EU-Kommission durchgeführte Stimmungs- und Meinungsumfrage zur europäischen Integration im Allgemeinen und zu zentralen Fragen und Politikbereichen der EU.

**Subsidiaritätsprinzip:** Prinzip, nach dem eine (staatliche) Aufgabe soweit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit wahrgenommen werden soll. Die Europäische Gemeinschaft darf nur tätig werden, wenn die Maßnahmen der Mitgliedstaaten nicht ausreichen bzw. die politischen Ziele besser auf der Gemeinschaftsebene erreicht werden können.

# M Vertragstexte analysieren

M1

*Aus der Präambel der Römischen Verträge von 1957:*

[Die jeweiligen Staatsoberhäupter], IN DEM FESTEN WILLEN, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen, ENTSCLOSSEN, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen,

IN DEM VORSATZ, die stetige Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbedingungen ihrer Völker als wesentliches Ziel anzustreben, [...]

IN DEM BESTREBEN, ihre Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern,

IN DEM WUNSCH, durch eine gemeinsame Handelspolitik zur fortschreitenden Beseitigung der Beschränkungen im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr beizutragen, [...]

ENTSCLOSSEN, durch diesen Zusammenschluss ihrer Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen, und mit der Aufforderung an die anderen Völker Europas, die sich zu dem gleichen hohen Ziel bekennen, sich diesen Bestrebungen anzuschließen, ENTSCLOSSEN, durch umfassenden Zugang zur Bildung und durch ständige Weiterbildung auf einen möglichst hohen Wissensstand ihrer Völker hinzuwirken, HABEN BESCHLOSSEN, eine EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT zu gründen [...].

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 39*

## Relevanz von Grundrechten bei Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft

Nach gescheiterten Versuchen, eine militärische Verteidigungsgemeinschaft zu gründen, wechselte man auf die wirtschaftliche Schiene, um eine europäische Integration voranzutreiben. Nach dem Krieg versprach man sich von einer solchen Integration nicht nur wirtschaftlichen Aufschwung, sondern auch ein stabileres Miteinander, das der Friedenssicherung dienen sollte. Die Idee einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes gewann an Zuspruch. Im Jahr 1957 wurden in den sogenannten „Römischen Verträgen“ durch Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande gleichzeitig die *Europäische Atomgemeinschaft (EAG)* und die *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)* gegründet. Die EWG, später EG, gilt als eine der Keimzellen der heutigen *Europäischen Union*. Zusammengefasst hatte der die EWG betreffende Teil der Römischen Verträge (EGV) folgende Ziele:

- ▶ Sicherung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts
- ▶ Beseitigung europäischer Schranken; Abschaffung der Zölle
- ▶ Besserung der Lebens- und Beschäftigungsbestimmungen
- ▶ beständige Wirtschaftsausweitung, ausgewogener Handelsverkehr, redlicher Wettbewerb
- ▶ gemeinsame Handels-, Landwirtschafts- und Verkehrspolitik
- ▶ Wahrung von Frieden und Freiheit
- ▶ größere Stabilität, engere Beziehungen zwischen den Staaten
- ▶ freier Personen-, Dienstleistungs-, Kapital- und Warenverkehr
- ▶ Angleichung innerstaatlicher Rechtsvorschriften
- ▶ innere und äußere finanzielle Stabilität

Wegweisend sollten auch jene Artikel des Vertrags werden, die gewisse Grundrechte der Unionsbürgerinnen und -bürger festlegten.

M2

*Ausgewählte Auszüge aus den Römischen Verträgen:*

**Art. 2 EGV (früher Art. 2)** Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 40*

**Art. 12 EGV (früher Art. 6)** Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Vertrags ist in seinem Anwendungsbereich jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 43*

**Art. 13 EGV (1)** Unbeschadet der sonstigen Bestimmungen dieses Vertrags kann der Rat im Rahmen der durch den Vertrag auf die Gemeinschaft übertragenen Zuständigkeiten auf Vorschlag der Kommission

und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 43*

**Art. 18 EGV (1)** Jeder Unionsbürger hat das Recht, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten vorbehaltlich der in diesem Vertrag und in den Durchführungsvorschriften vorgesehenen Beschränkungen und Bedingungen frei zu bewegen und aufzuhalten.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 45*

**Art. 19 EGV (früher Art. 8b)** (1) Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 45*

**Art. 39 EGV (früher Art. 48)** (1) Innerhalb der Gemeinschaft ist die Freizügigkeit der Arbeitnehmer gewährleistet. (2) Sie umfasst die Abschaffung jeder auf der Staatsangehörigkeit beruhenden unterschiedlichen Behandlung der Arbeitnehmer der Mitgliedstaaten in Bezug auf Beschäftigung, Entlohnung und sonstige Arbeitsbedingungen.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 51*

**Art. 43 EGV (früher Art. 52)** Die Beschränkungen der freien Niederlassung von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaats im Hoheitsgebiet eines anderen Mitgliedstaats sind nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen verboten.

*Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, S. 52*

M3

*Aus der „Berliner Erklärung“ anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der Römischen Verträge:*

Wir leben heute miteinander, wie es nie zuvor möglich war. Wir Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind zu unserem Glück vereint. [...] Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben. [...] Wir stehen vor großen Herausforderungen, die nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Die Europäische Union ist unsere Antwort darauf. Nur gemeinsam können wir unser europäisches Gesellschaftsideal auch in Zukunft bewahren zum Wohl aller Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union. [...] So können wir die zunehmende weltweite Verflechtung der Wirtschaft und immer weiter wachsenden Wettbewerb auf den internationalen Märkten nach unseren Wertvorstellungen gestalten. [...] Die Freiheits- und Bürgerrechte werden wir dabei auch im Kampf gegen ihre Gegner verteidigen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit dürfen nie wieder eine Chance haben. [...] Die Europäische Union will Freiheit und Entwicklung in der Welt fordern. Wir wollen Armut, Hunger und Krankheiten zurückdrängen. [...] Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen. [...] Unsere Geschichte mahnt uns, dieses Glück für künftige Generationen zu schützen. Dafür müssen wir die politische Gestalt Europas immer wieder zeitgemäß erneuern. Deshalb sind wir heute [...] in dem Ziel geeint, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen. [...]

*www.derstandard.at (15.07.2020)*

i

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft formulierte anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der Römischen Verträge die „Berliner Erklärung“, die am 25. März 2007 bei einem Treffen der damals 27 Staatschefs unterzeichnet wurde.

A

- 1 Arbeiten Sie heraus, welche grundlegenden Werte in M1 betont werden.
- 2 Ordnen Sie diese den ausgewählten Passagen in M2 zu.
- 3 Nehmen Sie dazu Stellung, ob die ursprünglichen Wünsche auch heute noch die Wahrnehmung der EU bestimmen.
- 4 Dekonstruieren Sie Ton und Wortwahl in M3 in Hinsicht auf mögliche Absichten der Erklärung und bezüglich potentieller Länderinteressen.
- 5 Diskutieren Sie, ob sich M2 und M3 die jeweilige Entstehungszeit widerspiegelt und ob sich aus M3 Rückschlüsse auf den Zeitraum zwischen den beiden Vertragswerken ziehen lassen. Ermitteln Sie, was im Vergleich zur heutigen EU bzw. für eine engere Einheit noch fehlen könnte.

### 2 Österreich und die EU

M1

Aus dem „Brief nach Brüssel“ vom 17. Juli 1989:

Österreich geht bei der Stellung dieses Antrages von der Wahrung seines international anerkannten Status der immerwährenden Neutralität, die auf dem Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 beruht, sowie davon aus, daß es auch als Mitglied der Europäischen Gemeinschaften aufgrund des Beitrittsvertrages in der Lage sein wird, die ihm aus seinem Statuts als immerwährend neutraler Staat erfließenden rechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen und seine Neutralitätspolitik als spezifischen Beitrag zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in Europa fortzusetzen.

www.parlament.gv.at (15.07.2020)

Österreich war mit den anderen neutralen Staaten Westeuropas Mitglied der *Europäischen Freihandelszone* (EFTA). Lange Zeit galt Österreichs immerwährende Neutralität als ein Hindernis für einen Beitritt zur *Europäischen Gemeinschaft* (EG). Das Ende des Ost-West-Konflikts machte Ende der 1980er Jahre eine Annäherung möglich. 1989 stellte Österreich einen Beitrittsantrag, den „Brief nach Brüssel“. 1993 begannen die Verhandlungen über einen Beitritt – gleichzeitig mit Norwegen, Schweden und Finnland.

Die Verhandlungen spießten sich an einigen schwierigen Themen. Der bis 2002 geltende Transitvertrag mit Beschränkungen für den LKW-Verkehr durch Österreich wurde nicht verlängert, weil er dem freien Verkehr von Waren widersprach. Beim Kauf von Zweitwohnsitzen durch EU-Ausländerinnen und -Ausländer und bei Umweltstandards wurden Übergangsregelungen vereinbart. Für die Bauern gab es Ausgleichszahlungen, weil sie mit den niedrigeren Preisen innerhalb der EU nicht konkurrieren konnten. Außerdem verpflichtete sich Österreich zur Teilnahme an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem *Vertrag von Amsterdam* stimmte Österreich auch der Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen zu.

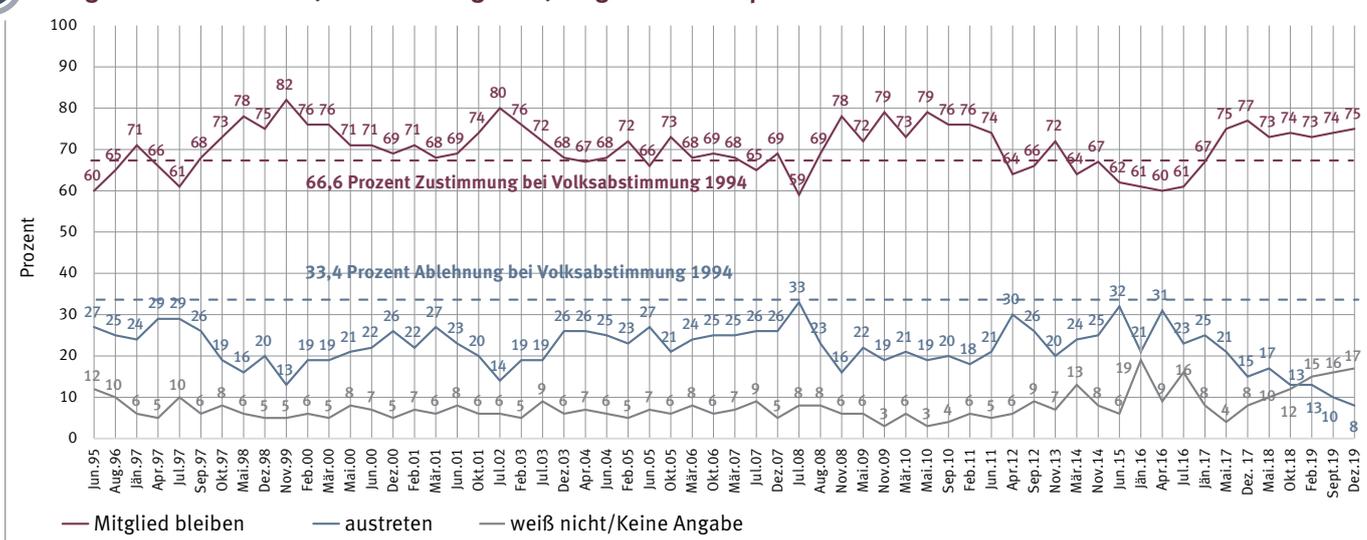
#### Eine Zweidrittelmehrheit für den EU-Beitritt

Nach dem Abschluss der Verhandlungen musste Österreichs Bevölkerung über den Beitrittsvertrag abstimmen. Während die Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP den Beitritt befürworteten, machte die FPÖ kräftig Stimmung gegen die EU. Diese Anti-EU-Haltung hat sie bis heute nicht aufgegeben. Auch die Grünen und linke Gruppen machten gegen den Beitritt mobil. Ihre Hauptargumente waren die Asyl- und Migrationspolitik und die konzernfreundliche Haltung der EU. Die Grünen änderten ihre Meinung später.

Nach einer intensiven Werbekampagne stimmten am 12. Juni 1994 66,6 % für den Beitritt zur EU – deutlich mehr als in Finnland und Schweden. Die norwegischen Wählerinnen und Wähler lehnten den Beitritt ihres Landes nach 1972 zum zweiten Mal ab. Am 1. Jänner 1995 wurde Österreich EU-Mitglied mit allen Rechten und Pflichten.

M2

Frage: Sollte Österreich, Ihrer Meinung nach, Mitglied der Europäischen Union bleiben oder wieder austreten?



Statistik zu einer Umfrage der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik anlässlich 25 Jahre EU-Mitgliedschaft, Stand 2019

## EU-Kritik

### Transitverkehr

Der freie Warenverkehr und der wachsende Handel bedeuten für Österreich aufgrund seiner geografischen Lage eine zunehmende Belastung. Laut einer Studie des *Verkehrsclubs Österreichs* (VCÖ) querten 2018 erstmals mehr LKWs den Brenner als die französischen und schweizerischen Alpenübergänge zusammen. Eine Lösung des Problems scheitert an der Frächterlobby und entsprechenden Maßnahmen der österreichischen Regierung.

### Freier Hochschulzugang

Da auch Studierende aus dem EU-Ausland keine Studiengebühren zahlen müssen, studieren viele – vor allem Deutsche – an Österreichs Universitäten. Dank eines Abkommens mit der EU sind jetzt 75 % der Studienplätze für Medizin für einheimische Studierende reserviert. Von einer „Deutschenschwemme“ kann bei einem Anteil von 8 % deutscher Studierender keine Rede sein. Außerdem gibt es österreichische Studierende auch an deutschen Universitäten.

### Der „Regelungswahnsinn“ der EU

Viele Regelungen erleichtern den grenzüberschreitenden Handel mit Gütern und Dienstleistungen. Gäbe es die Regeln nicht, müssten sie von den nationalen Behörden erlassen werden. Manche Vorgaben, z. B. die Einführung der Energiesparlampen, regen viele Menschen auf – selbst, wenn sie sinnvoll sind –, weil sie in ihre Gewohnheiten eingreifen. Das gilt auch für Verordnungen wie etwa zum Bräunungsgrad von Pommes Frites oder Schnitzel.

### Die EU hat in der Migrations- und Asylpolitik versagt

Die EU war nicht in der Lage, die Schengen-Grenzen zu schützen und die Asyl- und Migrationspolitik zu regeln. Die Verteilung der Flüchtlinge der Jahre 2015/2016 scheiterte am Widerstand einiger Länder, sodass Deutschland, Schweden und Österreich sehr viele Menschen aufnehmen mussten.

M3



LKW-Stau am Brenner, Fotografie, 2007

M4



Anti-EU-Framing in manchen Boulevardmedien; hier eine Collage aus Schlagzeilen in der Kronen Zeitung

**Framing:** Einbettung von Themen und Ereignissen in ein Deutungsgerüst, um Meinungen in eine bestimmte Richtung zu lenken.

M5

Der Medienwatchblog „Kobuk“ im März 2019 über die Mechanismen der Kronenzeitung:

Vor allem im Zusammenhang mit neuen Regulierungsvorhaben ist es laut Krone meist die EU, die uns etwas wegnehmen, verbieten oder streichen will. Eine Differenzierung, wer eigentlich die EU ist, unterbleibt meist. Die Krone framed die EU negativ und geht kaum auf konkrete Vorgänge in den EU-Organen ein. Die jeweilige Gegenseite kommt nicht zu Wort.

[www.kobuk.at](http://www.kobuk.at) (15.07.2020)

A

- 1 Erörtern Sie die Vor- und Nachteile des österreichischen EU-Beitritts. Ziehen Sie dazu auch andere Informationen aus dem EU-Kapitel heran.
- 2 Analysieren Sie die Umfrageergebnisse in M2 und stellen Sie Thesen auf, warum in den letzten beiden Jahren die Zahl der Befürworterinnen und Befürworter markant zurückgegangen ist.
- 3 Dekonstruieren Sie mithilfe der Informationen auf der Seite des Medienwatchblogs „Kobuk“ die Überschriften in M5 als Framing.
- 4 Suchen Sie drei weitere „EU-Mythen“ im Internet und nehmen Sie dazu kritische Stellung.
- 5 Recherchieren Sie zum Transitproblem am Brenner und formulieren Sie drei Forderungen an das zuständige Ministerium.

### 3 EU-Beitritt: Ein wirtschaftliches Erfolgsmodell

i

#### Arbeitsmigration, Sozial- und Lohndumping

Innerhalb der EU gilt Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nach der EU-Osterweiterung galt in Österreich eine siebenjährige Beschränkung des Arbeitsmarkts. Kritisiert wird, dass seither Firmen immer wieder versuchen, die geltenden Mindestlöhne zu umgehen, weil diese aus dem nahen Ausland aufgrund der niedrigeren Sozialleistungen ihre Dienste billiger anbieten können. Manche sprechen auch von einer „Zuwanderung ins Sozialsystem“. Österreich kürzte 2017 die Kinderbeihilfe für im Ausland lebende Kinder. Andererseits brauchen einige Branchen wie der Tourismus oder die Pflegedienste diese Arbeitskräfte. Die Corona-Krise im Frühjahr 2020 und die damit verbundene Schließung der Grenzen hat allerdings deutlich sichtbar gemacht, wie angewiesen Bau- und Landwirtschaft sowie der Pflegesektor auf Arbeitskräfte aus dem Ausland sind.

Bald nach dem Abschluss des Staatsvertrags strebte die österreichische Regierung eine rasche Anbindung des Kleinstaates an größere wirtschaftliche Zusammenschlüsse an. So trat Österreich dem GATT, dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank bei. Als Teilnehmer am Marshallplan war Österreich auch Gründungsmitglied der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Österreich wurde Mitbegründer der Europäischen Freihandelszone (EFTA). Auch wenn Österreich aufgrund der Neutralität zunächst nicht der EWG beitreten konnte, blieb eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EWG das Ziel.

Erst nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch der politischen und wirtschaftlichen Systeme in Mittel- und Osteuropa konnte Österreich 1989 seinen Beitrittsantrag zur EG stellen. Durch den Beitritt zum EWR (Europäischer Wirtschaftsraum) übernahm Österreich bereits 1992 die meisten Regelungen des Binnenmarktes.

Österreichs Wirtschaft profitierte massiv vom Anstieg des Außenhandels. Das Exportvolumen verdreifachte sich zwischen 1995 und 2015. Fast 70 % der Exporte gehen in EU-Länder, woher auch 70,7 % der Importe kommen (2018). Österreichs wichtigster Handelspartner ist nach wie vor Deutschland. Auch wenn Österreich durch Abwanderung von Industrien in den Osten Arbeitsplätze verloren hat – die Exportindustrie hat viele neue Jobs geschaffen. Jeder zweite Job hängt vom Export ab.

Besonders günstig erwies sich die Osterweiterung der EU. Die Exporte nach Osteuropa haben sich seit 1995 mehr als verfünffacht, exportiert werden hochwertige Güter wie Maschinen und Fahrzeuge. In den Ländern Mittel-, Ost und Südosteuropas haben österreichische Firmen, Banken und Versicherungen auch viel Kapital investiert und Österreich zu einem der wichtigsten Investoren in dieser Region gemacht.

M1

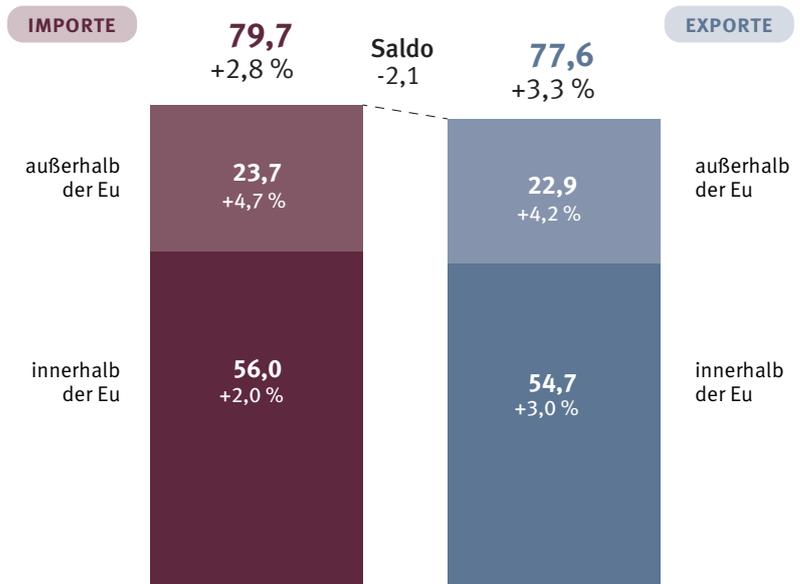
	Anteil	Rang als Investor
<b>Slowenien</b>	25,6 %	1
<b>Kroatien</b>	20,1 %	1
<b>Bosnien-Herzegowina</b>	19,6 %	1
<b>Mazedonien</b>	13,6 %	1
<b>Serbien*</b>	11,6 %	1
<b>Slowakei*</b>	16,0 %	2
<b>Bulgarien</b>	9,6 %	2
<b>Rumänien</b>	12,6 %	3
<b>Ungarn</b>	10,3 %	3

Österreichs Anteil an Direktinvestitionen in ausgewählten Ländern Mittel- und Osteuropas 2017/\*2016

M2

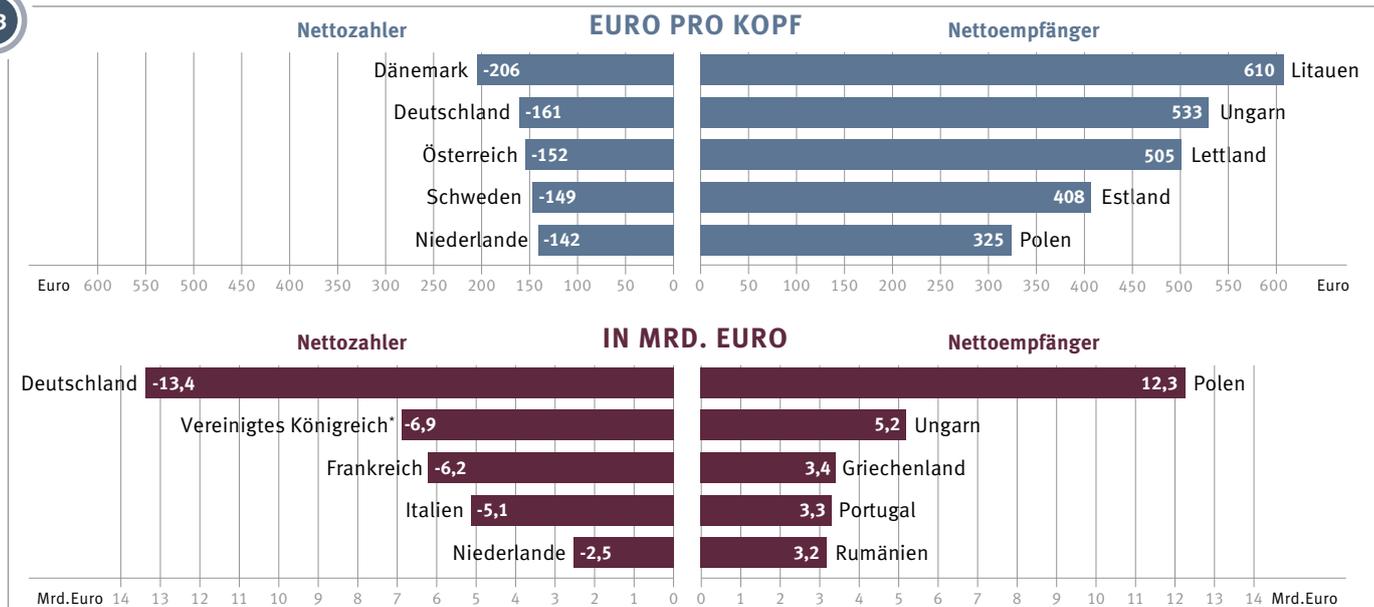
#### Außenhandel im ersten Halbjahr 2019

Milliarden Euro, Veränderung zum Vorjahreszeitraum



Statistik zum Außenhandel im ersten Halbjahr 2019

M3



Statistik zu Nettozahlern und Nettoempfängern in der EU; Haushaltssalden der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), 2018; \* seit Jänner 2020 aus der EU ausgetreten

## Österreich – ein Nettozahler

Als eines der reichsten EU-Länder ist Österreich ein Nettozahler: Es zahlt mehr Beiträge für das EU-Budget ein, als es an Förderungen zurückbekommt. Häufig übersehen wird, dass Österreich viele Förderungen für Landwirtschaft, Forschung und Technologie bekommt. Nach dem Beitritt profitierte besonders das Burgenland von besonderen EU-Förderungen. Bei Forschungsprogrammen ist Österreich mittlerweile ein Nettoempfänger.

Nach dem Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit), das ebenfalls zu den Nettozahlern gehörte, formierten sich die übrigen Nettozahler – allen voran auch Österreichs Regierung, um eine Erhöhung ihrer Beiträge möglichst gering zu halten. Die Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft nach der Corona-Krise stellen die EU und die Nettozahler vor neue Herausforderungen.

M5

**Bundeskanzler Kurz zu Österreichs EU-Beitrag am 20. Februar 2020:**

Kurz betonte, es sei „nicht uneuropäisch, dafür einzutreten, dass das Budget nicht ins Unermessliche steigt. Die EU ist für uns im positiven Sinne so etwas Selbstverständliches, dass europäische Debatten so legitim sind wie innenpolitische. Budgetverhandlungen in Österreich sind auch nicht unösterreichisch.“

[www.kleinezeitung.at](http://www.kleinezeitung.at) (15.07.2020)

M4

**Bundeszentrale für politische Bildung zu Zahlen und Fakten:**

Die Frage, ob sich mit der EU-Mitgliedschaft für einen Staat mehr Vor- oder Nachteile verbinden, lässt sich nicht mit einer buchhalterischen Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben bezogen auf den EU-Haushalt beantworten. Trotzdem wird dieses Thema gerade bei den „Nettozahlern“ wiederkehrend diskutiert. Umso wichtiger ist es, nicht nur die absolute Höhe der geleisteten Zahlungen der Staaten zu betrachten [...], sondern diese auch in Bezug zur jeweiligen Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl zu setzen – im Jahr 2018 war bei diesen Betrachtungsweisen Dänemark der größte Nettozahler.

[www.bpb.de](http://www.bpb.de) (15.07.2020)

M6

**Christian Mandl, Abteilungsleiter für Europapolitik in der Wirtschaftskammer Österreich anlässlich 25 Jahre EU-Beitritt:**

Auch wenn Österreich insgesamt Nettozahler ist, übertreffen die Vorteile der Mitgliedschaft bei weitem die Kosten.

[oefge.at](http://oefge.at) (15.07.2020)

A

- Skizzieren Sie anhand von M2 die Rolle der EU für Österreichs Außenhandel.
- Erklären Sie anhand der Informationen zur Arbeitsmigration und M1, wie Österreich von der EU-Osterweiterung profitiert hat.
- Nehmen Sie mithilfe von M3 bis M6 Stellung zur Diskussion um Österreichs Rolle als Nettozahler.
- Diskutieren Sie anhand von M3, ob das Finanzierungssystem des EU-Budgets fair ist.

M1

*EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zur Corona-Krise vor dem Europäischen Parlament, 15. April 2020:*

Europa hat schon früher Wirtschaftskrisen durchlebt. Noch nie jedoch kam unsere Wirtschaft wie in der jetzigen Form zum Erliegen. Niemand kann dafür verantwortlich gemacht werden, und jeder braucht Unterstützung. Hierfür bedarf es beispielloser Maßnahmen, auch um sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft so bald wie möglich wieder in Schwung kommt. Und auch hier müssen die Dinge beim Namen genannt werden. Europa hat in den letzten vier Wochen mehr unternommen als in den ersten vier Jahren der letzten Krise [Bankenkrise 2007/2008]. [...] Habt den Mut, für Europa aufzustehen. Denn unsere Union wird uns durch diese Krise bringen. Und sie wird morgen so stark sein, wie wir sie heute machen.

*ec.europa.eu/austria (15.07.2020)*

### 4 Nicht erst seit Corona – die EU im Krisenmodus

Die veränderte Weltordnung, signalisiert durch den Aufstieg Chinas, Handelskonflikte mit den USA sowie der Brexit haben massive Auswirkungen auf die EU. Die durch Corona ausgelöste Gesundheits- und Wirtschaftskrise machte den kritischen Zustand der EU deutlich sichtbar.

M2

*Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler anlässlich der EU-Wahl am 13. Mai 2019:*

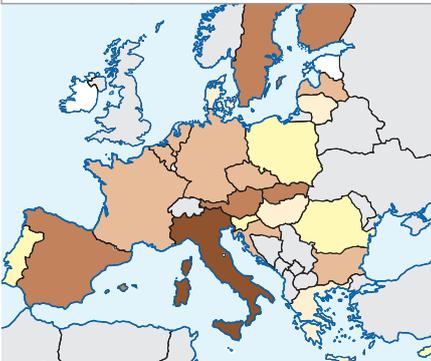
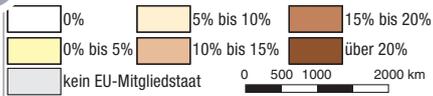
Inzwischen steckt das Europa-Projekt in einer schweren Krise, und keiner weiß so recht, wie man wieder herauskommen kann: Die Südländer sind überschuldet und zeigen wenig Neigung, das zu ändern, was dem Rest der Gemeinschaft zu schaffen macht. In den **Visegrád-Staaten** Ostmitteleuropas ist ein Nationalismus entstanden, der mit der Europaidee nicht vereinbar ist, obendrein sind dort autoritäre Politiker an die Macht gekommen, denen viele europäische Werte zuwider sind. Die sich ausbreitende Europaskepsis hat mit dem Brexit-Entscheid der Briten zu einer sich hinziehenden Beschäftigung der Europäer mit sich selbst und zu Ängsten vor der weiteren Erosion der Gemeinschaft geführt. Sämtliche Beitrittskandidaten sind potenzielle Nettoempfänger von EU-Mitteln, während potenzielle Nettozahler unter den am Beitritt Interessierten nicht in Sicht sind.

*www.nzz.ch (15.07.2020)*

**Visegrád-Staaten (V4):** lose Kooperation der Staaten Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn. In den letzten Jahren äußern sich diese Staaten zunehmend EU-kritisch (Migrationspolitik, Umweltpolitik).

M3

**Ergebnisse rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bei den letzten nationalen Parlamentswahlen in Prozent**



Rechtspopulistische Parteien in Europa (Stand: 2018)

### Corona-Krise

Bei Bekämpfung der Corona-Pandemie setzten zunächst die einzelnen Mitgliedsländer Maßnahmen zur Eindämmung, weil die Gesundheitspolitik Angelegenheit der Nationalstaaten ist. Grenzen wurden geschlossen und das Schengener Abkommen außer Kraft gesetzt. Einzelne Länder verhinderten die Lieferung von Schutzausrüstung an andere Staaten. Als Folge des Lockdowns in den meisten Ländern wurden Millionen Menschen arbeitslos oder in Kurzarbeit geschickt. Betriebsschließungen und unterbrochene Lieferketten führten zu einem massiven wirtschaftlichen Einbruch und ließen die Wirtschaft in der Euro-Zone um 7,5 % schrumpfen. Die EU-Kommission verkündete einen umfangreichen Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Um die Finanzierung der Schulden brachen die alten Konflikte zwischen Nord und Süd in der EU erneut aus.

### Klimakrise und Umweltschutz

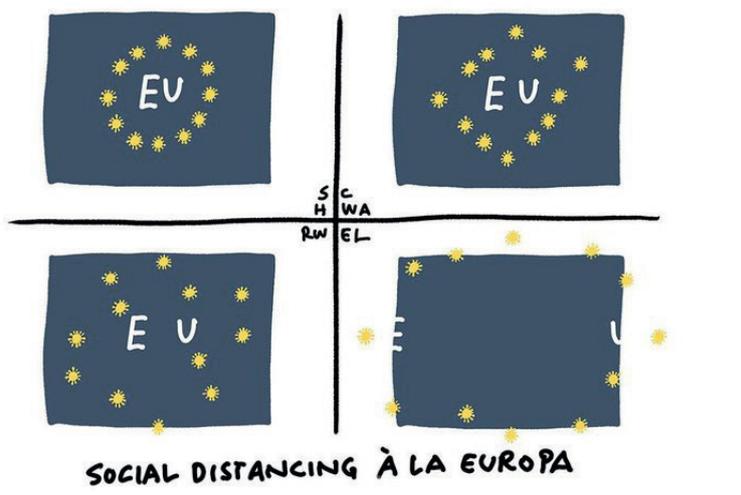
Nach Angaben der *Europäischen Umweltagentur (EEA)* verursachte die Klimakrise in den letzten vier Jahrzehnten bereits Kosten von mehr als 400 Milliarden Euro (z. B. durch Extremwetterereignisse). Der Klimawandel verschärft zudem andere Probleme wie die Umweltmigration.

Die 2019 bestellte EU-Kommission verkündete einen sogenannten „Green Deal“, der Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent machen sollte. Die konkrete Umsetzung liegt allerdings bei den Mitgliedsstaaten, von denen einige noch viel Strom in Kohlekraftwerken erzeugen (Deutschland, Polen) und langsamer aussteigen als für die Klimaziele erforderlich. Nach der Corona-Krise mehren sich die Befürchtungen, dass der wirtschaftliche Wiederaufbau zu Lasten der Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels gehen würde.

i

Die FPÖ verfügt seit 2019 nur mehr über 16,2%.

M4



Abstandhalten auf europäische Art, Karikatur von Schwarwel (Thomas Meitsch), 2020

## Asyl und Migration

In der Asyl- und Migrationsfrage ist die EU gespalten. Länder wie Ungarn, Polen, aber auch Österreich sind der Ansicht, dass der Kampf gegen illegale Migration und die Sicherung der Außengrenzen nicht ausreichend seien. Andere Länder (Deutschland, Frankreich, Portugal) sind hingegen bereit, weiterhin Menschen aufzunehmen, die trotz der Abschottung nach Italien gelangen. Verglichen mit den Krisenjahren 2015/2016 gingen Zuzug und Zahl der Asylanträge wieder auf das Niveau von 2013 zurück. Ein einheitliches europäisches Asylrecht und verpflichtende Quoten für die Verteilung von Asylwerbern ist innerhalb der EU nicht durchsetzbar. Ungelöst ist auch das Problem der vielen Flüchtlinge auf manchen griechischen Inseln.

## Rechtspopulismus und Werte

In vielen EU-Staaten haben in den letzten Jahren rechtspopulistische und nationalistische Parteien bei Wahlen dazugewonnen. Ihre Kritik richtet sich gegen die „Bürokraten von Brüssel“ und gegen die Migrationspolitik der EU; ihr Ziel ist ein „Europa der Vaterländer“, das sich auf eine Wirtschaftsgemeinschaft beschränken soll. In Ungarn und in Polen, wo solche Parteien den Premierminister stellen, werden zentrale Werte der EU wie Pressefreiheit, eine unabhängige Justiz und die liberale Demokratie hinterfragt oder gar ausgehebelt. Nach dem Brexit setzen große Rechtsparteien jetzt allerdings nicht mehr auf Austritt aus der EU, sondern auf eine Reform von innen mit stärkerer Berücksichtigung nationaler Interessen.

M5

Der ehemalige österreichische Spitzendiplomat Stefan Lehne in einem Kommentar am 16. April 2020 über einen „Abschied von Europa“:

Die wechselseitige Unterstützung zwischen EU-Ländern kam bisher kaum über einzelne symbolische Krankentransfers und Ausrüstungslieferungen hinaus. Neuerlich erweist sich die am wenigsten demokratische Institution, die Europäische Zentralbank, mit einem großen Rettungsprogramm als das mit Abstand effektivste europäische Krisenmanagementinstrument. Die Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten über finanzielle Hilfspakete dagegen sind durch die aus der Finanzkrise bekannten ideologischen Gegensätze zwischen Nord und Süd belastet. Erst nach mehreren Anläufen konnten die Finanzminister schließlich ein Maßnahmenbündel zusammenstellen, bei dem allerdings wichtige Finanzierungsfragen ungeklärt blieben. Und so verbreitet sich derzeit ein Klima der Verunsicherung und Frustration in Europa.

Dabei stehen wir erst am Anfang der Krise. Auf die schlimmste Gesundheitsbedrohung wird der tiefste Wirtschaftseinbruch in der Geschichte der EU folgen. Dieser wird die Mitgliedstaaten asymmetrisch treffen, wobei die schwächeren Länder im Süden neuerlich die Hauptlast tragen dürften. Der heute in vielen Mitgliedstaaten vorherrschende nationale Egoismus ist daher brandgefährlich. Er könnte antieuropäische Populisten an die Macht bringen, die Finanzmärkte destabilisieren und die Nord-Süd- und Ost-West-Spaltungen der EU weiter vertiefen.

[www.derstandard.at](http://www.derstandard.at) (15.07.2020)

A

- 1 Erklären Sie die Botschaft der Karikatur (M4). Beziehen Sie sich dabei auch auf die übrigen Materialien auf dieser Seite.
- 2 Ermitteln Sie anhand von M2, M3, M5 und des Autorentexts Probleme, mit denen die EU konfrontiert ist.
- 3 Vergleichen Sie die Aussagen Ursula von der Leyens (M1) mit denen von Stefan Lehne (M5).
- 4 Nehmen Sie nach dem Studium der Materialien auf dieser Doppelseite zur Zukunft der EU Stellung.

M6

Silke Wettach in einer Brexit-Analyse für das Magazin des deutschen Bundestags am 14. April 2020:

[Großbritanniens] Abschied aus der Europäischen Union verändert vieles in der Gemeinschaft. Mit Großbritannien hat der drittgrößte Mitgliedsstaat die Union verlassen, [...].

Großbritanniens Abschied von der EU hatte sich über eine lange Zeit schleichend vollzogen. Seit dem Brexit-Referendum im Juni 2016 spielte die britische Regierung in den großen Debatten auf EU-Ebene keine große Rolle mehr. [...]

Der Brexit hat keine Nachahmer gefunden – anders als zunächst befürchtet. Er könne „nicht ausschließen, dass der britische Austritt Lust auf mehr machen würde in anderen Ländern“, sagte der damalige EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker kurz vor dem britischen Referendum im Juni 2016. Doch die schwierigen Austrittsverhandlungen haben EU-Mitgliedsstaaten gerade die Vorteile der EU vor Augen geführt – nicht nur die Rückflüsse aus dem EU-Haushalt, sondern auch den Zugang zum Binnenmarkt, die Teilnahme am Erasmus-Austauschprogramm für Studenten und Auszubildende oder etwa die gemeinsame Medikamentenzulassung. Teil einer größeren Gemeinschaft zu sein spart Geld. „Der Brexit ist das beste Folgenabschätzungsprogramm und gute Werbung für die EU“, stellt ein hoher EU-Beamter fest.

Der EU geht mit dem Austritt des drittgrößten Mitgliedsstaates freilich auch einiges verloren. Zum Beispiel ein Land mit Spitzenforschung. Kein anderes Land der Union erhielt so viel EU-Förderung für Forschung, was an der Exzellenz der eingereichten Projekte lag. Britische Universitäten waren ein beliebtes Ziel von Erasmus-Studenten. Beides ließe sich über eine Kooperation beibehalten. Die müsste aber erst noch ausgehandelt werden.

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de) (15.07.2020)

## Brexit – der schwierige Weg aus der EU

M7



Wandmalerei des britischen Straßenkünstlers Banksy in Dover, Fotografie, 2019

Das Vereinigte Königreich war erst nach zwei gescheiterten Versuchen 1972 der EG beigetreten und hatte sich in etlichen Fragen Sonderregelungen wie den Britenrabatt (geringere Beiträge zum EU-Budget) ausgehandelt.

In einer beispiellosen Propagandakampagne gelang es den britischen EU-Gegnern um Nigel Farage und Boris Johnson 2016 eine Mehrheit der britischen Bevölkerung vom Austritt aus der EU zu überzeugen, wobei sie die Bedingungen und (wirtschaftliche) Folgen eines Austritts aus der EU ausklammerten. Regional und nach Altersgruppen gab es große Unterschiede im Abstimmungsverhalten. Schottland, Nordirland und London stimmten für den Verbleib. Ländliche Regionen und die ältere Generation votierten für den Brexit, während jüngere Menschen mehrheitlich für den Verbleib in der EU stimmten. Ende März 2017 legte die britische Regierung bei der EU-Kommission ihr Austrittsgesuch vor. Langwierige Verhandlungen folgten, ein klares Konzept war seitens des britischen Verhandlungsteams nicht immer erkennbar. Als besonders schwierig erwies sich die Grenzfrage in Nordirland. Nach Neuwahlen und einem Sieg der Konservativen Partei unter Boris Johnson beschloss das britische Parlament den Austritt aus der EU. Dieser wurde mit dem 31. Jänner 2020 wirksam. In der Übergangsfrist bis Ende 2020 sollten die künftigen Handelsbeziehungen und die anderen strittigen Fragen geklärt werden.

A

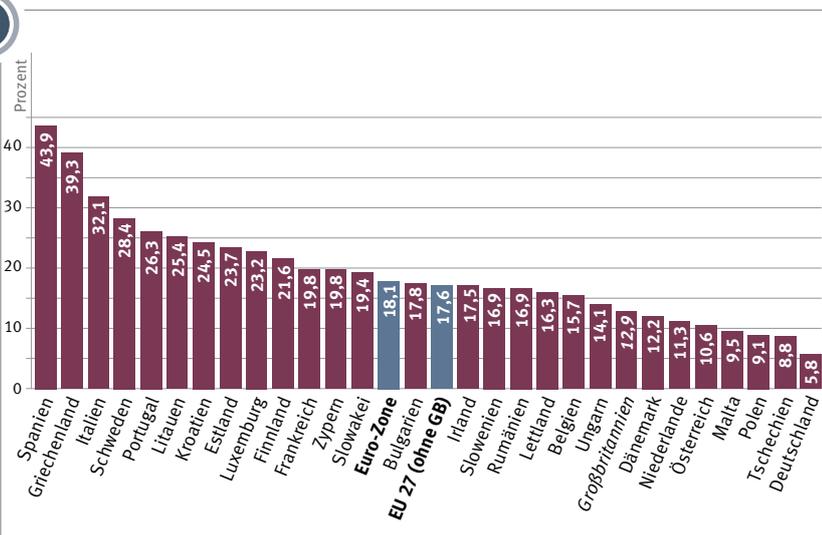
- 5 Beschreiben Sie das Foto von Banksys Wandmalerei (M7). Arbeiten Sie die von Banksy und dem Fotografen verwendeten Symbole heraus.
- 6 Analysieren Sie anhand von M6 die Folgen des Brexit für die EU-27 und mögliche Vorteile für den Verbleib.
- 7 Recherchieren Sie im Internet nach einem Interview mit dem Politikwissenschaftler Oliver Treib über die Rolle von Wissen und Information der Bevölkerung bei Entscheidungsprozessen. Erörtern Sie die Chancen und Probleme von Referenden zu komplexen Problemen.

## Wie sozial ist die EU?

Die Bewältigung der **Eurokrise** ab 2010 löste bei vielen Menschen eine tiefe Vertrauenskrise in die Institutionen der EU aus. Einzelne Länder der Eurozone wie Griechenland, Irland, Zypern und Portugal machten zur Unterstützung ihrer Banken und für die Kosten der steigenden Arbeitslosigkeit hohe Staatsschulden. In der Folge stiegen die Zinsen für neue Staatsanleihen, sodass die Länder die Zinsen für ihre Schulden nicht mehr zahlen konnten.

Damit diese Länder in dieser Situation von der EU neue Finanzhilfen bekamen („Rettungsschirm“) mussten sie sich zu zahlreichen Sparmaßnahmen verpflichten. Die Folgen waren hohe Arbeitslosigkeit, Armut und Einschnitte im Gesundheitssystem. Die betroffene Bevölkerung antwortete mit sozialem Protest. Die Kritik an den sozialen Defiziten der EU wuchs. Nach 2017 besserte sich die Lage in den Krisenländern, die Forderung nach einer Sozialunion zusätzlich zur Wirtschafts- und politischen Union blieb.

M8



Statistik zur Jugendarbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern der EU, Stand 2020

M9

Annelie Buntenbach, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes, auf einem Kongress von **attac** im Oktober 2018:

Die Europäische Union hat vielfältige Probleme – auf jeden Fall hat sie ein Gerechtigkeits-Problem. Obwohl die Wirtschaft in den meisten EU-Ländern nach langen Jahren der Krise wieder wächst, kommt der Aufschwung nicht bei allen Menschen an. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, die Angst vor dem sozialen Abstieg greift um sich. Der Protest der „Gelbwesten“ in Frankreich und Belgien, die Streiks bei der Deutschen Bahn und der Post, viele andere Arbeitskämpfe und Konflikte zeigen, dass wirtschaftliche und soziale Integration nicht Hand in Hand gehen. Das Wohlstands-Versprechen, mit dem der europäische Binnenmarkt vor 25 Jahren gegründet wurde, ist gebrochen. [...]

Allzu lange ignoriert wurden auch die fatalen Folgen der Finanz- und Eurokrise. [...]. Jahrelang wurde dabei auf eine Politik der Sozialkürzungen [und] Lohnsenkungen [...] gesetzt. Gerettet wurden so nicht die Staaten, sondern vor allem die Banken. Und geholfen wurde nicht den Menschen, sondern den Märkten, auf die die EU ihre Politik ausgerichtet hat.

A. Buntenbach, Für ein Soziales Europa! In: F. Bsirske u. a.: Ein anderes Europa ist möglich. Herausgegeben von attac, 2019, S. 79

**Eurokrise:** vielschichtige Krise der Europäischen Währungsunion ab dem Jahre 2010. Sie umfasst eine Staatsschuldenkrise, eine Bankenkrise und eine Wirtschaftskrise.

i

### Statistiken

Statistiken spielen im Alltag eine große Rolle. Häufig werden die Zahlenwerte auch in Form von Diagrammen dargestellt. Zur Orientierung muss man feststellen, was auf den beiden Achsen dargestellt wird. Wichtig ist auch, ob absolute Zahlen oder Prozentwerte angegeben sind.

Erforderlich ist ein Blick auf die Quellenangabe. Handelt es sich um Daten, die von statistischen Ämtern, EU- oder UNO-Organisationen erfasst wurden, kann man davon ausgehen, dass sie nach wissenschaftlichen Kriterien erstellt wurden. Das sollte man auch bei der Suche nach Statistiken, z. B. für die VWA, berücksichtigen.

**attac:** 1998 in Frankreich gegründete globalisierungskritische Aktion. Der Name „attac“ ist die französische Abkürzung für „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der Bürger“.

A

8 Beschreiben Sie anhand von M8 das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in der EU im Jahr 2013. Vergleichen Sie die Werte mit denen von 2018 (Internet) und stellen Sie mögliche Veränderungen fest.

9 Erläutern Sie mögliche Folgen der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen.

10 Arbeiten Sie heraus, mit welchen Argumenten Buntenbach ihre Kritik an der EU untermauert.

11 Diskutieren Sie in der Kleingruppe die These des „Gerechtigkeits-Problems“ der EU.

M1



Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg, Fotografie, 2019

i

Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) ist das oberste Rechtsprechungsorgan der EU. Er gewährleistet, dass das EU-Recht in allen EU-Mitgliedstaaten auf die gleiche Weise angewandt und eingehalten wird.

M2

*Aus der seit Dezember 2009 gültigen Charta der Grundrechte der EU:*

Die Völker Europas sind entschlossen, auf der Grundlage gemeinsamer Werte eine friedliche Zukunft zu teilen, indem sie sich zu einer immer engeren Union verbinden. In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität. Sie beruht auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. [...]

Die Union trägt zur Erhaltung und zur Entwicklung dieser gemeinsamen Werte unter Achtung der Vielfalt der Kulturen und Traditionen der Völker Europas sowie der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und der Organisation ihrer staatlichen Gewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene bei.

[www.europarl.europa.eu](http://www.europarl.europa.eu)  
(15.07.2020)

## 5 Die Rechtsordnung der EU

Die EU versteht sich als eine Rechtsgemeinschaft. Beim EU-Recht unterscheidet man das Primär- und das Sekundärrecht.

Das Primärrecht ist in den „Verträgen“ (seit der Gründung) enthalten und stellt die aktuelle rechtliche Grundlage der EU dar. Es steht über nationalem Recht.

Zum Sekundärrecht zählen verbindliche (Richtlinien und Verordnungen) und unverbindliche (Entschlüsse und Stellungnahmen) Rechtsakte, die sich vom Primärrecht, also von in den Verträgen festgelegten Grundsätzen und Zielen ableiten.

Ergänzt werden das Primärrecht und das daraus abgeleitete Sekundärrecht noch durch internationale Übereinkünfte der EU mit Dritten (z. B. CETA, das Handelsabkommen mit Kanada).

Die Charta der Grundrechte der EU ist ein Grundrechtekatalog und sichert den Unionsbürgerinnen und -bürgern umfassende Rechte zu. Kritisiert wird, dass die Charta neben weitreichenden Rechten für Kinder, Alte und Menschen mit Behinderung kaum einklagbare Rechte wie „das Recht auf eine gute Verwaltung“ enthält. Die Charta ist nur für die Gemeinschaftsorgane, nicht aber die einzelnen Mitgliedsstaaten bindend.

### Vertragsverletzungsverfahren

Die EU-Kommission wacht als „Hüterin der Verträge“ über die Einhaltung von EU-Recht und kann bei einem Regelverstoß ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten oder die mangelnde Umsetzung von Vorgaben einmahnen. Auch einzelne Bürgerinnen und Bürger, Unternehmerinnen und Unternehmer oder NGOs (Nicht-Regierungsorganisationen) können bei der EU-Kommission einen Regelverstoß eines Landes anzeigen. Nicht jeder Regelverstoß landet beim Gerichtshof der Europäischen Union in Luxemburg.

Ende 2018 gab es 1 571 offene Verfahren, davon 66 gegen Österreich, das damit an 9. Stelle unter den 28 EU-Ländern lag.

M3

*Konkrete Rechtsentscheide und Urteile des EuGH:*

- ▶ EuGH kippt deutsche PKW-Maut
- ▶ EuGH: Sender mit Hassbotschaften dürfen beschränkt werden
- ▶ Diskriminierend: Indexierung der Familienbeihilfe Fall für den EuGH
- ▶ Mitgliedstaaten müssen Arbeitgeber verpflichten, System zur Messung von Arbeitszeiten zu installieren
- ▶ Wettbewerbsrecht: EU verhängt neue Milliardenstrafe gegen Google
- ▶ EuGH kippt Karfreitagsregelung

A

1 Fassen Sie mithilfe von M2 die zentralen Werte der EU-Grundrechtscharta zusammen.

2 In M3 finden Sie die Titel von EuGH-Urteilen. Recherchieren Sie in der Kleingruppe im Internet nach den jeweiligen Hintergründen und der Gruppe der Betroffenen.



K

► **Politische Sachkompetenz**

Fachliche Begriffe/Konzepte des Politischen auf Fallbeispiele kritisch anwenden und adaptieren

► **Politische Methodenkompetenz**

Selbständig Informationen zu politischen Themen gewinnen, um damit ein eigenes mediales Produkt der politischen Artikulation zu erstellen

► **Politische Handlungskompetenz**

Sich an politischen Prozessen verantwortungsbewusst beteiligen

### Debating Europe: Argumente für und gegen die EU

M1

„Debating Europe“, einer Diskussionsplattform für junge Leserinnen und Leser, findet sich folgende Gegenüberstellung von Argumenten für und gegen die Europäische Union:

#### PRO

**Nie wieder Krieg:** Krieg war sozusagen Europas „Werkseinstellung“. Tausende Jahre Konflikte gipfelten in einem unvergleichlichen Blutvergießen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Konservative Schätzungen gehen von insgesamt 110 Millionen Opfer in Kriegen zwischen 1900 und 1950 aus, die von europäischen Nationen begonnen wurden. Seitdem gab es keine weiteren Toten in Kriegen zwischen europäischen Staaten. Die EU ist daher das beste Beispiel für ehemalige Gegner, die jetzt zusammenarbeiten [...]. Aussichten auf eine EU-Mitgliedschaft erleichterten auch die Übergänge in Osteuropa – außer in den Balkanländern, wo sich der Nationalismus festsetzte. [...]

**Wohlstand:** Abgesehen von jüngsten Problemen, ist die EU wirtschaftlich ein Riesenerfolg. Die Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarkts mit über 500 Millionen Menschen, schuf die größte Handelszone der Welt. Der Handel zwischen EU-Nationen hat sich seit dem Beginn des Binnenmarkts verdreifacht – auf fast 2,5 Billionen Euro jedes Jahr. Nirgendwo leben so viele Menschen so gut.

**Stärker zusammen:** Unsere multipolare Welt wird regiert von Großmächten – die Vereinigten Staaten, China, Russland, Indien. Bald könnten andere Gemeinschaften von regionalen Kräften dazukommen, aus Südamerika, Südostasien oder sonst wo. Selbst die großen Länder der EU wie Deutschland und Frankreich [...] hätten dann ihre Probleme, ihrer Stimme in der Welt Gehör zu verschaffen.

**Europäische Werte:** Europa ist reich an unterschiedlichen Kulturen und Ideen, aber die Nationen teilen auch gemeinsame Werte. Sie verteidigen beispielsweise die Menschenrechte, Demokratie und den Rechtsstaat. Sie stehen für eine Marktwirtschaft mit einem sozialen Sicherungsnetz. Sie unterstützen faire, pluralistische und säkulare Gesellschaften.

#### KONTRA

**Nationale Souveränität:** Nationalstaaten sind souverän. Versuche, unterschiedliche Menschen in einem künstlichen „Superstaat“ zusammenzupferchen, funktionieren nicht. Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die anderen Länder sind stolze Nationen mit ihrer eigenen Geschichte und Traditionen. Sie unterwerfen sich nicht Kräften von außen. Den die Völker Europas sind einfach zu unterschiedlich: Polen haben mit Portugiesen nichts gemeinsam; zwischen Finnen und Griechen liegen Welten. Es ist an der Zeit, diese Realitäten zu erkennen und eine geordnete Auflösung der EU zu veranlassen. [...] Nationalstaaten müssen ihre eigenen Grenzen beschützen – die Flüchtlingskrise verdeutlicht, wie das Experiment des grenzenlosen Europas gescheitert ist.

A

1 Fassen Sie die Argumente für und gegen die EU zusammen (M1).

2 Vergleichen Sie die Positionen der jeweiligen Seite zu nationaler Souveränität, Wirtschaft und Werten.

3 Verfassen Sie auf Basis der obigen Quelle sowie Ihrer in diesem Kapitel erworbenen Kenntnisse Ihre persönliche EU-Stellungnahme. Sie können diese auch auf *fluter.de* (Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung) im Internet posten.

**Befreit die Wirtschaft:** Europas Wirtschaft mag vielleicht die der USA in den glorreichen Jahren nach dem zweiten Weltkrieg überholt haben, aber seitdem ist sie zunehmend sklerotisch geworden, begraben unter bürokratischen Regulierungen, die von Brüssel aus aufgezwungen werden. Befreit von den Ketten der EU könnten Länder wieder wirtschaftlichen Richtlinien folgen, die ihren nationalen Interessen entsprechen.

**Demokratie, nicht Bürokratie:** Europas Wirtschaft mag vielleicht die der USA in den glorreichen Jahren nach dem zweiten Weltkrieg überholt haben, aber seitdem ist sie zunehmend sklerotisch geworden, begraben unter bürokratischen Regulierungen, die von Brüssel aus aufgezwungen werden. Befreit von den Ketten der EU könnten Länder wieder wirtschaftlichen Richtlinien folgen, die ihren nationalen Interessen entsprechen.

**Geldverschwendung:** Die EU ist eine riesen Geldverschwendung. Reichere Länder verschwenden dabei das hartverdiente Geld der Steuerzahler an Korruption, ineffiziente Landwirtschaft oder sinnlosen Infrastrukturprojekten, die niemanden etwas bringen. Regierungen täten besser daran, dass Geld einfach zu behalten.

*www.debatingeurope.eu (15.07.2020; gekürzt)*

## Europa braucht einen neuen Traum

M2

*Ulrich Beck (1944 – 2015), Professor für Soziologie in München, London und Paris, in einem Essay 2014:*

Es war einmal ein europäischer Traum. Der handelte davon, wie aus Feinden Nachbarn werden. Nachbarn, die sich vielleicht nicht unbedingt mögen, Nachbarn, die sich auch streiten, missverstehen, wechselseitig ihre Stereotype pflegen, aber eben Nachbarn und nicht Feinde. Dieser Traum ist paradoxerweise in seiner Erfüllung verblasst. Es ergibt für viele offenbar keinen Sinn mehr, vom Frieden zu träumen, wenn ein Krieg in Europa nahezu undenkbar geworden ist.

Heute erleben viele Menschen die Europäische Union als Albtraum – als den Albtraum der Arbeitslosigkeit, des Abstiegs, der Armut, des Verlustes von Würde, Gerechtigkeit, Identität und Demokratie. Ist es möglich, dass die Entfremdung der Menschen von der EU gefährlicher für die EU ist als die Euro-Krise? Ja, das ist möglich. Ist es möglich, dass die skandalöse Jugendarbeitslosigkeit für Europa gefährlicher ist als die Euro-Krise? Ja, das ist möglich. Ist es möglich, dass die neuen Gräben zwischen Nord und Süd, zwischen Gläubigern und Schuldner, zwischen Euro-Ländern und Nicht-Euro-Ländern gefährlicher für die EU sind, als die Euro-Krise selbst? Ja, auch das ist möglich. Ist es möglich, dass der europäische Traum – Freiheit, Demokratie, Weltoffenheit – in den überfüllten Flüchtlingsbooten im Mittelmeer und von den Menschen, die auf den Straßen Istanbuls, Kairos, Moskaus, Rio de Janeiros und Tokios protestieren, geträumt wird, aber nicht in der EU selbst? [...] Ihre Botschaft an uns alle ist: Europa ist mehr als eine Währung, mehr als ein Fiskalpakt. Europa ist eine Hoffnung, die nicht enttäuscht werden darf!

Aber wenn all dies möglich ist, dann muss – um Himmels willen – doch endlich etwas geschehen! Aber was? Europa muss die Kraft des Träumens zurückgewinnen. Diese Kraft des Träumens könnte, in gesellschaftliche und politische Formen gegossen, ein *contrat social* [Gesellschaftsvertrag] für Europa werden. Meine Frage lautet: Welche politische Gestalt muss ein Europa annehmen, das sich von einem Albtraum wieder zum Traum verwandelt?

*www.bpb.de (15.07.2020)*

i

### Sich an politischen Prozessen verantwortungsbewusst beteiligen

Wahlen zum EU-Parlament finden alle fünf Jahre statt. In der Zwischenzeit können Sie die Arbeit und das Abstimmungsverhalten der österreichischen Abgeordneten verfolgen.

Gehen Sie auf die Seite der *Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik* und verfolgen Sie dort Themen und Abstimmungen in Europäischen Parlament.

Über die Website des österreichischen Parlaments können Sie mit den Abgeordneten auch in Kontakt treten (Mail, Social Media).

i

Besuchen Sie die Seite *Debating Europe* und wählen Sie dort eines der Themen aus. Lesen Sie den Debatteninput und schon gepostete Kommentare und verfassen Sie Ihr eigenes Posting zu diesem Thema. Sie können dort auch ein neues Thema vorschlagen.

A

4 Ermitteln Sie mindestens zwei sprachliche Stilmittel, mit denen der Autor seine Aussagen betont und besonders einprägsam macht.

5 Arbeiten Sie drei Problembereiche heraus, die nach Meinung des Autors Europa zu einem Albtraum machen. Gehen Sie darauf ein, was seitens der Verantwortlichen getan werden müsste, um diese Probleme zu lösen.

6 Formulieren Sie Ihre persönliche Vision eines besseren Europas.